BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft 19. Wahlperiode

Plenarprotokoll 31. Sitzung 07.11.17

31. Sitzung am Dienstag, dem 7. November 2017

Inhalt

	ngang gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsordnung1663 eine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung1663
Fra	agestunde
1.	Nach welchem System erfolgen Parkkontrollen in den Stadtteilen? Anfrage der Abgeordneten Saxe, Fecker, Frau Dr. Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. September 20171664
2.	Computerpanne bei Bremer Behörden Anfrage des Abgeordneten Leidreiter und Gruppe (BIW) vom 14. September 2017
3.	Wie kann die Versorgung der Vegesacker Märkte mit Wasser und Strom dauerhaft gewährleistet werden? Anfrage der Abgeordneten Buchholz, Dr. Buhlert, Frau Steiner und Fraktion der FDP vom 14. September 2017
4.	Wann wird der Fuß- und Radweg "Am Steending" Realität? Anfrage der Abgeordneten Pohlmann, Frau Sprehe, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 14. September 2017
5.	Wasserdampf zur Unkrautvernichtung - ein umweltfreundliches Verfahren ? Anfrage der Abgeordneten Weber, Crueger, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 14. September 2017
6.	Was geschieht zukünftig mit dem "Schaufenster Bootsbau"- Areal? Anfrage der Abgeordneten Buchholz, Dr. Buhlert, Frau Steiner und Fraktion der FDP vom 15. September 2017

7.	Veranstaltungsplanung in der Überseestadt Anfrage der Abgeordneten Frau Grotheer, Tschöpe und Fraktion der SPD vom 19. September 2017	1674	
8.	Geheimniskrämerei um Liste mit noch nicht erstmalig erschlossenen Straßen?		
	Anfrage der Abgeordneten Frau Neumeyer, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. September 2017	1675	
9.	Zukunft des Olbers-Planetariums Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Dr. Müller, Frau Dr.Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. September 2017	1678	
Ak	tuelle Stunde		
Konzeptlos - Pleite - Kannenberg: Sicherheit für Beschäftigte und Jugendliche schnell herstellen!			
Ab	g. Frau Leonidakis (DIE LINKE)	1680	
	g. Frau Grönert (CDU)		
	g. Tassis (AfD)		
	g. Leidreiter (BIW)		
	g. Möhle (SPD)		
	g. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)		
	g. Dr. Buhlert (FDP)		
	g. Schäfer (LKR)		
	g. Leidreiter (BIW)natorin Stahmann		
	g. Frau Leonidakis (DIE LINKE)		
	g. Dr. Buhlert (FDP)		
	g. Schäfer (LKR)		
Ab	g. Möhle (SPD)	1697	
	g. Röwekamp ´		
Se	natorin Stahmann	1698	
Ab	g. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	1699	
	nsensliste		
Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 7. November 2017			
٧UI	11 / . INUVUITIDUT ZUT/	コレング	

Nach Platzen des BDE-Tarifvertrags: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Abfallbranche Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 23. Mai 2017 (Drucksache 19/503 S)

Ortsgesetz zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für die öffentliche Abfallentsorgung und Straßenreinigung Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2017 (Drucksache 19/595 S)

Abg. Rupp (DIE LINKE)	1700
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	1701
Abg. Reinken (SPD)	1702
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	1703
Abg. Strohmann (CDÚ)	1704
Abg. Rupp (DIE LINKE)	1705
Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen)	1707
Abg. Reinken (SPD)	1707
Abg. Strohmann (CDU)	1708
Staatsrat Meyer	1709
Abstimmung	1711

Beschäftigungsverhältnisse an Volkshochschule Bremen und Musikschule Bremen verbessern Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 8. Juni 2017 (Drucksache 19/514 S)

Abg. Frau Strunge (DIE LINKE)	1711
Abg. Frau Kohlrausch (FDP)	1713
Abg. Rohmeyer (CDU)	1713
Abg. Bolayela (SPD)	1714
Abg. Pirooznia (Bündnis 90/Die Grünen)	1715
Staatsrätin Emigholz	1716
Abstimmung	1717

ZOB Bremen - Zeit zu handeln, statt zu trödeln! Antrag der Fraktion der FDP vom 4. September 2017 (Drucksache 19/571 S)

Abg. Frau Steiner (FDP)1	1717
Abg. Leidreiter (BIW)	1718
Abg. Frau Sprehe (SPD) 1	1720
Abg. Strohmann (CDU) 1	1721

Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	1723
Abstimmung	
Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 23	
vom 3. November 2017 (Drucksache 19/604 S)	1726
Abg. Tassis (AfD) zur Geschäftsordnung	1726
Anhang zum Plenarprotokoll, Fragestunde	1728
Anhang zum Plenarprotokoll, Konsensliste	1730

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Gottschalk, Tuncel.

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dogan Vizepräsident Imhoff

Schriftführerin Ahrens Schriftftührer Dr. Buhlert Schriftführer Senkal Schriftführer Öztürk Schriftführer Tuncel

Bürgermeister **Dr. Sieling** (SPD) Präsident des Senats, Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften und für Kultur

Bürgermeisterin Linnert (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres **Mäurer** (SPD)

Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz **Professor Dr. Quante-Brandt** (SPD)

Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Umwelt, Bau und Verkehr **Dr. Lohse** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und für Justiz und Verfassung **Günthner** (SPD)

Senatorin für Kinder und Bildung Dr. Bogedan (SPD)

Staatsrätin **Emigholz** (Senator für Kultur)

Staatsrat **Lühr** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Strehl** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Ehmke** (Senator für Inneres)

Staatsrat **Kück** (Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz)

Staatsrat Fries (Senatorin für Soziales, Jugend und Frauen, Integration und Sport)

Staatsrat **Deutschendorf** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Meyer** (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Staatsrat **Siering** (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)

Staatsrat **Schulz** (Senator für Justiz und Verfassung)

Staatsrat **Pietrzok** (Senatorin für Bildung und Kinder)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 31. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe Auszubildende in den Berufen Justizfachangestellte und Verwaltungsfachangestellte.

Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Konsensliste die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 11, Nach Platzen des BDE-Tarifvertrags: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Abfallbranche, und 39, Ortsgesetz zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für die öffentliche Abfallentsorgung und Straßenreinigung, Tagesordnungspunkt 13, Beschäftigungsverhältnisse an Volkshochschule Bremen und Musikschule Bremen verbessern, und Tagesordnungspunkt 28, ZOB Bremen - Zeit zu handeln, statt zu trödeln!, behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie dem Umdruck der Tagesordnung mit Stand von heute, 13.00 Uhr, entnehmen können.

Diesem Umdruck können Sie auch den Eingängen gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um Tagesordnungspunkt 53, Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 23, die Tagesordnungspunkte 54 bis 57 - hierbei handelt es sich um mehrere Wahlen - und Tagesordnungspunkt 58, Konsensliste - Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 34, 42, 44 bis 51 und 54 bis 57, hierbei handelt es sich um mehrere Wahlen.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Die Konsensliste wird damit entsprechend Paragraf 58 a der Geschäftsordnung nach der Aktuellen Stunde aufgerufen.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten weiteren Umdruck zu entnehmen.

- Eingang gemäß § 21 Satz 1 der Geschäftsordnung
- Bäderkonzept evaluieren und endlich mit Zahlen unterlegen!
 Bericht der städtischen Deputation für Sport vom 25. Oktober 2017 (Drucksache 19/602 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Dezember-Sitzung.

- II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung
- Welche Ergebnisse erzielt die präventive Schuldenberatung?
 Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 24. Oktober 2017
- Wie steht es um die Abwasserentsorgung in Bremen?
 Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Oktober 2017

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen davon Kenntnis geben, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 16. Oktober 2017 mit Wirkung zum 1. November 2017 ihren Vorstand neu gewählt hat. Die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer ist weiterhin Fraktionsvorsitzende, wie auch der Abgeordnete Fecker stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Neues Mitglied im Fraktionsvorstand ist die Abgeordnete Frau Dr. Müller als stellvertretende Vorsitzende. - Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Außerdem möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktion DIE LINKE am 23. Oktober 2017 ebenfalls ihren Fraktionsvorstand neu gewählt hat. In ihrem Amt bestätigt wurden die Abgeordnete Frau Vogt als Fraktionsvorsitzende sowie der Abgeordnete Rupp als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Neu gewählt wurde als stellvertretende Fraktionsvorsitzende die Abgeordnete Frau Bernhard. - Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Des Weiteren möchte ich Ihnen davon Kenntnis geben, dass mir der Landeswahlleiter mitgeteilt hat, dass Herr Nima Pirooznia anstelle der am 25. Oktober 2017 aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Frau Dr. Kappert-Gonther seit dem 3. November 2017 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft ist.

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer parlamentarischen Arbeit! Ich habe schon von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Liste bekommen, in welche Ausschüsse und Deputationen Sie als ordentliches und stellvertretendes Mitglied gewählt sind. Viel Vergnügen für Ihre Arbeit!

(Heiterkeit - Beifall)

Auch der Kollegin Frau Dr. Kappert-Gonther wünschen wir für ihre Arbeit in Berlin natürlich alles erdenklich Gute, um für unser Bundesland zu kämpfen und zu streiten.

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 14 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel "Nach welchem System erfolgen Parkkontrollen in den Stadtteilen?". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Saxe, Fecker, Frau Dr. Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Saxe!

Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Nach welchem System findet eine Schwerpunktsetzung der Parkkontrollen durch das neue Ordnungsamt in den Stadtteilen statt, nach welchem System beim bisherigen Stadtamt?

Zweitens: Finden in den Stadtteilen Parkkontrollen auch außerhalb der Schwerpunktsetzung statt?

Drittens: Welche Art von Parkverstößen tritt in der Stadt vermehrt auf, und gibt es Stadtteile, in denen besonders häufig falsch geparkt wird?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Ehmke.

Staatsrat Ehmke: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Überwachung des ruhenden Verkehrs dient insbesondere dem Zweck, Blockaden von Feuerwehr- und Rettungszufahrten, der Zufahrten zu Wochenmärkten sowie des übrigen Verkehrs zu vermeiden und die Verkehrsteilnehmer zu verkehrsgerechtem Verhalten anzuhalten. Ferner dient sie dem Zweck, Parkraumkonzepte durch Reduzierung des Autoverkehrs in bestimmten Bereichen - wie zum Beispiel des Anwohnerparkens oder des Lieferverkehrs für Wochenmärkte - umzusetzen. Zur effektiven Umsetzung dieser Zwecke wird insbesondere der Innenstadtbereich schwerpunktmäßig sehr engmaschig täglich zwischen 8.00 Uhr und 20.00 Uhr kontrolliert. Dieses Konzept galt bereits im früheren Stadtamt und wird durch das Ordnungsamt Bremen weiter umgesetzt.

Zu Frage zwei: Auch in Vegesack, im Steintor, im Ostertor, in der Neustadt, in Schwachhausen, Findorff, Walle, Gröpelingen et cetera finden regelmäßige Überwachungen statt. Dabei wird auf die Beschwerden von Anwohnern oder Hinweise

der Polizei auf besondere Problemlagen mit Schwerpunktmaßnahmen in Form einer Erhöhung des Kontrollintervalls reagiert.

Zu Frage drei: Vermehrt festgestellte Verstöße sind insbesondere das Parken im - eingeschränkten - Halteverbot, Parken auf Sonderparkplätzen, Parken in Anwohnerparkzonen, Parken von Langzeitparkern an Parkscheinautomaten und in Ladezonen, Behinderungen des ÖPNV durch verkehrswidriges Parken und das Parken auf Geh- und Radwegen sowie in Kreuzungsbereichen.

Die Parkverstoßdichte ist dort entsprechend hoch, wo aufgrund einer starken Frequentation ein hohes Verkehrsaufkommen bei vergleichsweise geringer Anzahl an Abstellflächen vorliegt, also in der Innenstadt und in allen daran angrenzenden Stadtteilen, wie insbesondere im Viertel, in der Neustadt und in Schwachhausen.

- Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Halten Sie den Umfang der Parkkontrollen in Bremen für ausreichend, und wo würden Sie Verbesserungsbedarfe sehen?

Staatsrat Ehmke: Diese Frage wird vor Ort durchaus immer kontrovers diskutiert. Ich glaube, wir sind im Innenstadtbereich bei den Kontrollen ganz gut aufgestellt, und in den Stadtrandlagen oder in den Nebenzentren diskutieren wir das immer wieder kontrovers.

Wenn wir in den Beiräten sind, gibt es regelmäßig die Aufforderung, vermehrt und stärker zu kontrollieren, und nicht dort, wo bestimmte Personen wohnen. Es gibt dann tatsächlich immer eine sehr differenzierte Wunschliste: in dem Straßenbereich aber bitte nur im vorderen Teil, und im hinteren dann weniger. Dort, wo es wenig Parkraum gibt, freut sich auch nicht jeder darüber, wenn wir engmaschig kontrollieren. Auf der anderen Seite haben die Anwohner dort, wo man verstärkt Parkzonen für Anwohner ausweist, natürlich ein hohes Interesse daran, dass das auch kontrolliert wird.

Ich glaube, im Innenstadtbereich sind wir ganz gut aufgestellt, und für die Nebenzentren müssen und wollen wir das noch einmal diskutieren im Kontext mit der Einführung des neuen Ordnungsdienstes, weil mein Ziel ja schon ist, wenn die Kolleginnen und Kollegen dann vor Ort auf Streife sind, dass sie dann auch umfassend tätig sind. Dazu würden dann zwar nicht ausschließlich wie im Moment bei den Verkehrsüberwachern -,

aber eben auch Parkverstöße gehören. Meine Vorstellung ist, dass wir den Einsatz des neuen Ordnungsdienstes sehr intensiv mit den Beiräten vorbereiten und besprechen, wo es aus Sicht der Beiräte besondere Brennpunkte in den Stadtteilen gibt, und dazu kann dann auch so etwas gehören.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich vermute einmal, der Aspekt der Verkehrssicherheit spielt ja bei der Überwachung eine übergeordnete Rolle, das ist ja zum Beispiel in Kreuzungsbereichen sehr relevant. Wie stellen Sie sicher, dass Sie gerade bei diesen Aspekten, die für eine verbesserte Verkehrssicherheit in Bremen eine Rolle spielen, dann tatsächlich tätig werden können?

Staatsrat Ehmke: Wie ich gesagt habe, ist die Verkehrssicherheit in der Tat ein wesentliches Kriterium. Ein anderes wesentliches Kriterium ist im Übrigen, dass Rettungsfahrzeuge durch die Straßen fahren können, das stellen wir zum Beispiel dadurch sicher, indem die Feuerwehr verstärkt Probefahrten vornimmt. Im Frühiahr dieses Jahres haben wir die Feuerwehr in 157 Straßen in der Neustadt einmal Probe fahren lassen und dabei in zehn Straßen erhebliche Behinderungen festgestellt. Das ist eine Möglichkeit im Hinblick auf das, was Sie beschreiben, da stützen wir uns auf Hinweise der Polizei, aber auch auf die der Anwohner. Es gibt häufig Zuschriften von Anwohnerinnen und Anwohnern, wonach bei ihnen sehr viel gerast wird oder sie an der Ecke stehen und dann nichts sehen können. Das lassen wir dann in der Regel durch die Polizei begutachten und würden in dem Bereich entsprechend verstärkt kontrollieren, wenn sich das bestätigt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich Sie richtig verstanden, Sie gehen also eher gezielt in den Randbezirken vor, wenn es Beschwerden gibt? Es gibt kein rotierendes System, dass man quasi durch die ganze Stadt geht und versucht, wirklich einmal überall nach den Rechten zu sehen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Doch, wir sind auch regelmäßig in den verschiedenen Stadtteilen, die ich genannt habe, aber da versuchen wir natürlich insbesondere auf Beschwerden zu reagieren. Wir haben 30 Parkraumüberwacherinnen

und -überwacher, also 30 Personen im Einsatz. Wir decken einen Zeitkorridor von zwölf Stunden ab, das heißt, wir müssen im Zwei-Schicht-Modell arbeiten, und wir haben eine besondere Konzentration zum einen auf die Innenstadt und zum anderen, mit zweiter Priorität, auf die Neustadt, das Viertel und Schwachhausen, also die angrenzenden Bereiche. Man kann sich vorstellen, dass dann natürlich nicht so unglaublich viel Zeit für den Rest der Stadt übrig bleibt, und dann macht es Sinn, dort auf Beschwerdeverhalten zu reagieren und nicht einfach loszulaufen und zu schauen, ob man etwas findet.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Saxe? - Bitte sehr!

Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Können Sie eine Aussage darüber treffen, ob die Verkehrsüberwacher sich quasi durch das, was sie an Geldern "einnehmen", selbst refinanzieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Also, das ist ja - das besprechen wir ja regelmäßig im Haushalts- und Finanzausschuss -, zwar nicht das, was in der Vergangenheit auch einmal eingeplant worden ist, aber die Selbst-Refinanzierung funktioniert. Wenn dahinter jetzt möglicherweise die Frage steht, ob man nicht vielleicht mehr beschäftigen könnte, wenn sie sich selbst finanzieren: Ich glaube, in einem gewissen Umfang geht das, man sollte aber dann nur nicht zu euphorisch werden. In der Vergangenheit sind da durchaus sehr sportliche Werte angenommen worden. In die Falle würde ich ungern erneut laufen, aber in einem gewissen Umfang ist das sicherlich vorstellbar.

Präsident Weber: Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Eine letzte! Wäre es nicht denkbar, wenn wir beide gemeinsam der Meinung sind, dass gerade in den Stadtteilen, die nicht Innenstadt sind, noch ein höherer Bedarf besteht, dort tatsächlich zu versuchen, mehr Stellen zu schaffen und so ein rotierendes System hinzubekommen, das sich möglicherweise am Ende auch refinanziert? Das heißt, dass man ein paar Leute mehr einstellt.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Ich bin insofern mit Ihnen einer Meinung, als wir das im Zusammenhang

mit der Aufstellung des kommunalen Ordnungsdienstes jetzt noch einmal besprechen sollten. Wie gesagt, ich kann mir durchaus vorstellen, dass man auch gewisse Effekte erzielt, wenn es dort mitgemacht wird. Vielleicht kann man auch über Doppelstreifen und gemischte Doppelstreifen nachdenken. Das ist ietzt eine Konzeptentwicklung, die wir in den nächsten Wochen und Monaten vorhaben, und ich sage gern zu, dass wir diesen Aspekt dabei auch noch einmal besonders berücksichtigen, denn - und damit möchte ich schließen - wir haben gerade ein sehr starkes Interesse daran, diesen Ordnungsdienst eben nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den Stadtteilen einzusetzen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Hamann! - Bitte sehr!

Abg. Hamann (SPD): Herr Staatsrat, eine Gruppe fehlt mir in der Aufzählung ein bisschen, Stichwort Barrierefreiheit: Inwieweit achten Sie darauf, dass gerade Querungen für Rollstuhlfahrer, die abgesenkt sind, freigehalten werden? Wird da auch konkret abgeschleppt, oder wird in erster Linie nur mit Tickets gearbeitet?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Ich kann Ihnen das jetzt nicht für jeden Einzelfall sagen, aber das spielt natürlich eine Rolle, denn es ist auch eine Form der Verkehrsbehinderung. Es besteht am Ende immer die Abwägungsfrage. Wenn am Ende "nur" ein Parkplatz blockiert wird, also unberechtigterweise Parkraum in Anspruch genommen wird, dann kann man es auch über ein Verwarngeld angemessen regeln. Wenn allerdings tatsächlich der Verkehrsfluss blockiert wird oder Personen das Queren von Straßen unmöglich gemacht wird, dann spricht das dafür, auch eine Abschleppmaßnahme einzuleiten, aber das muss im konkreten Einzelfall betrachtet werden. Ich kann Ihnen das ietzt nur abstrakt und nicht konkreter beschreiben.

Präsident Weber: Herr Kollege Hamann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Hamann (SPD): Bremen will ja digitaler werden. Es gibt schon andere Städte, in denen die Möglichkeit besteht, Parkverstöße über Smartphones zu melden. Wie steht der Bremer Senat zu solchen Dingen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Eine andere Stadt, die das tut, ist ja unsere zweite Stadt des Landes, Bremerhaven. Wir haben uns das Modell angesehen, weil wir beim Vergleich festgestellt haben, dass die Bußgeldstelle in Bremerhaven ein wenig erfolgreicher war als die in Bremen, und wir haben dabei festgestellt, dass eine der Ursachen sicherlich auch die bessere technische Ausstattung dort ist.

Wir können uns sehr gut vorstellen und sind gerade dabei, es vorzubereiten, dieses Bremerhavener Modell auch auf Bremen zu übertragen und im Zusammenhang mit dem Aufbau des kommunalen Ordnungsdienstes - er wird ja über mobile Datenerfassungsgeräte verfügen - auch die Parkraumüberwachung mit neuen Geräten auszurüsten.

Es geht nicht nur darum, dass die ein Handy haben, sondern das ist die Voraussetzung. Wir würden dann ein System haben, das es ermöglicht, dass man auch direkt vom Handy aus per Online-Überweisung bezahlen kann.

Präsident Weber: Herr Kollege Hamann, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Hamann (SPD): Ich hatte mich eben nicht ganz richtig ausgedrückt, es geht um Folgendes: In anderen Städten gibt es Projekte, Menschen melden Parkverstöße, wenn zum Beispiel ein abgesenkter Bordstein blockiert wird und sie nicht mehr mit dem Rollstuhl durchkommen. Man macht davon ein Foto, lädt das hoch, sodass zum Beispiel eine Abschleppmaßnahme, wie Sie sie angesprochen haben, eingeleitet werden kann. Sind solche Projekte auch in Bremen denkbar?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Ehmke: Darüber müssen wir einmal reden. Ich kann es Ihnen jetzt nicht zusagen, aber ich kann Ihnen zusagen, dass wir einmal darüber reden, ob das funktioniert.

Es ist ja immer ein bisschen schwierig, es muss ja auch jemand vorhanden sein, der das zeitnah einleitet. Es hilft ja nichts, wenn das Foto vorliegt und festgestellt wird, dass da wohl einmal jemand gestanden hat. Dass wir eine 24-Stunden-Hotline für eingehende Bilder vorhalten, kann ich mir im Moment noch nicht so gut vorstellen, aber ich würde trotzdem sagen, lassen Sie uns einmal darüber reden, welche Möglichkeiten es gibt, denn Hinweise darauf, dass gerast und falsch geparkt wird, erhalten wir natürlich regelmäßig jede Menge. Die normale Reaktion ist in der Tat, das an die Polizei weiterzugeben, die sich das ansieht, und dann

stützen wir die Maßnahmen darauf. Ob wir das beschleunigen können, schauen wir einmal.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff "Computerpanne bei Bremer Behörden". Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Leidreiter und Gruppe Bürger in Wut.

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. Leidreiter (BIW): Wir fragen den Senat:

Erstens: Was waren die Gründe für die EDV-Probleme vieler Behörden in Bremen am 11. und 12. September 2017, die unter anderem dazu führten, dass zahlreiche mit Kunden vereinbarte Termine ausfallen mussten, welche Kosten sind durch diese Störung für die öffentliche Hand entstanden, und wer hat diese Kosten zu tragen?

Zweitens: Warum verfügt das Rechenzentrum, das die Stadt Bremen nutzt, über keine redundante Infrastruktur, um die Ausfallzeiten der Server bei Störungen auf ein unbedingt erforderliches Minimum zu beschränken, und was sind die Gründe dafür?

Drittens: Welche Konsequenzen will die Stadt Bremen aus den Computerproblemen am 11. September ziehen, um künftige Pannen dieser Art für die Zukunft soweit wie möglich auszuschließen beziehungsweise deren Folgen zu begrenzen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Grund für die Beeinträchtigungen der IT-Anwendungen war der Ausfall eines Controllers in der lokalen Speichereinheit aufgrund eines technischen Defekts. Der Controller steuert das Ein- und Auslesen der Daten auf die Festplatten.

Die Kosten lassen sich derzeit noch nicht beziffern, da seitens der vor Ort eingesetzten Firma noch keine Rechnung vorliegt. Die Kosten hat der Senator für Inneres zu tragen.

Zu Frage zwei: Die gesamte Infrastruktur des Rechenzentrums lässt sich aus Kostengründen nicht redundant, das heißt, doppelt aufbauen beziehungsweise vorhalten. Wesentliche Teile des

Bremer Rechenzentrums in der Stresemannstraße sind aber sehr wohl redundant vorhanden, so auch der in der Antwort zu Frage eins genannte Controller.

Zu Frage drei: Unabhängig von den am 11. September 2017 aufgetretenen Beeinträchtigungen läuft bereits die Verlagerung der IT-Fachverfahren und damit verbunden die Datenhaltung in das Dataport-Rechenzentrum. Dies ist in weiten Teilen redundant aufgebaut. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Leidreiter (BIW): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, war der Controller auch redundant aufgebaut. Warum ist er denn nicht eingesprungen?

Bürgermeisterin Linnert: Das war ja ein Problem, das ausschließlich beim Stadtamt aufgetreten ist, und das ressortiert beim Senator für Inneres. Der Ersatzcontroller ist eingesprungen, aber er hat dann wohl aufgrund der ihm abverlangten Datenmenge kapituliert. Insofern kann man sagen, dass die dort vorgesehene Redundanz nicht den Qualitätsanforderungen entsprochen hat, die wir heutzutage stellen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Leidreiter (BIW): Das heißt, die Stadt Bremen hätte unter Umständen Schadensersatzansprüche aus dem Vertragsverhältnis beziehungsweise muss zumindest die Rechnung nicht bezahlen, die dann erstellt wird, weil letztendlich die Redundanz nicht eingetreten ist, die vertraglich vereinbart war?

Bürgermeisterin Linnert: Das nehme ich jetzt als Anregung, den Senator für Inneres zu bitten, dies zu prüfen. Das hängt natürlich von der genauen Vertragsgestaltung ab und kann ich Ihnen jetzt hier nicht sagen. Man kann aber auf jeden Fall sagen, dass diese IT-Lösungen aus den Gründerjahren der IT stammen. Wir versuchen mit einem großen finanziellen und weiteren Kräfteaufwand, einen einheitlichen IT-Auftritt aufzubauen, der in jeder Hinsicht den modernen Sicherheitsanforderungen entspricht, und wir trennen uns ja sukzessive von dieser Art von Fachverfahren. Insofern kann es auch sein, dass wir das Vertragsverhältnis auch schon vorher beendet haben. Das weiß ich in diesem Fall aber nicht genau, das müssen wir prüfen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Leidreiter (BIW): Ist dem Senat bekannt, dass zukünftig die Telefoninfrastruktur auf TCP/IP umgestellt werden soll und die Telefonate dann auch über das Rechenzentrum oder über dieses Netzwerk geführt würden? Das hätte natürlich weitreichendere Folgen, wenn dann die Server nicht funktionieren. Was gedenken Sie, diesbezüglich im Rahmen der Einführung zu tun?

Bürgermeisterin Linnert: Die IT-Strategie des Senats wurde vom Senat beschlossen, sie ist bekannt, und es gelten hohe Sicherheitsanforderungen. Wir arbeiten mit den Bundesländern Schleswig-Holstein und Hamburg eng zusammen und haben mit der Anstalt öffentlichen Rechts Dataport einen allseits anerkannten IT-Anbieter, mit dem wir im letzten Jahr auch keine Probleme hatten. Ich gehe fest davon aus, dass er auch sämtliche Migrationsanforderungen lösen kann. Ansonsten, denke ich, haben Sie mit mir bezogen auf das Thema fachlich-technisch kein Vergnügen, und ich rege an, dass Sie das weiter im Datenschutzausschuss besprechen.

Es gibt ja in den Haushalten 2018/2019 auch zusätzlich bereitgestelltes Geld, und die Frage, ob man jetzt auch einmal per App Schäden oder falsch geparkte Autos und Ähnliches melden kann, spielt ja auch mit in diesen Bereich hinein. Der Senat will aber auf jeden Fall verhindern, dass die Fehler der Gründerjahre beendet werden, nämlich dass sich jeder etwas Eigenes ausdenkt.

IT-Auftritte sind zentralistisch, ob es einem gefällt oder nicht, und die Zeiten, in denen jeder eigene Lösungen für sich erfindet, sind vorbei, aber am Anfang war es richtig.

(Abg. Leidreiter [BIW]: Das sehe ich genauso! Vielen Dank für die umfangreiche Antwort!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Hamann! - Bitte sehr!

Abg. Hamann (SPD): In der Antwort sprachen Sie ja davon, dass diese Ausfalllösung nicht funktioniert hat. Ich gehe aber davon aus, dass bei sämtlichen vorhandenen Konzepten auch gilt, dass man es einmal übt, wenn etwas ausfällt. Ich gehe einmal davon aus, dass solche Übungen regelmäßig stattfinden, damit man bei den neuen Lösungen davon ausgehen kann - Sie haben ja gesagt, das sei eine alte Lösung -, dass die entsprechenden Konzepte dann auch wirken.

Bürgermeisterin Linnert: Ja! Ich wollte einmal sagen, das hat, anders, als es der Fragesteller suggeriert hat, auch nicht alle Verfahren beim Stadtamt betroffen, sondern vor allen Dingen das Kassenwesen. Das ganze Verfahren mit der Beantragung von Pässen hat funktioniert, weil das auch nicht über das System läuft, aber als man dann bezahlen wollte, hat es dann nicht mehr funktioniert.

Dataport stellt die wesentlichen Angebote redundant dar, das ist Teil der Vertragsgestaltung und heutzutage auch State of the Art, aber diese Lösung aus dem Stadtamt, das Kassenwesen dort mit einem anderen System zu machen, stammt aus den Gründerjahren, und wir sind ja dabei, das zu ändern. Ja, Dataport bietet die wesentlichen Angebote redundant an - und es hat ja auch im gesamten letzten Jahr keinen Ausfall gegeben, den Dataport zu verantworten hatte -, sodass sichergestellt ist, dass sich das nicht wiederholt.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema "Wie kann die Versorgung der Vegesacker Märkte mit Wasser und Strom dauerhaft gewährleistet werden?". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Buchholz, Dr. Buhlert, Frau Steiner und Fraktion der FDP.

Bitte, Herr Kollege Buchholz!

Abg. Buchholz (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie kann der Senat die Versorgung der Vegesacker Märkte mit Wasser und Elektrizität zukünftig gewährleisten?

Zweitens: Wer ist zuständig für die Infrastruktur am Aumunder Marktplatz, und welche Pläne verfolgt der Senat hinsichtlich des Versorgungs- und Toilettengebäudes am Platzrand?

Drittens: Welche Verantwortung für Organisation und Ablauf der Märkte soll zukünftig durch Bremen oder von Bremen Beauftragte übernommen werden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Versorgung der Vegesacker Märkte mit Wasser und Elektrizität wird durch

eine Trafostation gesichert sowie durch eine Chlorungsanlage für eine unter dem Markt verlegte Ringleitung. Die Chlorungsanlage wird bei einem künftigen Abriss der jetzigen Versorgungsstation durch einen neuen Versorgungswürfel gesichert. Die Trafostation sowie sieben Zapfstellen für Hydranten bleiben erhalten.

Zu Frage zwei: Der Aumunder Marktplatz wird als Verkehrsfläche mit der weiteren Zweckbestimmung - Platz für Märkte und Ausstellungen - als Veranstaltungsfläche für die Vegesacker Märkte genutzt. Die Bewirtschaftung der Verkehrsfläche erfolgt durch das Amt für Straßen und Verkehr. Das seit dem Jahr 2013 leer stehende Imbissgebäude mit Toilettenanlage und Trafostation soll aus wirtschaftlichen Gründen unter Erhalt der Trafostation und der Schaffung eines sogenannten Versorgungswürfels zur Wasser- und Elektrizitätsversorgung bei Marktveranstaltungen zurückgebaut werden.

Zu Frage drei: Die Vegesacker Märkte werden vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen marktrechtlich festgesetzt, verbunden mit den für die Sicherheit der Veranstaltung erforderlichen Auflagen. Veranstalter der Vegesacker Märkte ist seit dem Jahr 2014 die Veranstaltungsgesellschaft Bremer Schausteller mbh, VBS. Eine Änderung ist nicht vorgesehen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Buchholz (FDP): Ich hätte gern gewusst, in welcher Weise die Konzeption eines sogenannten Versorgungswürfels mit den Veranstaltern der Märkte abgestimmt worden ist. Oder hat es eventuell auch sogar Alternativen gegeben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Herr Buchholz, es hätte geholfen, wenn Sie die Frage schriftlich gestellt hätten. Ich bin auf diese Frage nicht vorbereitet, kann Ihnen das aber gern nachreichen.

(Abg. Buchholz [FDP]: Dafür bin ich dankbar!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Sprehe! - Bitte sehr!

Abg. Frau Sprehe (SPD): Wer trägt die Kosten für den Abriss des Trafohäuschens und für den Bau des Versorgungswürfels?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Das befindet sich zurzeit in Klärung zwischen dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr. Es ist so, dass es sich um eine schwierige Schnittstellenthematik handelt, weil das Amt für Straßen und Verkehr nur für die allgemeinen verkehrlichen Infrastrukturen zuständig ist, während weitere Versorgungsbedarfe, die marktspezifisch sind, bei dem für Märkte zuständigen Ressort bearbeitet werden. Hier muss diese Schnittstelle geklärt werden. Sie wird aber auch geklärt.

Präsident Weber: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau Sprehe (SPD): Gibt es schon einen Zeitrahmen, wann diese Frage geklärt wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich gehe davon aus, dass das sehr zeitnah stattfindet.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte!

Abg. Frau Sprehe (SPD): Dieser sogenannte Versorgungswürfel beinhaltet also weiter die Chlorungsanlage und die Ringleitung dort vor Ort. Wer trägt zukünftig die Kosten für die Chlorung des Trinkwassers?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Da es sich hier um keine allgemeine verkehrliche Infrastruktur handelt, gehe ich davon aus, dass das für das Marktwesen zuständige Ressort zukünftig diese Kosten tragen wird.

(Abg. Frau Sprehe [SPD]: Okay, dann frage ich da!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage trägt die Überschrift "Wann wird der Fuß- und Radweg Am Steending' Realität?". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Pohlmann, Frau Sprehe, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. Pohlmann (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Weshalb ist der Bau des Fuß- und Radweges "Am Steending" in Bremen-Nord noch

nicht erfolgt, nachdem der Senat 2012 zu diesem Ausbau bereits Stellung genommen hat?

Zweitens: Ist der Senat im Gespräch mit der Gemeinde Schwanewede, die den derzeitigen Zustand dieses ungesicherten Schulweges für problematisch hält?

Drittens: Wann wird der Senat den geplanten Ausbau des Fuß- und Radweges umsetzen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Ausbau konnte bislang noch nicht erfolgen, da sich die hierfür erforderlichen Grundstücke zum Teil noch nicht im Eigentum der Stadtgemeinde Bremen befinden. Die entsprechenden Enteignungsverfahren liegen bei der Enteignungsbehörde. Im Rahmen dieser Enteignungsverfahren hat zunächst eine mündliche Verhandlung mit Ortsbegehung stattgefunden.

(Vizepräsidentin Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Anschließend versuchten die Parteien erneut, sich außerhalb des Enteignungsverfahrens zu einigen, was jedoch nicht gelang. Die Stadtgemeinde beantragte daraufhin im Jahr 2014 bei der Enteignungsbehörde, das Verfahren fortzuführen. Aufgrund personeller Engpässe konnte das Verfahren bisher leider nicht in angemessener Zeit bearbeitet werden, wird jedoch zurzeit prioritär behandelt.

Zu Frage zwei: Der Senat ist derzeit nicht mit der Gemeinde Schwanewede im Gespräch. Zunächst ist der Abschluss der Enteignungsverfahren abzuwarten.

Zu Frage drei: Der Ausbau ist für die Zeit nach Abschluss der Enteignungsverfahren vorgesehen. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Dogan: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Pohlmann (SPD): Herr Senator, wir hatten ja im Rahmen der Fragestunde bei der ersten Anfrage auch über Fragen der Verkehrssicherheit diskutiert. Wie schätzt der Senat insgesamt diese Maßnahme ein, die auch gerade für die Schulwegsicherung und darüber hinaus für Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer sowie für die Fußgängerinnen und Fußgänger eine wesentliche Bedeutung hat? Wie schätzt der Senat solche

Maßnahmen ein, und warum hat es so lange gedauert?

Vizepräsidentin Dogan: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich halte es für außerordentlich wünschenswert, dass es sichere Schulwege gibt, das ist vollkommen klar, auch sichere Fuß- und Radwege. Es gab im Wesentlichen zwei Gründe dafür, warum es so lange gedauert hat: Zum einen hatten wir eine wirklich beklagenswerte Häufung von Langzeiterkrankungen in der Enteignungsbehörde. Es handelte sich um Erkrankungen, die teilweise über mehrere Jahre andauerten, bei denen auch die Wiedereingliederung der betreffenden Personen nicht geglückt ist.

Zum anderen hatten wir gleichzeitig eine Häufung von sehr aufwendigen Verfahren in dem Bereich. Ich nenne einmal zwei, die allgemein bekannt sind: Das eine war das Umlegungsverfahren der Flächen in der Gartenstadt Werdersee, in dem wir in der letzten Woche gerade den Baggeranstich hatten. Das andere ist das Umlegungsverfahren bei den Tunnelbauten in Oberneuland für die Deutsche Bahn, in dem die Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden müssen, damit auch die Schlussabrechnung hinsichtlich der Fördergelder fristgerecht erfolgen kann. Deswegen hatte dieses Verfahren nicht erste Priorität, auch deshalb, weil es im Moment mit dem Eigentümer noch strittig ist und wir nicht wissen, wie es ausgeht.

Wir haben immer die Präferenz, uns gütlich zu einigen, damit wir nicht in langwierige Verfahren vor Gericht geraten. Wir sind aber jetzt an dem Punkt, dass diese Akte sozusagen ganz oben auf dem Stapel liegt, sodass ich jetzt zuversichtlich bin. Ich kann Ihnen heute keinen endgültigen Termin nennen, aber ich bin zuversichtlich, weil es jetzt mit hoher Priorität bearbeitet wird, dass es hoffentlich nicht mehr so lange dauern wird.

Vizepräsidentin Dogan: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Pohlmann (SPD): Ich nehme zur Kenntnis, dass es eine gefühlte Tendenz hinsichtlich des Stands der Umsetzung gibt, wann es realisiert werden kann. Dafür noch einmal herzlichen Dank, Herr Senator! Ich nehme auch zur Kenntnis - ich glaube, so habe ich Sie richtig verstanden -, dass gerade auch die Verkehrssicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger sowie natürlich auch der Schulkinder aus Sicht des Verkehrssenators einen großen Stellenwert hat.

(Senator Dr. Lohse: So ist es!)

Dann bedanke ich mich!

Vizepräsidentin Dogan: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage trägt den Titel "Wasserdampf zur Unkrautvernichtung - ein umweltfreundliches Verfahren?". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Weber, Crueger, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Weber!

Abg. Weber (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Hält der Senat die Erfahrungen, die in bremischen Nachbargemeinden, zum Beispiel in Syke und Bassum, bei der wurzeltiefen Unkrautvernichtung auf Gehwegen et cetera durch hoch temperierten Wasserdampf gemacht werden, auch aus Gründen des Umweltschutzes und des Erhalts von Gehwegplatten und anderer Baustoffe, auch in Bremen für anwendbar?

Zweitens: Beabsichtigt der Senat, nach dem Vorbild der Gemeinden Syke und Bassum durch den Einsatz von hoch temperiertem Wasserdampf Unkräuter auf öffentlichen Wegen, Plätzen et cetera zu beseitigen, um so das öffentliche Erscheinungsbild zu verbessern?

Drittens: Wie hoch veranschlagt der Senat die jährlichen Kosten, die durch die Anschaffung und den Betrieb eines professionellen Heißwassergerätes verursacht werden, und können diese Kosten gegebenenfalls durch die Vermeidung anderer Verfahren zur Unkrautbeseitigung aufgefangen werden?

Vizepräsidentin Dogan: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Situation ist jetzt ein Novum, weil es das erste Mal ist, dass ich dem Abgeordneten Weber eine Frage beantworten darf. Es ist mir eine außerordentliche Ehre!

(Heiterkeit - Beifall)

Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Dem Senat sind die praktischen Erfahrungen dieser Technik in den genannten Nachbargemeinden nicht bekannt. Auf Nachfrage haben beide Kommunen keine Angaben geliefert. Der Umweltbetrieb Bremen hat sich die Technik der thermischen Unkrautbekämpfung in den vergangenen Jahren in unterschiedlicher Ausprägung, sowohl mit Heißschaum als auch

mit Wasserdampf, vorführen lassen. Im Grundsatz kann die Technik in unterschiedlicher Ausprägung Vorteile erbringen.

Zu Frage zwei: Insgesamt kann diese Technik als Alternative zur chemiefreien Unkrautbekämpfung für bestimmte Oberflächen betrachtet werden. Insbesondere dürfte der Einsatz auf wassergebundenen Wegedecken infrage kommen. Im Jahr 2018 wird der Umweltbetrieb Bremen Möglichkeiten und Grenzen der Technik prüfen.

Zu Frage drei: Die Prüfung der Einführung dieser Technik erfordert insbesondere die Klärung, auf welchem Anteil der Unterhaltungsflächen diese Technik tatsächlich eingesetzt werden kann, sowie die Prüfung der Wirtschaftlichkeit und der Finanzierung der Investitionskosten. Vorbehaltlich des Ergebnisses einer genaueren Prüfung erscheint die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens als offen. Dem Senat liegen derzeit noch keine ausreichend fundierten Daten darüber vor. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Dogan: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Weber? - Bitte!

Abg. Weber (SPD): Wäre es nicht ein Leichtes gewesen, einen Kontakt mit dem Bauhof Weyhe herzustellen, bei dem zwei sehr kompetente Mitarbeiter Rede und Antwort stehen könnten?

Senator Dr. Lohse: Mir ist nicht genau bekannt, welche Versuche unternommen worden sind, mit den Nachbargemeinden Kontakt aufzunehmen. Möglicherweise wäre es leicht gewesen. Ich nehme die Anregung noch einmal mit, und vielleicht können sie dort ja tatsächlich etwas über ihre Erfahrungen berichten. Ich sage einmal, ich bin ja persönlich dankbar für solche Anregungen. Manche wissen vielleicht, dass ich einmal aus Sicht des Umweltschutzes auf dem Gebiet dieser Schadstoffe, die dabei ja letztlich freigesetzt werden, promoviert habe, und deswegen wäre es mir persönlich ein Anliegen, dass es uns gelingt, solche Chemikalien, die umweltoffen eingesetzt werden, mit solchen Techniken zu vermeiden.

Auf der anderen Seite müssen wir schauen, wie die Energiebilanz solcher Verfahren ist, also ob dort mit Heißdampf gearbeitet wird oder mit heißem Wasser, und es ist auch die Frage, wie häufig die Verfahren angewendet werden müssen, das hat dann ja auch wieder etwas mit der Wirtschaftlichkeit, mit Personaleinsatz zu tun. Wir werden uns dort aber noch einmal erkundigen.

Vizepräsidentin Dogan: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Weber (SPD): Diese Fragen wären Ihnen dort alle von den Mitarbeitern beantwortet worden, und einer ist übrigens auch Ihr Nachbar aus Ihrer Straße, mit dem Sie auch schon gegrillt haben

(Heiterkeit)

Ist Ihnen bekannt, dass mit diesem System schon seit einigen Jahren die Flächen auf dem Bremer Flughafen und auch die Zäune auf einer Länge von zehn Kilometern mehrfach jährlich freigehalten werden von Beikraut und Unkraut, wie wir es offiziell nennen?

Senator Dr. Lohse: Herr Abgeordneter Weber, ich weiß nicht, ob ich es eben richtig verstanden habe: Ich würde zurückweisen, dass ich den Nachbarn gegrillt habe,

(Heiterkeit)

es mag sein, dass ich mit ihm gegrillt habe. Ich stelle fest, dass Sie in dieser Materie außerordentlich gut bewandert sind. Dass das System am Flughafen angewendet wird, war mir nicht bekannt. Mir sind andere Themen zum Flughafen bekannt, aber nicht dieses. Wir werden auch diesem Hinweis noch einmal nachgehen. Wenn Sie mir vielleicht im Anschluss oder in einer Pause den Namen des Nachbarn verraten.

(Abg. Weber [SPD]: Das mache ich gern! - Abg. Kastendiek [CDU]: Kennen Sie Ihre Nachbarn nicht?)

dann gehe ich eben einmal um den Block und frage ihn direkt.

Vizepräsidentin Dogan: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Weber (SPD): Vielleicht noch eine Bemerkung: Am Flughafen haben schon Ihre Vorgängerin, Frau Wischer, Ihr Vorgänger Herr Loske und nun Sie als dritter Senator dieses System, das ja erfolgreich am Flughafen angewendet wird, durch viele Monitorings und Untersuchungen - das kann man sich ja vorstellen - nun perfektioniert, und dort werden die Flächen bearbeitet, die in der Senatsvorlage, in der Wildkraut und Kleinpflaster genannt werden - -. Das wäre ja doch sicher eine sinnvolle Angelegenheit. Könnten Sie mit mir der Meinung sein, dass die nicht unwesentliche Anschaffung der Geräte - Sie sprachen ja die Finanzierbarkeit an - in der Senatsvorlage noch nachgetragen und finanziert werden kann? Das betrifft Frage drei, die ja restriktiv beantwortet wurde.

Senator Dr. Lohse: Herr Abgeordneter Weber, ich stelle fest, auch nach sechseinhalb Jahren, in

denen man ein solches Ressort leitet, tauchen aus den Tiefen des Ressorts immer noch überraschende Themen auf, die in der Vergangenheit bearbeitet wurden, von denen man selbst keine Kenntnis hat. Ich stelle fest, Sie haben von diesen Dingen Kenntnis. Es gibt in Deutschland ja ein geflügeltes Wort, "wenn Siemens wüsste, was Siemens alles weiß", und ich glaube, das kann man auch auf den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr übertragen: Wenn dieser wüsste, was das Ressort alles weiß, dann wäre man wesentlich schlauer. Wir gehen auch diesem Hinweis noch einmal nach. Ich danke für Ihre Fragen!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Dogan: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage befasst sich mit dem Thema "Was geschieht zukünftig mit dem Schaufenster-Bootsbau-Areal?". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Buchholz, Dr. Buhlert, Frau Steiner und Fraktion der FDP.

Bitte, Herr Kollege Buchholz!

Abg. Buchholz (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Absicht verfolgt der Senat aktuell mit dem Schaufenster-Bootsbau-Areal?

Zweitens: Wie ist der derzeitige Stand der Planungen?

Drittens: Was geschieht mit den EU-geförderten Relikten "Wietze" und dem Aussichtsturm?

Vizepräsidentin Dogan: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Siering.

Staatsrat Siering: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Das Areal des ehemaligen Schaufensters Bootsbau ist Teil des Gewerbegebiets Bremer Vulkan und als gewerblich zu nutzende Fläche bauleitplanerisch festgesetzt. Der Senat verfolgt grundsätzlich eine gewerbliche Nachnutzung der Immobilie zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Bremen-Nord. Hierbei sind die städtebaulichen Anforderungen des Standorts, die sich insbesondere durch die Nachbarschaft zu Wohnnutzungen und dem Stadtgarten als öffentlichem Naherholungsraum ergeben, zu berücksichtigen.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Zu Frage zwei: Aktuell werden konkrete Gespräche mit einem gewerblichen Kaufinteressenten geführt.

Zu Frage drei: Der Heringslogger "Wietze" wurde mit Landesmitteln finanziert. Eigentümer ist die WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH. Für die "Wietze" konnte bisher kein Käufer gefunden werden. Der Aussichtsturm, der aus EFRE-Mitteln finanziert wurde, verbleibt auf dem Gelände des ehemaligen Schaufensters Bootsbau, bis die zukünftige Nutzung des Geländes geklärt ist. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Buchholz (FDP): Bezüglich des Relikts "Wietze": Nach den mir vorliegenden Informationen wurde dieses Objekt durch den Europäischen Sozialfonds gefördert. Welche Erkenntnisse liegen Ihnen dazu vor?

Staatsrat Siering: Nach den mir vorliegenden Erkenntnissen ist der Heringslogger nicht mit EU, sondern mit Landesmitteln finanziert worden. Das ist anders beim Aussichtsturm.

(Abg. Buchholz [FDP]: Nein, nein!)

aber in diesem Fall - so sind meine Informationen - sind es hier Landesmittel.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Buchholz (FDP): Keine Frage, aber eine Bitte: Dann bitte ich darum, das noch einmal zu überprüfen!

(Staatsrat Siering: Das nehme ich gern mit!)

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Sprehe (SPD): Sie sprachen von Gesprächen mit einem gewerblichen Kaufinteressenten. Mir ist vollkommen klar, dass Sie den Namen nicht nennen können, aber können Sie die Art des Gewerbes nennen und auch, wann mit einem Abschluss zu rechnen ist?

Staatsrat Siering: Das kann ich Ihnen leider noch nicht sagen, die Verkaufsverhandlungen laufen noch. Das mag in zwei Wochen erledigt sein, aber es kann auch noch eineinhalb Jahre dauern. Sie haben schon recht, ich kann Ihnen leider nicht sagen, mit welchem Unternehmen dort gesprochen wird, aber große Überraschungen sind aufgrund der dortigen heutigen Aufteilung der Grundstücke auch nicht zu erwarten.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt die Überschrift "Veranstaltungsplanung in der Überseestadt". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Grotheer, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Grotheer!

Abg. Frau Grotheer (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist dem Senat bekannt, dass sowohl am 13. August als auch am 10. September 2017 in der Überseestadt jeweils parallel zwei Veranstaltungen stattfanden, von denen eine wegen der Straßensperrungen für die andere kaum erreichbar war?

Zweitens: Sind die beiden Veranstalter jeweils vorher beziehungsweise bei Antragstellung der anderen darüber informiert worden, dass es zu Verkehrsproblemen kommen kann?

Drittens: Wie wird der Senat zukünftig verhindern, dass es solche Probleme gibt?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Am 13. August 2017 fand der sechste GEWOBA City-Triathlon und am 10. September 2017 der zweite Velotörn Bremen statt. Parallel dazu wurde an diesen Tagen auf dem Gelände des Großmarktes Bremen von einem privaten Veranstalter ein Fahrradmarkt - Fietsenbörse - durchgeführt. Diese Veranstaltung auf privatem Gelände bedarf keiner verkehrsbehördlichen Genehmigung.

Sowohl für den City-Triathlon als auch für den Velotörn wurden unter anderem die sogenannte Hafenrandstraße in stadteinwärtiger Richtung, die Eduard-Suling-Straße und die Konsul-Smidt-Straße für den motorisierten Verkehr gesperrt, da sie für den Radrennsport benötigt wurden. Zum City-Triathlon war der Großmarkt über eine von der Polizei betriebene Schleuse im Hansator erreichbar. Der motorisierte Verkehr wurde über die Hafenstraße geführt. Für den Velotörn wurde eine aufwendigere Führung zum Großmarkt erforderlich, da auch die Hafenstraße als Rennstrecke diente. Der motorisierte Verkehr wurde über die Emder Straße, Cuxhavener Straße, Tilsiter

Straße und Überseetor geleitet. Für den Rad- und Fußverkehr waren die Einschränkungen an diesen Tagen wesentlich geringer, da Radwege und Gehwege von den Sperrungen nicht betroffen waren. Insgesamt wurde die Verkehrsführung so gestaltet, dass alle Veranstaltungen, teilweise über Umwege, erreichbar waren.

Zu Frage zwei: Sowohl die Veranstaltungen des GEWOBA City-Triathlons als auch der zweite Velotörn sind von den Betreibern langfristig angekündigt und unter anderem auf der Homepage des Überseestadt Marketingvereins e. V. aufgeführt gewesen. Der Großmarkt wurde vorab vom Veranstalter des Triathlons über die Veranstaltung informiert. In die Vorbereitung des Velotörns wurde der Großmarkt vom Veranstalter einbezogen. Das Erreichbarkeitskonzept wurde ihm kurzfristig bekannt gegeben.

Zu Frage drei: Veranstaltungen auf öffentlichen Straßen bedürfen einer straßenverkehrsrechtlichen Anordnung und werden im Antragsverfahren erfasst. Private Veranstaltungen außerhalb des öffentlichen Raums bedürfen dagegen keiner Meldung. Private Veranstaltungen können nur im Rahmen der Erstellung von verkehrsbehördlichen Anordnungen berücksichtigt werden, sofern der Veranstalter die zuständige Behörde hiervon in Kenntnis setzt. Wenn dieser Behörde Sachverhalte bekannt werden, die zu Problemen führen könnten, werden die Veranstalter hierüber informiert. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Grotheer (SPD): Herr Senator, ich bin selbst an beiden Tagen in der Überseestadt bei der, wie Sie sagen, privaten Veranstaltung auf dem Gelände des Großmarktes gewesen und habe beide Male ziemliche Schwierigkeiten gehabt, den Zugang zu finden. Auch wenn Sie sagen, es habe ein Verkehrskonzept gegeben: Ich bin Bremerin von Geburt an, aber ich konnte diesen Straßenplänen kaum folgen, zumal zeitweise gesperrt wurde.

Eigentlich will ich aber fragen: Mir haben Verkäufer auf der Fietsenbörse gesagt, dass sie nicht gewusst hätten, dass die Veranstaltung dermaßen schwer zu erreichen wäre. Es hatten sich offenbar Käufer beschwert. Ist das ein Kommunikationsproblem zwischen der Großmarkt GmbH und der Firma Fietsenbörse beziehungsweise deren Verkäufern, oder wo liegt das Problem, wenn Sie sagen, der Großmarkt GmbH seien die Veranstaltungen lange vorher bekannt gegeben worden, und auch das Verkehrskonzept sei bekannt gewesen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich müsste das noch einmal recherchieren. Es scheint sich tatsächlich um ein Kommunikationsproblem zu handeln. Es tut mir auch leid, wenn Sie persönlich so lange suchen mussten.

Von uns aus können wir überlegen, ob wir mit unseren Möglichkeiten, beispielsweise über das Internet, noch einmal besser informieren, wobei wir in anderen Fällen oft feststellen - das hatten wir jetzt zum Beispiel auch mit den Baustellen im vergangenen Sommer -, dass wir sehr häufig informiert hatten. Es ist immer eine Frage der Bringschuld und der Holschuld. Was muss eine Behörde alles tun, um jede Bürgerin und jeden Bürger oder auch jedes Unternehmen zu informieren, und wie muss es anders weitergehen? So, wie ich den Sachverhalt verstehe, ist eigentlich mit der Großmarkt GmbH sehr offen kommuniziert worden. Die anderen Veranstaltungen waren ja frühzeitig angemeldet, und wenn es über diesen Marketingverein kommuniziert ist, dann weiß die Großmarkt GmbH das. Wir müssten uns noch einmal erkundigen, ob an der Stelle die Aussteller - -. Man hat ein wirtschaftliches Interesse und will sie nicht verärgern.

Günstiger wäre es natürlich, man würde eine solche Terminüberschneidung vermeiden. Das versuchen wir auch mit den Gesprächen im Vorfeld, aber wenn die Leute dann hinsichtlich der Terminwahl beratungsresistent sind, dann haben wir keine Handhabe, das ist einfach so

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Grotheer (SPD): Herr Senator, Sie haben gesagt, dass solche Veranstaltungen auf privatem Gelände natürlich nicht genehmigt werden müssten, das sehe ich auch so. Es ist aber denn so, dass Sie im Vorfeld erfahren, dass solche Veranstaltungen auf privatem Gelände stattfinden, oder erfahren Sie nur dann davon, wenn für diese Veranstaltungen besondere Maßnahmen erforderlich sind, wie zum Beispiel Straßensperrungen, besondere Sicherheitsmaßnahmen oder polizeiliche Schutzmaßnahmen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Es ist genauso, wie Sie sagen: Wenn jemand über ein großes Gelände verfügt und alles, was er für seine Veranstaltung braucht, dort abwickeln kann, und uns vorab nicht informiert, dann wissen wir es auch nicht. Woher?

Wenn er aber sagt, er brauche eine Zufahrt oder Ähnliches, oder wir ihm sagen, dass ein Radrennen stattfindet, und er meint, das sei aber schlecht, und sich die Frage stellt, wie man sein Gelände noch erreichen könne, dann wissen wir es, dann können wir versuchen, die Verkehrsführung zu organisieren. Es wurde ja auf Frage eins geantwortet, solch eine Verkehrsführung sei organisiert worden, aber offenbar war die Auffindbarkeit nicht gut genug. Dann müssen wir da noch besser werden.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage trägt die Überschrift "Geheimniskrämerei um Liste mit noch nicht erstmalig erschlossenen Straßen?". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Neumeyer, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau Neumeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

Inwiefern ist dem Senat eine Liste mit noch nicht erstmalig erschlossenen Straßen bekannt?

Beabsichtigt der Senat, diese Liste öffentlich zu machen?

Von welchen Kriterien hängt die Höhe der Erschließungskosten für Grundstückseigentümer ab?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es freut mich, wenn ich auch hier zur Aufklärung beitragen kann! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen eins und zwei: Die Prüfung der Erhebung von Erschließungsbeiträgen erfolgt anlassbezogen im Zuge der Umsetzung von konkreten Straßenbaumaßnahmen. Das betrifft den Neubau beziehungsweise erstmaligen Ausbaumit Nebenanlagen.

Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten kann für Bremen davon ausgegangen werden, dass bei circa 420 Straßen noch kein erstmaliger Ausbau stattgefundenen hat. Davon liegen rund 90 Prozent in Bremen-Nord. Erst am 1. Januar 2006 ist die Straßenbaulastträgerschaft und somit die Zuständigkeit für den Abbau des Erschließungsrückstands vom Bauamt Bremen-Nord auf das Amt für Straßen und Verkehr übertragen worden.

Eine exakte Erfassung aller Straßen oder Straßenabschnitte im Bestand, die für solche erstmalig zu erhebenden Erschließungsbeiträge infrage kämen, erfolgt aus Gründen des wirtschaftlichen Verwaltungshandelns nicht. Die genaue Anzahl der nicht erstmalig ausgebauten Straßen ist daher bisher nicht ermittelt worden.

Auf Anfrage von Bürgerinnen und Bürgern gibt das Amt für Straßen und Verkehr Auskunft hinsichtlich der erstmaligen Erschließung einer Straße. Eine Liste liegt bisher nicht vor. Eine erste grobe Zusammenstellung wird erarbeitet. Eine Liste mit hausnummernscharfer Zusammenstellung ist derzeit nicht in Planung.

Zu Frage drei: Die Erhebung von Erschließungsbeiträgen basiert in der Stadtgemeinde Bremen auf den Regelungen der Paragrafen 127 folgendes Baugesetzbuch in Verbindung mit dem Ortsgesetz über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen. In den umlagefähigen Erschließungsaufwand fließen die beitragsfähigen Herstellungskosten für die erstmalig endgültig herzustellende Straße, die Kosten für den notwendigen Grunderwerb, die Entwässerung sowie die Fremdkapitalzinsen ein. Darüber hinaus ist der Erschließungsbeitrag abhängig von der Grundstücksgröße und der Ausnutzbarkeit nach Geschossflächenzahl gemäß Bebauungsplan des jeweiligen Grundstücks.

Zudem ist eine Straße inklusive beidseitiger Nebenanlagen im Regelfall nur mit einer maximalen Anlagenbreite von zehn Metern beitragsfähig. In Gewerbe- und Industriegebieten erhöht sich die beitragsfähige Anlagenbreite auf bis zu 32 Meter. Sofern die Breite einer Verkehrsanlage die jeweilige beitragsfähige Breite übersteigt, hat die Stadtgemeinde die darüber hinausgehenden Kosten vollständig zu tragen. Mit einem Ausbau der Straßen ist nur in Einzelfällen und anlassbezogen zu rechnen, zum Beispiel wenn Kanalbauarbeiten anstehen. Sollte sich eine solche Maßnahme abzeichnen, werden die betroffenen Anlieger frühzeitig beteiligt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte!

Abg. Frau Neumeyer (CDU): Herr Senator, Sie sprachen eben davon, dass es eine ungefähre Zahl gibt und gerade geschaut wird, um welche Straßen es sich handelt, aber dass es noch keine konkrete und fertige Liste gibt. Im März konnte man der Zeitung entnehmen, dass vom ASV darüber gesprochen wurde, dass in Bremen-Nord 20 Straßen ganz oben in der Priorität stünden, und vom ASV wurden auch einige Beispiele genannt. Wissen denn wenigstens die Anrainer dieser

Straßen davon? Sind sie informiert, dass ihre Straßen ganz oben auf der Prioritätenliste des ASV stehen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich müsste das an der Stelle noch einmal konkret nachfragen. Die Frage ist ja auch: Was heißt das, sie stehen oben in der Priorität? Sie können ja beispielsweise in Bezug auf den Straßenzustand in der Priorität oben stehen oder weil ein Leitungsträger dort hineingehen will. Die Frage ist aber, wann es denn tatsächlich zur Umsetzung kommt.

Wir informieren auf jeden Fall die Anwohnerinnen und Anwohner so früh wie irgend möglich - ich sage einmal, mindestens ein Jahr, bevor die Bagger anrollen -, und dann ist es hinsichtlich der konkreten Planung, um es konkret beziffern zu können, so: Man bespricht mit den Anwohnern, wie der Ausbau geschieht, es besteht ein Mitspracherecht, auch über den Beirat, es gibt die Rechte des Beirats. Das heißt, es ist ein Diskussionsprozess, der sich über eine ganze Zeit hinzieht. Dann müssen die konkrete Planung und der Bau stattfinden, und dann dauert es zwischen der ersten Ankündigung und der Schlussabrechnung mindestens fünf Jahre, bis das Geld auch tatsächlich fällig wird. Es gibt auch Stundungsmodelle, damit man das über mehrere Jahre hinweg abzahlen kann, das heißt, es gibt nach unserer bisherigen Einschätzung einen ausreichenden zeitlichen Vorlauf, bis tatsächlich Geldzahlungen fällig werden. Wir bemühen uns aber darum - das habe ich auch in der Antwort des Senats gesagt -, die Informationen darüber zu verbessern.

Man muss nur bedenken, dass bei 420 Straßen, die auf einer solchen Liste stehen, vielleicht eine oder zwei pro Jahr tatsächlich in die Bearbeitung kommen. Ein Großteil dieser Straßen wird wahrscheinlich zu Ihren und zu meinen Lebzeiten niemals bearbeitet werden. Deswegen ist die Frage, wie viele Informationen man jetzt schon über diese Straßen haben will.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau Neumeyer (CDU): Eine Idee, vielleicht ist das ja möglich: Es ist gerade in Bremen-Nord oft der Fall, dass sich die Ortsteile verändern, weil viele jüngere Menschen dorthin ziehen und Häuser kaufen. Ist es denn nicht möglich, dass man solch eine Liste mit Straßen herausgibt, damit Menschen, die sich ein Haus kaufen, das vielleicht berücksichtigen können, auch wenn es nicht in einem oder in zwei Jahren - Sie sprachen eben von fünf Jahren - der Fall ist?

Wenn ich mir vorstelle, dass eine Familie ein Haus kauft, einen gewissen Anteil selbst zahlt und für einen großen Teil einen Kredit aufnimmt, dann wäre es ja vielleicht sinnvoll, wenn sie vorher wüsste, dass es in den nächsten zehn Jahren dazu kommen könnte, weil es den Anrainer ja nicht gerade wenig kostet. Wäre es nicht sinnvoll, wenn man das als Hauskäufer mit einplanen könnte? Gibt es da aus Ihrer Sicht irgendwelche Möglichkeiten, so etwas einzurichten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich verstehe das Bedürfnis, und deshalb sage ich auch intern, dass wir diese Informationen zumindest in grober Form aufbereiten müssen. Wir werden es trotzdem nicht hausnummernscharf schaffen, weil Straßen zum Teil schon abschnittsweise hergestellt worden sind. Manchmal ist die eine Seite hergestellt worden und die andere nicht, manchmal sind vordere Abschnitte schon hergestellt, aber die hinteren Abschnitte noch nicht. Es macht unglaublich viel Arbeit, man muss unglaublich viele Akten wälzen.

Das Problem müssen wir lösen, das verstehe ich auch, aber bisher hat die Verwaltung auf dem Standpunkt gestanden: Warum sollen wir uns jetzt diese Arbeit für über 400 Straßen machen mit Personal, das wir nicht haben! -, wenn wir davon ausgehen, dass ein Großteil der Straßen zu unseren Lebzeiten niemals an die Reihe kommen wird? Es ist ein Dilemma, ich sehe es ganz genauso. Ich denke nur, wer ein Haus kauft, ist ohnehin gut beraten, sich über solche Fragen zu informieren. Die Möglichkeit besteht ja auch. Wenn uns eine solche Frage erreicht, dann werden wir sie auch im Hinblick auf den Zustand der Straße beantworten. Wir müssen schauen, wie wir den Informationsfluss an der Stelle weiter verbessern. Ich habe heute keine fertige Lösung, ich kann nur sagen, wir wollen es verbessern.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau Neumeyer (CDU): Herr Senator, nach jedem Winter werden die Straßen auf Schäden und so weiter kontrolliert. Bestünde nicht die Möglichkeit, dass man dabei gleich festhält, wenn man das macht, ob die Straße ausgebaut ist oder nicht?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Nein, das sind völlig unterschiedliche Arbeitsgänge. Die Kontrolle der Straßen nach dem Winter wird von den Straßenmeistereien vor Ort durchgeführt, um zu schauen, ob die Verkehrssicherheit noch gewährleistet ist. Wenn es im Hinblick auf die Verkehrssicherheit in Grenzbereiche gerät, dann werden zunächst einmal Reparaturmaßnahmen vorgenommen, aber das bedeutet nicht, dass die Straße grundhaft erneuert wird.

Eine grundhafte Erneuerung können wir uns wegen des Haushaltsbudgets nur dann leisten, wenn Leitungsträger dort hineingehen. Deswegen hängen wir uns immer an hanseWasser oder die swb. Wenn die sagen, dass sie eine Straße öffnen müssen, dann kommen wir in die Situation, dass wir die Straße, ich sage einmal, grundlegend öffnen. Dann wird auch ein Großteil über Gebühren abgerechnet, und dann wird es auch für die Anwohner günstiger, die zu Zahlungen herangezogen werden. Dann haben wir den konkreten Fall, und dann informieren wir sie auch so zeitig wie möglich.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Neumeyer [CDU]: Nein, danke! Ich bin froh, wenn sich der Senator, wie er soeben erklärt hat, des Themas annimmt und auch das Problem erkennt, das für viele Anrainer dadurch entsteht!)

Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Sprehe! - Bitte sehr, Frau Kollegin!

Abg. Frau Sprehe (SPD): Herr Senator, Sie sagten gerade, dass das ASV auf Anfrage von Bürgerinnen und Bürgern Auskunft hinsichtlich der erstmaligen Erschließung einer Straße gibt. Betrifft das jeweils die Hauseigentümer oder die möglichen Erwerber in dieser Straße, die dann eine Auskunft bekommen? Gleich eine Anschlussfrage: Ist diese Anfrage beziehungsweise deren Beantwortung kostenlos?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Beides muss ich noch einmal nachfragen, da bin ich im Moment überfragt. Ich kläre, welche Voraussetzungen jemand erfüllen muss, um eine solche Antwort zu bekommen, und ob das gebührenpflichtig ist oder nicht. Nach meiner Vorstellung sollte es eigentlich nicht gebührenpflichtig sein, aber ich kläre das noch einmal.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Dr. Schaefer! - Bitte!

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, die Debatte in der Deputation begann ja, weil wir uns über eine Straße in Bremen-Nord unterhalten haben, und alle waren erstaunt, als plötzlich über 400 Straßen genannt wurden, was ja, wie wir gelernt haben, aus der späten Eingemeindung resultiert. Sie haben vorhin erklärt, warum es so schwierig mit einer Liste

ist, dass es so eine Liste nicht gibt und alle Bremer schon einmal bezahlt haben, nur in Bremen-Nord noch nicht. Sie haben gesagt, die Bürgerinnen und Bürger sollten frühzeitig beteiligt und informiert werden, aber Sie haben dann auch gesagt, manchmal sei es nur ein Jahr. Das ist natürlich sehr kurzfristig, wenn man über eine Finanzierung nachdenken muss.

Meine Frage ist noch einmal: Gibt es die Möglichkeit - Sie haben gesagt, dass Stundungen möglich sind -, diese Informationen über die Finanzierung schon einmal transparent ins Netz zu stellen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger auch frühzeitig Gedanken machen können, wie man es finanziert und welche Möglichkeiten und Unterstützung es gibt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Lohse: Ich hatte gesagt, dass zwischen der ersten Information und dem Zeitpunkt, zu dem tatsächlich Zahlungen erfolgen müssen, mindestens fünf Jahre liegen, weil die Herstellung der Straße und die Schlussabrechnung häufig auch noch einmal ein bis eineinhalb Jahre dauern, es wird lange gewartet, bis alle Firmen die Rechnungen beigebracht haben und so weiter. Deswegen ist es nicht ganz so dramatisch.

Die Anregung nehme ich aber gern mit. Ich schaue einmal, ob wir eine generelle Information geben können, was für den Anrainer zu tun ist, wenn der Ausbau einer Straße auf ihn zukommt. Ich weiß im Moment nicht genau, was möglicherweise schon auf der Internetseite steht, aber ich halte es für eine gute Anregung, dort so eine Art FAQ-Papier für häufig gestellte Fragen bereitzustellen,. Das werde ich heute mitnehmen.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift "Zukunft des Olbers-Planetariums". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Dr. Müller, Frau Dr. Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Arbeit des Olbers-Planetariums?

Zweitens: In welcher Weise gedenkt der Senat den Fortbestand des Olbers-Planetariums künftig abzusichern?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Kück.

Staatsrat Kück: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Der Senat misst der Arbeit des Olbers-Planetariums, im Rahmen seines vielfältigen Programms Eindrücke und astronomische Erkenntnisse über Sterne, Planeten und das Weltall zu vermitteln, als Ort der Wissenschaftskommunikation und als außerschulischem Lernort eine sehr positive Bedeutung zu.

Zu Frage zwei: Der Senat hat Gespräche aufgenommen, die auf eine dauerhafte Absicherung des Olbers-Planetariums abzielen. Während die Finanzierung der Räumlichkeiten des Olbers-Planetariums durch die Hochschule Bremen sichergestellt wurde, wurde die Leitungsstelle bisher durch Freistellung eines Lehrers durch die Senatorin für Kinder und Bildung abgesichert.

Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie die Senatorin für Kinder und Bildung haben sich jetzt dahin gehend verständigt, dass die Freistellung des Leiters des Olbers-Planetariums bis zum 31. Juli 2019 verlängert werden soll. Die Hochschule Bremen wird sich durch Erteilung eines Lehrauftrags an den Leiter des Planetariums, den dieser in seinem Hauptamt wahrnimmt, in Höhe der Vergütung des Lehrauftrags an den Kosten beteiligen. Die Hochschule Bremen wird weiterhin die Raum- und Betriebskosten für das Olbers-Planetarium tragen. Zeitnah sollen Verhandlungen über den Abschluss eines Kooperationsvertrags zwischen SKB, der Hochschule Bremen und dem Förderverein aufgenommen werden, um die finanziellen Zuwendungen an den Förderverein des Olbers-Planetariums auf eine rechtliche Grundlage zu stellen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen): Man kann also erstens heute hier verkünden, dass das Planetarium geöffnet bleibt, und zweitens, dass sich die Ressorts Wissenschaft und Bildung quasi die Kosten des Leiters teilen oder diese Stelle zumindest anteilig aus beiden Ressorts finanziert wird und das zumindest bis zum Jahr 2019 auch so gesichert ist? Ist das so die richtige Zusammenfassung?

Staatsrat Kück: Wir haben verabredet, dass es weiterhin eine Abordnung oder Freistellung für den Betrieb des Planetariums gibt. Über die

Frage der Finanzierung und wer welche Kosten trägt, werden wir jetzt miteinander sprechen. Im Moment besteht die Stelle weiterhin bei der Senatorin für Kinder und Bildung, aber inwieweit wir uns auch an diesen Kosten neben dem beteiligen, was die Hochschule Bremen insgesamt ohnehin auch tragen wird, wird es eine Verabredung geben.

Es gibt ja eine weitere Anfrage in der Bürgerschaft (Landtag) zu diesem Thema, und ich lege auch noch einmal Wert darauf zu sagen, dass wir ausdrücklich feststellen - das haben wir in der dortigen Antwort auch noch einmal in einem Punkt dargestellt -, dass wir davon ausgehen, dass auch die personelle Kontinuität über den 31. Juli 2019 sichergestellt werden soll.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen): Das genau wäre jetzt meine nächste Frage gewesen. Der 31. Juli 2019 ist ja schon bald, aber die Botschaft ist ja nicht, dass das Planetarium dann die Arbeit einstellt, sondern es danach weitergeht. Sie haben es jetzt so dargestellt, als sei diese Vereinbarung nur vorübergehend für diesen Zeitraum. Wird in diesem Zeitraum dann daran gearbeitet, auch eine längerfristige Absicherung oder Sicherstellung des Betriebs des Planetariums herzustellen?

Staatsrat Kück: Ich lese es gern noch einmal vor: "Der Senat hat Gespräche aufgenommen, die auf eine dauerhafte Absicherung des Olbers-Planetariums abzielen."

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen): Damit war also schon gemeint, über das Jahr 2019 hinaus?

Staatsrat Kück: Ja!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Konzeptlos - Pleite - Kannenberg: Sicherheit für Beschäftigte und Jugendliche schnell herstellen!

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Stahmann.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Leonidakis.

Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie so oft gibt es zum Vorgang rund um die Akademie Kannenberg verschiedene Erzählungen. In der letzten Woche hat die Akademie Kannenberg Insolvenz angemeldet, und das Amtsgericht Walsrode hat einem Insolvenzverfahren in Eigenregie zugestimmt. Dabei ist öffentlich bekannt geworden, dass die Stadt offene Forderungen in Höhe von 5,6 Millionen Euro hat. Bis hierhin sind sich alle einig.

Dann gehen die Erzählungen aber auseinander. Die offizielle Version lautet ungefähr so: Kannenberg hat uns 2014 und 2015 gerettet, hat Verantwortung übernommen in einer Situation, in der sonst niemand dem Sozialressort zur Seite stand, hat gute Referenzen, ist zu schnell gewachsen, hat nun großen Leerstand und ist deshalb insolvent. Eine Insolvenz im sozialen Bereich ist nichts ganz Außergewöhnliches, und Fehler sind nicht erkennbar. Wir sind ihm extrem dankbar.

Die offizielle Erzählung hat, sagen wir einmal, zumindest Risse. Eine andere Variante könnte so oder so ähnlich lauten: Kannenberg hat 2014 mit konzeptloser Intensivpädagogik für eine schwierige Zielgruppe den Fuß in die Tür bekommen, wurde dann möglicherweise durch die Sozialbehörde bevorzugt bei der Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge behandelt, obwohl es auch andere Angebote gab. Er hat Vorschüsse in Millionenhöhe bekommen, die er nach bis zu drei Jahren immer noch nicht zurückgezahlt hat. Mit großer Wahrscheinlichkeit hat die Stadt ihm Jugendhilfeleistungen doppelt beglichen und wird einen Teil davon abschreiben müssen, zulasten der öffentlichen Kasse.

Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, weil wir es wichtig finden, dass lückenlos aufgeklärt wird, welche Version der Wahrheit entspricht und wo die Verantwortung liegt.

(Beifall DIE LINKE)

Dabei geht es uns nicht nur um das Recht der Öffentlichkeit zu erfahren, was mit den Millionen passiert ist, es geht vor allem um die 142 Jugendlichen und die rund 200 Beschäftigten in Bremen, die ein Recht haben zu erfahren, wie es mit ihnen

weitergeht. Es braucht ein Maximum an Transparenz, und das wurde bisher noch nicht hergestellt, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall DIE LINKE)

Momentan wissen wir eher, was wir nicht wissen. Wir wissen nicht, wie ist die wirtschaftliche Lage des übrigen Firmengeflechts, was ist zum Beispiel mit der Makarenko Schifffahrtsgesellschaft mbH, die ausdrücklich keine Insolvenz angemeldet hat? Was ist mit der Wildfang GmbH, die wie die Akademie ihren Firmensitz in Bothel hat und deren Geschäftsführer anfangs in der Rekumer Straße beteiligt war? Wir wissen nicht, wie hoch die Vorschüsse der Stadt an Kannenberg insgesamt waren, das konnte das Sozialressort in der internen Sitzung nicht angeben. Bekannt ist nur, dass die Vorschüsse in dieser Höhe einmalig sind. Bestätigt wurde hingegen, dass zumindest teilweise für Leistungen doppelt Geld von der Stadt an Kannenberg geflossen ist, einmal in Form von Vorschüssen und dann noch einmal in Form von Entgelten.

Das Sozialressort konnte jedoch nicht beantworten, wann Entgeltverträge für die Kannenberg-Einrichtungen abgeschlossen wurden, welche Summe an Entgelten geflossen ist und wie viele Leistungen damit doppelt beglichen wurden. Uns ist aber bekannt, dass bereits Ende 2015 Entgeltverträge für einzelne Einrichtungen abgeschlossen worden sind und mit den Entgelten auch Investitionen und laufende Kosten beglichen wurden. Die Vorschüsse hätten spätestens dann zurückgezahlt werden müssen. Passiert ist aber mindestens eineinhalb Jahre lang nichts. Erst als das Sozialressort die Entgeltzahlungen ab Ende September dieses Jahres mit den Vorschüssen verrechnet hat, bekam die Stadt zumindest teilweise Geld zurück. Das ging aber auch nur einen Monat lang gut. Dann kam die Insolvenz.

Das bedeutet zum einen, dass Kannenberg keinerlei Rücklagen hatte, zum anderen bedeutet es, dass das Sozialressort sich keinerlei Sicherheit für die Rückzahlung der Vorschüsse hat geben lassen, und zum Dritten wirft es die dringende Frage auf, was mit den Millionen passiert ist. Da laut Sozialressort für alle Kannenberg-Einrichtungen zumindest vorläufige Entgeltverträge existieren und es auch keine OK.JuG-Rückstände mehr gibt, müssten umfassend Entgelte geflossen sein. Es ist also im Rahmen des Möglichen, dass seitens der Stadt Jugendhilfeleistungen in Millionenhöhe doppelt vergütet wurden, ohne jede Garantie und mit dem Risiko, dieses Geld abschreiben zu müssen.

Dass diese Vorschüsse überhaupt gezahlt werden - lassen Sie mich das auch deutlich machen!

-, ist plausibel. In einer Situation, in der innerhalb von wenigen Tagen Hunderte unbegleitete Jugendliche in Obhut genommen werden mussten, brauchte es schnelle Handlungsfähigkeit, das gestehen wir durchaus zu. Wir erkennen vollständig an, dass die Unterbringung und Betreuung von 2 500 unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten in den Jahren 2014 und 2015 eine besondere Ausnahmesituation war, die in Bremen auch besser bewältigt wurde als anderswo.

(Beifall DIE LINKE)

Die rapide gestiegene Inanspruchnahme der Jugendhilfe traf ja auf ein Jugendhilfesystem, das sowieso mangelhaft ausgestattet war. Seit Jahren mussten 70 Prozent der in Bremen in Obhut genommenen Jugendlichen außerhalb Bremens untergebracht werden, weil es nicht genug Jugendhilfeplätze gab. Nur dank des Engagements vieler Tausender Haupt- und Ehrenamtlicher konnte Obdachlosigkeit überhaupt vermieden werden. Diese Leistung, auch der Beschäftigten in der Behörde, muss man hier auch einmal honorieren.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir hätten uns aber gewünscht, dass die Sozialbehörde genau hinschaut, bevor ein Träger, der Mitte 2014 in Bremen mit zehn Plätzen gestartet ist, innerhalb von kürzester Zeit zu einem der größten Jugendhilfeträger Bremens katapultiert wird

(Beifall DIE LINKE)

Kannenberg war ja kein Unbekannter. Eine Bundesverdienstmedaille sollte einer Sozialbehörde als Referenz nicht ausreichen.

(Beifall DIE LINKE)

Immerhin hat man schon Bilder in der Zeitung gesehen, auf denen Jugendliche in seinen Einrichtungen Liegestütze in tiefen Pfützen machen mussten. Immerhin gab es bereits bei früheren Einrichtungen Beschwerden gegen sein pädagogisches Konzept, das auf körperlichem Drill und geistiger Unterwerfung beruht, wenn man überhaupt von pädagogischem Konzept sprechen kann, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein echtes Konzept wurde ja monatelang nicht vorgelegt, obwohl die Einrichtungen längst am Start waren und das mehrfach von uns und auch der Fraktion der CDU in der Sozialdeputation eingefordert wurde.

Wir haben uns damals in der Rekumer Straße auch selbst ein Bild gemacht. Die Jugendlichen waren zugegebenermaßen schwierig, und diese Systemsprenger konnten in vielen Einrichtungen nicht betreut werden. Die Jugendlichen wurden dann von der Schulpflicht befreit, ein Lehrer war aber noch nicht da. Die Bildungsbehörde hat also auch nicht allzu genau hingeschaut. Cindi Tuncel und ich saßen im weiteren Verlauf nicht nur einmal mit konkreten Beschwerden von Jugendlichen und von Beschäftigten in der Sozialbehörde.

Kannenberg war und ist auch anderen Landtagen kein Unbekannter. Im Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Landtags Schleswig-Holstein zur Jugendhilfeeinrichtung Friesenhof, wo Gewalt und erniedrigende Behandlung gegenüber den Schutzbefohlenen angewendet wurden, taucht Kannenberg als Beschäftigter, als Berater und als möglicher Betreiber auf. Die Schlussfolgerung aus dem Abschlussbericht des PUA dort war, ich zitiere: "Es ist aus politischer Sicht gegenüber den Trägern und deren Verbänden deutlich zu kommunizieren, dass diese Form von konfrontativer Pädagogik und insbesondere sogenannte Bootcamps, wie sie der Zeuge Kannenberg betrieben hat, aus Sicht des Ausschusses in Schleswig-Holstein abgelehnt wird."

Auch Bremen hatte dort Jugendliche untergebracht und hat sie dann, als das bekannt geworden ist, schnellstmöglich abgezogen. Das hat Senatorin Stahmann hier auch so vertreten. Man hat aber faktisch die Jugendlichen aus von Kannenberg zumindest mitgeprägter Pädagogik herausgeholt, nur um sich dann eben diese Pädagogik nach Bremen hereinzuholen. Da hätte man zumindest noch einmal nachhaken können, bevor man Kannenberg 800 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge betreuen ließ, denn Indizien für zumindest umstrittene Jugendhilfe gab es genug.

(Beifall DIE LINKE)

Diesen Teil der Geschichte kann man nicht mehr korrigieren, es muss aber lückenlos aufgeklärt werden, ob das Sozialressort seiner fachlichen Aufsichtspflicht und seiner finanziellen Kontrollpflicht ausreichend nachgekommen ist. Das Wichtigste: Es braucht Sicherheit für die Jugendlichen und für die Beschäftigten.

Das Sozialressort scheint aktuell sicher zu sein, mit Kannenberg weiterzumachen. Er soll jetzt vermutlich Beschäftigte und Einrichtungen abbauen und dann konsolidiert weitermachen. Ich empfehle allen Beteiligten, jetzt einen Schritt zurück zu machen und sich ganz genau zu überlegen, ob damit nicht der Bock zum Gärtner gemacht wird!

(Beifall DIE LINKE)

Das Ziel muss sein, die Jugendlichen gut und möglichst von den ihnen vertrauten Beschäftigten betreuen zu lassen. Ob dafür ein Träger notwendig ist, der nach bisherigem Kenntnisstand zumindest Schwierigkeiten mit der Buchhaltung hat und umstrittene Pädagogik anwendet, das sollte doch zumindest einmal kontrovers diskutiert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall DIE LINKE)

Klar muss sein, dass die Jugendlichen und die Beschäftigten nicht die Leidtragenden von eventuellem Missmanagement sein dürfen. Die Beschäftigten haben hohes Engagement an den Tag gelegt, sich auch bei Cindi Tuncel und mir gemeldet. Ihr Erfahrungsschatz muss erhalten bleiben. Es gibt weiterhin einen hohen Bedarf an pädagogischem Personal zur weiteren Betreuung der Jugendlichen, aber zum Beispiel auch in Kitas und Schulen, und den Beschäftigten und ihrem Erfahrungsschatz muss von der Stadt eine weitere Perspektive geboten werden.

(Beifall DIE LINKE)

Die Jugendlichen und die Beschäftigten haben ein Recht auf eine Antwort von der Sozialsenatorin, und wir werden ganz genau unter den Teppich schauen. Wir haben Akteneinsicht beantragt, und wir stellen einen ausführlichen Fragenkatalog zusammen. Wenn wir zu dem Schluss kommen, dass hinterher, in der weiteren Erörterung nach der Akteneinsicht oder auch durch nach der Sitzung der Sozialdeputation und Beantwortung der Fragen, weitere Fragezeichen offen sind und das Bild nicht zurechtgerückt, sondern weiter in Schieflage geraten ist, behalten wir uns weitere Maßnahmen vor. - Danke schön!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Grönert.

Abg. Frau Grönert (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie sorglos in Bremen manchmal mit Geld umgegangen wird, kann einen ganz schön sprachlos machen.

(Beifall CDU, BIW)

Da werden allein auf Vertrauen über Monate Millionen Euro vorausgezahlt. Welch ein Unternehmer, welch eine Bank könnten sich das ungestraft leisten? Normalerweise will doch jeder, der Geld verleiht, es später auch wiederhaben, sonst könnte er es ja gleich verschenken. Deshalb hat man doch auch immer ein Auge darauf und kontrolliert, ob für die eigene Kasse noch alles gut

aussieht. Ich will jetzt auch nicht grundsätzlich das System der Vorauszahlung infrage stellen, aber ich rege mich doch über die zeitliche Länge, die hohen Beträge und vor allem über die fehlende Kontrolle auf.

(Beifall CDU, BIW)

Von November 2014 bis offensichtlich gegen Ende des Jahres 2016 hat die Akademie Kannenberg ohne Spitzabrechnung und auch allen der Senatorin zugetragenen Warnungen zum Trotz zwei Jahre lang Vorschüsse in Höhe von mindestens 7,3 Millionen Euro erhalten. Der Ballon wurde immer größer, und niemand hat gemerkt, dass er zu platzen drohte. Da ist im Sozialressort nach unserer Meinung eine ganze Menge schiefgelaufen.

(Beifall CDU, BIW)

Dort wurde schlicht versäumt zu schauen, wie viel Luft dieser Ballon verträgt, und aus dieser Verantwortung wird die Fraktion der CDU Sie auch nicht entlassen!

(Beifall CDU, BIW)

Zu den vielen wichtigen Fragen, was jetzt aus den Mitarbeitern der sechs Einrichtungen wird und wie die jungen Flüchtlinge angemessen weiter untergebracht werden, hat Frau Leonidakis für die Fraktion der LINKEN schon eine ganze Menge gesagt, sodass ich mich doch weiteren anderen wichtigen Fragen zuwenden kann. Um es gleich vorwegzunehmen, es gibt hier ganz sicher nicht nur eine, sondern zwei Parteien, die für die verlorenen Millionen Euro verantwortlich sind. Natürlich trifft es auch den Träger, der Verträge mit dem Ressort geschlossen hat, das Geld genommen und es auch ausgegeben hat. Aber zuallererst trifft es erst einmal dieienigen, die über ihr Geld oder besser über das Geld der Steuerzahler zu wachen haben.

Herr Kannenberg war ab Ende des Jahres 2014 als Träger in Bremen ganz neu im Geschäft, insofern war er auch unerfahren. Allerdings zeichnete ihn ganz deutlich Wagemut und Pragmatismus aus, was der Senatorin zu der Zeit gerade sehr gelegen kam. Genau diese Eigenschaften hätten sie aber auch extrem wachsam machen müssen. Die Bremer Trägerlandschaft war dagegen, entgegen den Vorstellungen der Senatorin, mit Blick auf die Versorgung der kriminellen minderjährigen Flüchtlinge gerade nicht so wagemutig und willfährig unterwegs. Sie war nämlich aus für sie guten Gründen nicht bereit, das Risiko und die Verantwortung für die jungen kriminellen Flüchtlinge zu übernehmen, die gemeinsam als

Gruppe mit all ihrem Gewaltpotenzial untergebracht und betreut werden sollten.

Nun sagen Frau Stahmann und Herr Fries auch heute noch, Herr Kannenberg hätte sie dann damals aus dieser großen Notlage gerettet. Er war bereit, sich um diese Jugendlichen zu kümmern. Er hat sie vor drohender Obdachlosigkeit bewahrt, weil die Bremer Träger angeblich zu unflexibel waren. Ja, Herr Kannenberg hat oberflächlich betrachtet diese Jugendlichen vor einer Obdachlosigkeit gerettet. Vielmehr noch hat er aber die Senatorin gerettet. Er hat sie davor gerettet, selbst aktiv werden zu müssen, denn die Senatorin hätte diese Jugendlichen durchaus auch selbst vor Obdachlosigkeit bewahren können. Sie hätte diese schwierige Gruppe nämlich auch direkt durch die öffentliche Hand in einer in Eigenregie und Eigenverantwortung geführten Einrichtung als öffentlicher Träger versorgen lassen können, aber genau das wollte sie absolut nicht. Insofern kam Herr Kannenberg der Senatorin sicher gerade recht, und so gesehen hat er sie auch gerettet.

Doch nachdem die Rekumer Straße und andere Angebote als sogenannte robuste und intensiv-pädagogisch betreute Wohnangebote auch zur Verhinderung von Obdachlosigkeit - ich erinnere an das Hotel Luley in Strom - eingerichtet waren, war die besonders umstrittene Gruppe der kriminellen Jugendlichen doch einigermaßen versorgt. Jedenfalls war sie in den Augen des Sozialressorts so versorgt, dass man nach außen zeigen konnte, man tut etwas, und man kümmert sich um diese für lange Zeit in Bremen doch so extrem auffällige Gruppe.

Doch dann machte das Sozialressort eine Wende, eine Zäsur. Statt es für diesen immer noch neuen - in Bremen zumindest -, aber bekanntermaßen wagemutigen Träger erst einmal bei diesen Projekten zu belassen, begann man plötzlich zunehmend, ihm auch die Verantwortung für die Unterbringung der anderen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu übertragen. Um diese Gruppe hatten sich jedoch die vielen anderen Träger fortwährend gekümmert. Sie waren auch bereit, ihre Angebote weiter auszubauen. Trotzdem wurden in zunehmender Geschwindigkeit immer mehr Einrichtungen von Herrn Kannenberg aufgebaut. Zwischenzeitlich betreute er in sechs Einrichtungen bis zu tausend Jugendliche. Ich verstehe allerdings überhaupt nicht, warum man das alles anscheinend rein auf Vertrauen basierend - oder sollte ich vielleicht besser vertrauensselig sagen? - gemacht hat. So kann und darf man doch aber in einem Ressort nicht arbeiten! Was ist los in der Finanzabteilung des Sozialressorts?

Es war kein Geheimnis, dass die Akademie Kannenberg das vorhandene Geld anscheinend recht sorglos ausgab. Vom Kühlschrank bis zum Auto wurde das wohl auch immer wieder deutlich, und die anderen Träger bekamen auch zu spüren, dass er sein Personal oftmals mit besseren Konditionen als sie selbst anwarb, denn manche Mitarbeiter wurden regelrecht abgeworben. Warum aber konnte er die höheren Kosten finanziell abdecken, wo er doch an dasselbe Sozialressort mit den gleichen finanziellen Voraussetzungen wie alle anderen angedockt war?

Nun stehen wir heute hier mit all den ungeklärten Fragen und wollen Antworten von der Senatorin und ihrem Staatsrat.

Ich möchte aber auch noch deutlich sagen, dass wir natürlich auch Verständnis dafür haben, dass viele Vorgaben im Jahr 2015 aufgrund der großen Anzahl ankommender Flüchtlinge bis an die absolute Grenze und darüber hinaus ausgereizt wurden. Zeitweise lief einfach kaum mehr etwas in gewohnten Bahnen. Solche Zeiten dürfen aber doch niemals dazu führen, dass über längere Zeit wichtige Regeln außer Kraft gesetzt werden und dringend gebotene Kontrollen und Spitzabrechnungen einfach ausbleiben.

Um für die vielen neuen Aufträge arbeitsfähig zu sein, musste die Akademie Kannenberg zwar natürlich grundsätzlich Vorschüsse erhalten; doch es drängt sich eben ganz stark der Verdacht auf, dass diese über viel zu lange Zeit unkontrolliert und zu fahrlässig hoch angesetzt waren, so hoch, dass die erst viel später ausgehandelten und dann niedrigeren Entgeltvereinbarungen der Akademie Kannenberg beinahe unausweichlich in die Insolvenz führen mussten.

Wenn das wirklich so war, dann hätte das Sozialressort sehr verantwortungslos gehandelt. In der Wirtschaft würde man in solch einer Situation wohl schon längst von Verdacht auf Veruntreuung sprechen. Hier steht das Ressort mit Herrn Staatsrat Fries als Verwaltungschef in der Pflicht, auch die Berechnungsgrundlagen der Vorschusszahlungen und die Entgeltvereinbarungen samt Höhe und Zeitpunkt offenzulegen. Nur durch einen Vergleich der Werte wird ein Rückschluss möglich, ob für einen letztlich unerfahrenen, aber andererseits offensichtlich risikobereiten Träger überhaupt die Möglichkeit bestand, ein wirtschaftliches System aufzubauen.

Die im deutschen Sozialrecht angelegte Arbeitsweise von Vorschusszahlungen und erst etwas zeitversetzt durchgeführten Spitzabrechnungen erfordert ohnehin von jedem Träger ein gewisses Maß an Können. Um zu verhindern, dass ein Träger den Überblick verliert, hätte das Sozialressort

auf jeden Fall mit einem neuen Träger ein engmaschiges Finanzcontrolling vereinbaren müssen. Ebenso hätte man Abschlagsrechnungen und eine regelmäßige Kostenkalkulation für die einzelnen Einrichtungen dieses Trägers vorsehen müssen.

Somit ist es falsch, wenn das Sozialressort wie in der Sozialdeputation einfach nur auf die Eigenverantwortung und das unternehmerische Risiko des Trägers verweist. Schließlich geht es hier um eine sehr, sehr hohe Summe von über sieben Millionen Euro, die anscheinend ohne Sicherheiten, sozusagen im blinden Vertrauen, durch Vorschusszahlungen verliehen wurden. Wenn man aber sein verliehenes Geld komplett und nicht nur teilweise zurückbekommen will, kann man nicht einfach nur auf die Verantwortung des Trägers verweisen. Wer Geld im Voraus zahlt, ist immer auch in erster Linie selbst dafür verantwortlich, es zurückzubekommen.

(Beifall CDU, BIW)

Ich will aber auch die Akademie Kannenberg durch solche Überlegungen natürlich keinen Zentimeter aus der Verantwortung entlassen. Das Sozialressort kann jedoch von Herrn Kannenberg wohl kaum verantwortliches Unternehmertum einfordern, wenn im eigenen Ressort die Verantwortung dafür nicht wahrgenommen wird.

(Beifall CDU, BIW)

Zu dieser Verantwortung gehört es laut Gesetz auch, die möglichst zeitnah verhandelten Entgelte sozialer Einrichtungen zu veröffentlichen. Doch dieses Gesetz wird vom Bremer Sozialressort bis heute ausgehebelt. Trotz wiederholter Aufforderung durch die Fraktion der CDU gibt es solche Veröffentlichungen nicht. Aus unserer Sicht sind aber ein konsequentes Finanzcontrolling, zeitnahe Entgeltvereinbarungen mit Spitzabrechnung sowie auch die Veröffentlichung der Entgelte wichtige Voraussetzungen, um solche Fälle wie diesen mit der Akademie Kannenberg möglichst zu vermeiden.

Für die Sondersitzung der Sozialdeputation hat die Fraktion der CDU inzwischen einen umfangreichen Fragenkatalog eingereicht, der noch viel tiefer in die Details geht. Wir wollen plausible, nachvollziehbare Antworten. Meine Damen und Herren vom Sozialressort, wir werden es des Weiteren ganz sicher nicht zulassen, dass Sie die Verantwortung für die verlorenen Millionen Euro komplett auf die Akademie Kannenberg abwälzen!

(Beifall CDU, BIW)

Wir sind uns nach Einschätzung der Sachlage schon heute ziemlich sicher, dass Sie in erheblichem Maße selbst für den noch genau zu beziffernden Schaden, der aber wohl entsprechend hoch sein wird, mitverantwortlich sind. - Vielen Dank!

(Beifall CDU, BIW)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tassis.

Abg. Tassis (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen dieses Hohen Hauses! Der Fall Kannenberg erscheint mir nicht wie ein Ballon, wie Frau Kollegin Grönert gerade eben beschrieben hat, sondern vielmehr wie ein winziges Mosaiksteinchen im Bild der gesamten deutschen Flüchtlingspolitik. Kannenberg ist für mich kein Anzeichen für ein falsch arbeitendes System, es arbeitet vielmehr erschreckend ruhig, es sekundiert dem gesamtgesellschaftlich betrachtet verantwortungslosen Handeln einer kleinen deutschen Elite perfekt und ist in Bremen gewissermaßen bis zum Verbrechen gut aufgestellt

(Abg. Röwekamp [CDU]: Was?)

Die Sozialsenatorin brüstet sich damit, so viele umA aufgenommen zu haben wie ganz Ostdeutschland, als ob das ihre Aufgabe gewesen wäre. Kurzum, Kannenberg ist mithin kein Anzeichen für irgendein Versagen, sondern ist ein Syndrom. Schlimmer als alle schwer erziehbaren umA und schlimmer als die wie auch immer künftig zu bewertenden Abläufe von Finanzströmen ist das eigentliche Problem das deutsche Kannenberg-Syndrom. Das sind die Allmachtsfantasien eines deutschen und allein deutschen Gutmenschentums, das sich europaweit isoliert, sich in unübertroffener Überheblichkeit gegenüber seinen Brüdervölkern und den eigenen Völkern gegenüber artikuliert, und das unter anderem darin besteht, schwerstgestörte Jugendliche en masse betreuen zu können, dabei aber nur seine eigene Selbstverwahrlosung offenbart und die Gegenwehr eines ganzen Kontinents in Kauf nimmt.

(Abg. Frau Leonidakis [DIE LINKE]: Das einzige Verbrechen hier, das sind Ihre Äußerungen!)

Ich bin Ihnen und Ihren Beamten in keiner Weise dankbar, dass Sie Probleme nicht lösen, die Sie selbst geschaffen haben, die Sie willentlich noch aufsummieren wollen, dass diese Ausländer hierbleiben werden und eine Personalaufstockung sogar im Sozialressort noch weiterverfolgt wird. Es interessiert die Bremer Bürger natürlich, wie

Kannenberg in Bremen gearbeitet hat, aber es interessiert breite Kreise der Bevölkerung doch auch, wann der Wille zum Ruin aufhört, den das Kannenberg-Syndrom hervorgebracht hat.

Lassen Sie mich zum Schluss erklären, dass sich meine Kritik allein an das Verwaltungshandeln richtet und nicht an die soziale Arbeit, die geleistet wird! Ich habe allerdings größtes Verständnis und daher auch größtes Verständnis für seriöse heimische soziale Träger, die das Problem 2015 nicht so auf die leichte Schulter genommen haben wie Herr Kannenberg. Die Arbeit mit Herrn Kannenberg muss bei gleichzeitigem Erhalt und eventueller Umsetzung der immer notwendigen sozialen Arbeit beendet werden. - Vielen Dank!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Leidreiter.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Sie sollten sich wieder zu einer Gruppe zusammenschließen, dann bräuchten wir uns nur eine Rede anzuhören!)

Abg. Leidreiter (BIW)*): Sehr geehrter Präsident, liebe Kollegen, liebe Besucher! Als ich das Thema der Aktuellen Stunde gelesen habe, habe ich gedacht: Was soll das denn? Dann habe ich gesehen: Linksfraktion!

(Abg. Frau Leonidakis [DIE LINKE]: Sie verstehen das natürlich nicht!)

Das ist im Prinzip vom Titel her sehr kurz gegriffen. Ich habe dann auch gesagt, okay, meine Rede werde ich so schreiben, dass ich auch andere Fragen stelle, wobei Frau Leonidakis ja in ihrer Rede auch die anderen Probleme angesprochen hat, die leider aus diesem Titel nicht hervorgehen.

Die Insolvenz der Akademie Kannenberg hat nicht nur für die dort betreuten Jugendlichen und die dort beschäftigten Arbeitnehmer Auswirkungen, sondern auch auf den Bremer Haushalt und somit auf die Steuerzahler. Umso erstaunlicher ist es, dass die von der Linksfraktion beantragte Aktuelle Stunde sich nur mit den Auswirkungen der Insolvenz im Hinblick auf die Folgen für die oben genannten Gruppen beschäftigt. Das war ja eben ein bisschen anders. Die sich stellenden Fragen sind berechtigt, aber es gibt noch eine Vielzahl anderer unbeantworteter Fragen, die die Politik und vor allem die Bremer Bürger beschäftigen.

Interessant sind die Umstände, die zur Insolvenz der Einrichtung geführt haben. Weiter ist zu prüfen, welche Forderungen und welche Verbindlichkeiten es gegenüber der Akademie Kannenberg überhaupt gibt. Sind die Zahlen überhaupt vorhanden? Wie ist der Stand der Abrechnung? Weiter ist zu klären, welche Zeiträume bis zum heutigen Tag noch nicht abschließend abgerechnet sind, und auf welcher Grundlage die Vorauszahlungen geleistet worden sind.

Mich hat auch am Freitag die Aussage im Haushalts- und Finanzausschuss überrascht, dass die Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt keine Stellungnahme abgeben wollte. Liegt das vielleicht an dem fehlenden Zahlenmaterial? Sollten sich die Zeitungsberichte bestätigen, dass es Rückforderungsansprüche in Höhe von mehreren Millionen Euro gibt, fordern wir den Rechnungshof schon heute auf, den Fall Kannenberg auf Herz und Nieren zu prüfen.

(Abg. Frau Leonidakis [DIE LINKE]: Der wartet nur auf Ihre Aufforderung!)

Die Gruppe Bürger in Wut befürchtet, dass die Überzahlungen bei der Akademie Kannenberg mit dem nicht ausreichend vorhandenen Forderungsmanagement des Sozialressorts im direkten Zusammenhang steht. Nach und nach treten immer wieder Probleme beim Forderungsmanagement zutage. Es gibt große Defizite bei der Rückforderung von Unterhaltsvorschüssen und bei der Abrechnung der Kosten der Frauenhäuser. Oder ist es noch viel schlimmer, hat das Ressort keinerlei Affinität zu monetären Größen? Man kann vielleicht auch vereinfacht sagen, es kann nicht mit Geld umgehen.

Bremen ist ein Haushaltsnotlageland, und es ist insbesondere durch die mehr als knappen Ressourcen auf eine optimal funktionierende Verwaltung angewiesen. Dass diese in diesem Fall vorhanden ist, können wir von der Gruppe Bürger in Wut leider so nicht feststellen.

Uns treibt noch folgende Frage um: Wieso wurde die Einrichtung an der Rekumer Straße aufgegeben, die von der Akademie Kannenberg betrieben worden ist, und in der Käthe-Kollwitz-Straße dafür Ersatz bereitgestellt? Hängt das eventuell schon mit der Insolvenz zusammen? - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall BIW)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. Möhle (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle einfach noch einmal daran erinnern, wie es vor ungefähr zwei Jahren hier im Hause

ausgesehen hat. Wir haben diskutiert, dass innerhalb kürzester Zeit Hunderte, ja Tausende von unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen, mit denen man umgehen musste, auf einmal in Bremen waren. Dafür gab es keine Blaupause. Man wusste nicht genau, wie das im Einzelnen geht. Wenn mir hier jemand im Saal sagt, er habe schon damals die besseren Ideen gehabt, dann entgegne ich, dass das überhaupt nicht stimmt.

(Beifall SPD)

Was ist passiert? Es kam zu einer gigantischen Leistung aller Träger, aller Beteiligten, der Casemanager, der Amtsvormünder, und im Übrigen hat auch ein Großteil der Zivilgesellschaft ehrenamtlich geholfen, diese schwierige Situation zu meistern.

(Beifall SPD)

Ganz unabhängig von der Akademie Kannenberg sage ich zunächst einmal: Wir können als Gemeinwesen darauf stolz sein, wie gut es uns gelungen ist, diese jugendlichen Flüchtlinge unterzubringen.

(Beifall SPD)

Selbst heute sind wir nicht in dem Status der Normalität. Wir sind immer noch angespannt. Es gibt immer noch Probleme, die Bildung und die Integration zu organisieren. Wir machen große Fortschritte, das ist wohl wahr, aber niemand soll so tun, als sei das schon abgeschlossen. Das ist ein Prozess, der ziemlich viel politische Kraft erfordert, der auch ziemlich viel politische Weitsicht erfordert. Mich macht richtig ärgerlich, wenn jetzt von rechts außen so getan wird, als habe sich das Ressort immer schon gewünscht, dass 2 000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Bremen kommen. Das ist der größte Blödsinn überhaupt.

(Beifall SPD)

Die Flüchtlingsbewegung auf dieser Welt steuert weder der Senat in Bremen noch die Bundesregierung noch die Europäische Union. Die UNO sagt, es seien weltweit über 60 Millionen Flüchtlinge vorhanden. Das ist eine Situation, mit der man sich auch einmal ein Stück weit auseinandersetzen muss, aber man darf nicht einfach so tun, als sei es immer schon der Herzenswunsch des Senats gewesen, sich um dieses Problem kümmern zu können.

(Beifall SPD)

Ich habe in der Zeit sehr eng auch mit der Senatorin und mit den Behörden zusammengearbeitet.

Sie können alle glauben: Es ist weit über das Normale, weit über das Limit hinaus gearbeitet worden. Dafür will ich an dieser Stelle auch einmal bedanken.

(Beifall SPD)

Nun zu Kannenberg! Der Einzige, der wirklich konsequent gesagt hat, er traue dem Konzept nicht, war Cindi Tuncel. Er hat es von Anfang gesagt und die ganze Zeit über vertreten, das ist wahr, aber jetzt zu sagen, es habe kein Konzept gegeben, das finde ich ein bisschen komisch. Die pädagogische Leitung des Kannenberg-Projekts hat uns das Konzept in der Sozialdeputation vorgestellt.

(Zuruf Abg. Frau Leonidakis [DIE LINKE])

Jetzt mag man ja sagen, dass man das Konzept nicht als gut oder nicht als schlüssig empfunden habe, aber ich hatte damals ganz banal den Eindruck: Der kann an dieser Stelle helfen.

(Zuruf Abg. Frau Leonidakis [DIE LINKE])

Ich habe eben auch nicht so viel dazwischengerufen, machen Sie das doch jetzt auch nicht, lassen Sie mich doch einmal eben in Ruhe meine Rede beenden!

Ich habe ganz banal geglaubt, dass er an dieser Stelle helfen kann. Diejenigen, die sich noch ein bisschen zurückerinnern, wissen, dass wir am Bahnhof eine Situation mit circa 30 bis 50 hoch kriminellen, hoch aggressiven Jugendlichen hatten, die die Stadt in Angst und Schrecken versetzt haben. Ja, was macht man mit solchen Jugendlichen? Es gibt keine Patentrezepte, man kann nicht einfach sagen, wir haben diese und jene Idee, und dann funktioniert das!

Unsere Idee mit einer fakultativ geschlossenen Einrichtung hat sich am Ende nicht durchgesetzt. Okay, dann eben nicht! Dann stellt sich aber die Frage, welche intensivpädagogischen Maßnahmen in diesem Bereich nötig sind. Natürlich kostet das Geld, wenn ich eine Eins-zu-eins-Betreuung organisieren muss. Es soll doch niemand so tun, als wäre das für einen Apfel und ein Ei zu haben. Dass man jetzt sagt, okay, ab einer bestimmten Kriminalitätsstufe ist die Justiz zuständig, damit kann ich im Zweifel auch leben, und dann sind sie eben im Jugendgefängnis. Man kann sich übrigens keine geschlossenere Einrichtung als das Jugendgefängnis vorstellen. Aus dem Jugendgefängnis kommt man nämlich noch weniger leicht hinaus als aus dem Modell, das wir entwickelt haben. Vor dem Jugendgefängnis

sollte es eine andere Einrichtung geben. Das hat sich zwischenzeitlich erledigt.

Herr Kannenberg hat die richtigen Hardcore-Fälle - so nenne sie einmal despektierlich - am Ende des Tages mit seiner Akademie nicht betreut. Er hat durchaus schwierige Jugendliche betreut, aber mit den richtig hammerharten Kriminellen, die es auch gibt, ist er auch nicht zurechtgekommen. Bis heute ist noch keine wirklich tragfähige Lösung vorhanden, und man soll in Gottes Namen jetzt nicht immer so tun, als ob!

Ich glaube, dass im Grunde genommen eine Insolvenz nichts Ungewöhnliches ist. Insolvenzen gibt es mittlerweile auch im Sozialbereich - man hat das alles schon einmal gehabt -, und man sollte ganz gelassen und in aller Ruhe die Fragen aufklären, die gestellt werden.

Frau Grönert, ich habe Ihre sechs DIN-A-4-Seiten mit Fragen auch gesehen. Viele Fragen sind berechtigt, und bei einigen, finde ich, kann man sagen, na ja, man kann ja alles fragen, aber muss das sein? Egal, sie müssen alle beantwortet werden.

Wenn ich es richtig wahrgenommen habe, dann hat die FDP ebenfalls Fragen gestellt. Diese Fragen müssen auch beantwortet werden. Wenn alle Fragen beantwortet sind, dann kann man das Thema vernünftig debattieren und herausfinden, ob tatsächlich im Ressort etwas falsch gelaufen ist oder eben auch nicht. Tut bitte nicht alle so, als ob die Aufgabe, diese hohe Flüchtlingszahl, insbesondere die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, zu versorgen, nicht jede Regierung bis an die Grenze der Überforderung getrieben hätte!

Lassen Sie mich noch einen Satz sagen: Bei der Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten ist es übrigens auch so, dass der eine oder andere Immobilienbesitzer die Gunst der Stunde nutzen will, seine Immobilie anbietet, die ziemlich verschrottet ist.

(Abg. Strohmann [CDU]: Nein, das glaube ich nicht!)

sie sich gern sanieren lässt, um anschließend gern einen längerfristigen Vertrag mit dem Sozialressort abzuschließen. Wenn man dann gar keine andere Möglichkeit hat, als ein Zelt aufzustellen, dann steht man natürlich unter dem Druck, bestimmte Sachen relativ schnell zu organisieren.

(Zurufe CDU, BIW)

Ich verstehe kein Wort! Bitte!

(Abg. Kastendiek [CDU]: Aber fünf Millionen ohne Sicherheit hinauszuschießen, das ist auch ganz normal aus Ihrer Sicht?)

Jetzt hören Sie doch einmal mit der Behauptung auf, "ohne Sicherheit hinauszuschießen"! Das war ein ganz klarer Plan, man wollte damit Einrichtungen fördern. Schauen Sie sich einmal das Verwaltungsgebäude des Bremer Vulkan in Blumenthal an! Was meinen Sie, was das gekostet hat? Glauben Sie, dass Sie solche Einrichtungen für einen Apfel und ein Ei umbauen können? Das waren notwendige und absolut richtige Investitionen! Natürlich!

(Abg. Leidreiter [BIW]: Mit solch einem Konzept hätte er einmal zur Bank gehen sollen! Da hätte er kein Geld bekommen!)

Du hast doch überhaupt keine Ahnung!

(Abg. Leidreiter [BIW]: Seit wann duzen wir uns? Das wüsste ich aber!)

Abschließend möchte ich jetzt an dieser Stelle sagen: Die ganze Veranstaltung ist teuer. Jeder, der glaubt, man bekommt es billiger, und so tut, als ob es billiger machbar sei, der unterliegt einem gewaltigen Irrtum. Das nervt mich am allermeisten! Wer dann von rechts außen sagt, wir haben Flüchtlinge, und die kosten Geld, um damit Stimmung gegen die Flüchtlinge zu erzeugen, den warne ich davor, den warne ich ausdrücklich davor! Diejenigen, die jetzt hier sind, müssen wir vernünftig integrieren. Daran müssen wir weiter arbeiten, und das wird auch weiterhin Geld kosten. Das ist richtig und gut ausgegebenes Geld. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gestehe, für uns und für mich kam die Nachricht über die Insolvenz der Akademie Kannenberg in der letzten Woche überraschend. Der Jugendhilfeträger - das wurde vorhin schon gesagt - Akademie Kannenberg hat der Sozialbehörde am Montag letzter Woche, also dem 30. Oktober 2017, mitgeteilt, dass er Insolvenz angemeldet hat. Ich gestehe auch in Richtung der Fraktion DIE LINKE, dass ich dem Untertitel der Aktuellen Stunde zustimme, nämlich Sicherheit für Beschäftigte und Jugendliche

schnell herstellen. Ziel muss die Vermeidung der Unsicherheit bei den jungen Menschen sein. Sie sind ja so oder so schon verunsichert in ihrem Leben. Jetzt darf man nicht noch drei Monate abwarten, bis eine Lösung für sie da ist. Die Lösung muss rasch und auch bedarfsgerecht sein.

Das Kindeswohl muss im Blick behalten werden, aber klar ist doch auch, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Klarheit haben müssen, wie es bei ihnen weitergeht und dass sie auch dabei unterstützt werden. Auch wir fordern Transparenz, Klarheit und eine lückenlose Aufklärung. Die vorliegenden Probleme, meine Damen und Herren, dürfen eben nicht auf dem Rücken der Jugendlichen und der Beschäftigten ausgetragen werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Es heißt, die Betreuung der jugendlichen Flüchtlinge soll durch die Insolvenz nicht gefährdet sein. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ab November drei Monate lang Anspruch auf Leistungen aus der Insolvenzkasse bei der Agentur für Arbeit. Der Betrieb kann also erst einmal vorläufig fortgeführt werden. Die Akademie Kannenberg beschäftigt derzeit bundesweit rund 230 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und betreut in Bremen 140 Jugendliche und junge Erwachsene in sechs Einrichtungen. Die intensivpädagogische Kannenberg-Einrichtung für jugendliche Flüchtlinge in der Rekumer Straße ist nach drei Jahren Betriebszeit wie geplant zum 31. Oktober 2017 geschlossen worden. Wer bei der Anhörung zur Käthe-Kollwitz-Straße war, der hat gelernt, dass das eindeutig auch etwas mit dem Bauamt zu tun hat, das diese Immobilie nämlich nicht für geeignet hält.

Jetzt lassen Sie mich auch noch einmal den Blick zurückwerfen, weil ich glaube, das muss man sich doch vor Augen halten: Ja, wir waren alle im Jahr 2014 überrascht von den vielen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und gerade auch speziell von den straffälligen. Es schließt diese Überraschung, glaube ich, schon auch die Polizei, die Jugendämter, die Jugendhilfeträger, aber auch die Richter ein. Es war nämlich eine ganz neue und auch für Bremen oder auch deutschlandweit noch nie da gewesene Situation. Es war einmal die Menge Jugendlicher, aber auch die Art der Probleme, die mit ihnen gekommen sind. Damals gab es in Deutschland eben noch nicht diese Umverteilung, und Bremen war ein Hotspot für diese Jugendlichen.

Erst einmal muss ich noch einen kleinen Einschub machen. Herr Tassis, dass Sie sagen, die Flüchtlingspolitik in Bremen wäre hier bis zum Verbrechen perfektioniert worden, das, glaube ich, kann man überhaupt nicht so stehen lassen.

Sie erzählen hier etwas von Allmachtsfantasien des Gutmenschentums. Ich möchte einmal darauf hinweisen, die Aufnahme und die Verantwortung für junge minderjährige Flüchtlinge sind in der UN-Menschenrechtscharta niedergeschrieben. Es ist eine Verantwortung und eine Verpflichtung, und denen stellt man sich als Kommune. Das ist doch selbstverständlich, und das hat nichts mit einem Verbrechen zu tun, das weise ich hier eindeutig zurück!

(Beifall Bündnis90/Die Grünen, SPD)

Sie haben ja auch noch einmal eindeutig gesagt, Sie möchten nicht, dass Ausländer hier bleiben. Ganz ehrlich, man kann unterschiedliche Ansichten haben, Sie haben eine andere als wir, aber ich finde, einer Gesellschaft tut es gut, wenn man auch Ausländer in der Gesellschaft hat, wenn die Gesellschaft bunt ist. Ich finde, die populistische Aussage, die Sie hier getroffen haben, kann man so unkommentiert nicht stehen lassen. Auch hier im Parlament gibt es ja Kolleginnen und Kollegen, die im Ausland geboren sind, Herr Tassis.

(Abg. Tassis [AfD]: Ach, ich ebenfalls! - Abg. Rupp [DIE LINKE]: Wir werden Sie auch noch länger ertragen! - Abg. Bolayela [SPD]: Umso schlimmer ist das!)

Ich sage noch einmal, der wichtige Faktor bei der Insolvenz ist ja der Rückgang beim Zuzug jugendlicher Flüchtlinge in Bremen, nachdem eben im November 2015 der Königsteiner Schlüssel auf diese Gruppe angewendet wird und Jugendliche bundesweit verteilt werden. Bis dahin waren sie in der Kommune aufzunehmen, in der sie erstmals vorstellig geworden waren. Unter allen Städten in Deutschland hatte Bremen derzeit mit großem Abstand eine Spitzenstellung inne. Das ist kein Verbrechen. In dieser Situation war jede Kommune zugegebenermaßen überfordert, und es wurde doch alles getan, damit die Jugendlichen, die ankamen, nicht obdachlos auf der Straße saßen. Das bedeutete schnelle Entscheidungen und auch ein hohes Engagement der Beschäftigten. Das möchte ich auch an dieser Stelle einmal honorieren, meine Damen und Herren. Ja, es war auch so, dass damals alle froh waren, dass Kannenberg als Träger nach Bremen gekommen ist, der auch bereits Erfahrungen mit dieser Klientel der straffälligen Jugendlichen hatte und es sich dann auch zugetraut hat. Frau Leonidakis, das gehört zur Wahrheit dazu, die

(Abg. Buhlert [FDP]: Die Grünen auch!)

weil es eben dort auch keine Konzepte für diese Jugendlichen gab. Das hat sich im Laufe der letz-

Bremer Träger haben sich damals schwergetan,

ten zwei Jahre stark verändert. Nun haben die altbekannten Träger neue Konzepte, um die Jugendlichen abzuholen und zu stabilisieren. Als die große Welle und die Probleme aber da waren, war es nicht so, dass die Träger Schlange standen. Ja, Kannenberg stand immer wieder in der Kritik, auch an uns wurden immer wieder Geschichten herangetragen, die wir auch an das Ressort weitergeleitet haben. Meine Kollegin Sahhanim Görgü-Philipp hat selbst auch Akteneinsicht genommen mit dem Ergebnis, dass es in Einzelfällen Probleme gab, denen aber auch nachgegangen wurde, beziehungsweise sie wurden geklärt.

Wir selbst waren mit mehreren Abgeordneten auch in der Rekumer Straße, auch im Sattelhof, haben uns dort ein Bild verschafft. Ich sage einmal so, dass die Rekumer Straße inzwischen geschlossen ist, ich glaube, das ist gut für alle. Die Immobilie war denkbar ungünstig im Gegenteil zum Sattelhof, der mit seiner Größe, seiner Lage und seiner Ausstattung als pädagogische Einrichtung ideal ist.

Wir haben mit motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesprochen. Ich glaube, jetzt sind erst einmal zwei Dinge wichtig, erstens müssen wir dringend klarstellen, was mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern passiert. Welche Möglichkeiten bestehen, bei anderen Trägern angestellt zu werden, und zwar zu transparenten Bedingungen? Zweitens, die Jugendlichen dürfen nicht verunsichert werden.

Wir müssen aber auch die Frage nach der Arbeit der Fachaufsicht im Sozialressort stellen, nach dem Controlling, nach dem Zeitpunkt der Spitzabrechnungen. Die CDU hat einen Fragenkatalog vorgestellt. Ich finde die meisten Fragen nachvollziehbar, und ich finde auch, dass sie wirklich beantwortet gehören, damit wir uns ein Bild machen können. Wir müssen wissen, welche Fehler passiert sind, und was wir für die Zukunft auch daraus lernen, auch beim Umgang mit anderen Trägern. Hier brauchen wir eine ehrliche Bestandsaufnahme, meine Damen und Herren.

Wenn es irgendwo ein fehlerhaftes Verhalten der Behörde gab, mangelndes Controlling, dann erwarten wir, dass das dort konsequent und gegebenenfalls auch disziplinarrechtlich geahndet wird. Ich erwarte allerdings auch von der Akademie Kannenberg, dass sie sich an der Aufklärung konstruktiv beteiligt. Ich finde es richtig, dass die Innenrevision eingeschaltet wurde, um genau zu prüfen, ob korrekt abgerechnet wurde.

Der Schaden für Bremen wird - wir haben es vorhin schon gehört - auf 5,6 Millionen Euro geschätzt. Das ist Geld, auf das Bremen nicht verzichten kann, das ist ganz klar. Am Ende ist es nämlich der Steuerzahler, der der Geschädigte ist. Aus dem Grund tun wir gut daran, meine Damen und Herren, lückenlos aufzuklären und zu versuchen, das Geld, das durch Vorschüsse bezahlt wurde, zurückzufordern.

Zu guter Letzt, durch Kannenberg, diverse andere Maßnahmen, vielfältige Jugendhilfeangebote, neue trägerübergreifende Fallkonferenzen unter Einbeziehung von Polizei, Wohngruppen unterschiedlichster Ausrichtung, Einzelfallbetreuung, die geplante Haftvermeidungseinrichtung et cetera konnte die fakultativ geschlossene Einrichtung im Blockland verhindert werden. Das hätte uns, meine Damen und Herren - wir hatten dazu hier viele Debatten -, zig Millionen Euro gekostet. Es wären nicht nur Bremer Jugendliche gewesen, sondern Jugendliche aus Hamburg oder aus anderen Bundesländern. Ich glaube, am Ende des Laufbands hätte uns das auch diverse Krisen beschert.

Ich möchte schließen. Noch einmal: Wir Grünen sind an schonungsloser Aufklärung interessiert. - Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben eine Aktuelle Stunde, in der es darum gehen sollte, aufzuklären und dafür zu sorgen, dass so etwas nicht wieder passiert. Meine Hoffnung war, dass das hier so nie geschehen wird, sondern meine Einschätzung war immer, dass vorher viele Fragen offen waren, dass viele Fragen zu klären sind und dass heute am Ende immer noch viele Fragen offen sein werden, sodass wir uns deswegen fragen können, ob diese Aktuelle Stunde notwendig oder hilfreich gewesen ist. Oder ist es notwendig, dass wir in der Sozialdeputation die vielen Fragen, die gestellt worden sind - ich habe auch einen Fragenkatalog für die Fraktion der FDP eingereicht -, ordentlich abarbeiten, sinnvoll abarbeiten, aber nicht einfach hingehen und lauter Vermutungen hier in den Raum stellen?

(Beifall FDP, SPD)

Es ist doch schlichtweg so, dass wir Aufklärung erwarten und verlangen können. Das tun wir alle, aber sie umfasst eben nicht nur, dass wir uns das Sozialressort anschauen, sondern dass wir auch fragen, was ist bei der Firma passiert, was ist bei der Firma nicht richtig gelaufen, die insolvent gegangen ist, denn das passiert ja auch nicht ohne Grund? Waren die Entgelte zu gering? Sind die Entgelte zweckgemäß verwendet worden?

Wir haben jetzt gehört, dass es hier eine Insolvenz in Eigenregie geben soll. Man muss sich allerdings fragen, ob das das richtige Instrument ist, um zu prüfen, ob Entnahmen und die Mittelverwendung richtig gemacht worden sind oder viel zu groß waren. Diese Fragen stelle ich mir, bekomme ich gestellt, und die müssen wir auch stellen, weil natürlich die Frage zu beantworten ist, was mit den Mitteln passiert ist.

Es waren ja keine Vorauszahlungen ohne Gegenleistungen, sondern die Jugendlichen haben dort gewohnt, gegessen und geschlafen. Insofern ist nicht die Frage nach Sicherheiten zu stellen, sondern die Fragen, waren die Vorauszahlungen zu hoch, also höher als notwendig, oder sind Vorauszahlungen geleistet worden, obwohl viel weniger Jugendliche in den Einrichtungen untergebracht gewesen sind? Was lief schief? Diese Fragen müssen wir stellen. Dass es keine Gegenleistungen gab, ist so nicht zu sagen. Insofern ist auch diese Darstellung nicht richtig. Die Frage ist, ob die Gegenleistung angemessen gewesen ist. Diese Frage muss noch beantwortet werden.

Im Jahr 2015 ist geäußert worden, dass wir alle wollten, dass delinquente Jugendliche eine besondere intensivpädagogische Betreuung erhalten sollen. Es gab Skeptiker, gerade in den Reihen der Grünen, aber trotzdem ist großer Druck erzeugt worden - auch von der Fraktion der FDP -, dort Lösungen zu finden.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Wie soll das denn gehen?)

Dazu bekenne ich mich, denn ich finde, man muss auch für diese Jugendlichen andere Möglichkeiten schaffen, als sie dem Jugendstrafvollzug zu überantworten.

(Beifall FDP)

Wenn man auf der einen Seite aber diese Möglichkeiten will, dann muss man auch damit leben, dass es Anbieter gibt, die solche Aufgaben übernehmen, und man muss ihnen natürlich auch auf die Finger schauen. Das heißt, es muss fachlich korrekt gearbeitet werden, es muss hingeschaut werden, ob es fachlich richtig passiert.

Auf der anderen Seite muss auch hingeschaut werden - das ist, glaube ich, die Sache, über die wir am Ende noch viel reden werden -, ob die Behörde so gut aufgestellt ist, dass sie wirklich neben dem Fachlichen auch das Finanzielle prüfen kann. Es muss dann kein Herrn Leidreiter kommen, der den Rechnungshof auffordert, dort hinzuschauen, sondern die Präsidentin sitzt hier im Plenum, und das tut sie aus eigenem Antrieb. Ich bin froh, dass wir eine Rechnungshofpräsidentin haben, die nicht Herrn Leidreiter als Anstoß braucht.

(Beifall FDP, SPD - Abg. Leidreiter [BIW]: So ein Blödsinn!)

Insofern müssen wir hier genau die Frage stellen, ob die Behörde ausreichend aufgestellt ist, um die Abrechnung schnell genug vorzunehmen, Spitzabrechnungen schnell genug vorzunehmen, zu prüfen, ob ein Leistungserbringer eine Buchhaltung besitzt, die den Anforderungen an eine kaufmännische Buchführung entspricht, wie wir sie uns für ein Unternehmen vorstellen, das mehrere Hundert Mitarbeiter beschäftigt, mehrere Hundert Jugendliche betreut und bei dem der Verwaltungsaufwand entsprechend groß ist. Meine Einschätzung ist, dass die Akademie Kannenberg viel zu schnell gewachsen und überhaupt nicht in der Lage gewesen ist, ihre Buchhaltung aufzubauen. Wenn das so ist, dann muss man doch die Fragen stellen: Hat die Behörde das nicht gemerkt? Konnte sie nicht einschreiten? Warum ist sie nicht eingeschritten? All diese Fragen müssen aufgeklärt werden.

Weiterhin müssen wir uns die Fragen stellen: Was lernen wir daraus, um Entsprechendes zu-künftig zu verhindern? Welche Schäden sind entstanden? Wer ist dafür verantwortlich, und wer ist dafür haftbar? All diese Fragen müssen wir stellen.

Unabhängig von den Fragen zur Sache ist und bleibt doch die Frage: Müssen wir dieses Thema im Rahmen einer Aktuellen Stunde beraten? Ja, weil sie beantragt ist! Ansonsten wäre es auch ausreichend gewesen, den Sachverhalt in der Sozialdeputation zu erörtern, um nach dem Vorliegen des Ergebnisses hinzugehen und zu sagen: Das sind Ross und Reiter, und das sind die Schuldigen! - Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäfer.

Abg. Schäfer (LKR)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Solch eine Migrations- und Fluchtwelle, wie sie seit dem Jahr 2015 auf uns einwirkt, ist nicht nur einerseits eine sehr große Belastung, sie ist andererseits auch

eine sehr große Chance für Menschen, die in diesem Metier ihr Geschäft betreiben. 42 Prozent des Bundeshaushalts entfallen allein auf die Bereiche Arbeit und Soziales, die beiden größten nicht staatlichen Arbeitgeber in der Bundesrepublik Deutschland sind die Caritas und die Diakonie. beide in der Sozialindustrie tätig. Das sind sicherlich professionell geführte Unternehmen, die ihre Abläufe im Griff haben und die ihnen übertragenen Aufgaben vernünftig erledigen, das ist klar. In Situationen wie 2015, als die Zuwachsraten so exorbitant waren, dass sie jede Prognose übertrafen, führt das natürlich dazu, dass auch alle möglichen anderen Leute, die wirtschaftliche Interessen haben, versuchen, auf den Zug aufzuspringen.

Eben wurde schon erwähnt, es gibt Immobilienbesitzer, die plötzlich heruntergekommene Immobilien teuer als Flüchtlingsunterkünfte verkaufen. Es gibt Hoteliers, die ihr schlecht laufendes Hotel vielleicht gern langfristig vermieten würden. Es gibt außerdem eben völlig neue Firmen, die sagen, jetzt bieten wir hier einmal eine Dienstleistung an, und sie verdienen damit richtig Geld. So ähnlich sehe ich das bei Herrn Kannenberg.

Wenn Herr Kannenberg sich auf kriminelle Jugendliche spezialisiert hatte und dann hier die Aufgabe übernommen hat, kriminelle jugendliche Migranten zu betreuen, dann ist das ein Teilgebiet, das er mit relativ wenigen Jugendlichen mehr oder weniger erfolgreich betrieben hat, aber eben nicht mit einer Kapazität von tausend Plätzen. Wir müssen uns auch vor Augen halten, dass allgemein von den kriminellen Jugendlichen, die er betreut und die, ich glaube, sein Track Record waren, 60 Prozent rückfällig geworden sind. Das heißt, trotz einer teuren Betreuung bei Kannenberg kann man bei 60 Prozent der kriminellen Migranten davon ausgehen, dass sie auch nachher weiter kriminell sind. Da stellt sich natürlich schon die Frage, ohne gegen Flüchtlinge im Allgemeinen und Ausländer im Allgemeinen zu sein, weshalb wir es dulden, dass Jugendliche aus Marokko und Algerien illegal einreisen, um hier ihr kriminelles Geschäft zu begehen, und warum wir diese Jugendlichen nicht einfach in ihre Heimatländer zurückführen. Überlegen Sie sich einmal, was Sie mit fünf oder sechs Millionen Euro hätten machen können, wenn Sie eine Aufnahme- oder Wiederaufnahmeeinrichtung in Marrakesch oder in Algier unterstützt hätten! Es ist durchaus möglich, auch minderjährige Straftäter wieder in ihre Heimatländer zurückzubringen.

Was aber an der ganzen Sache eigentlich schockierend ist: Dass es uns schon wieder in Bremen passiert, dass wir hier ein Unternehmen haben, das aus dem Kernbereich heraus irgendwelche Aufgaben wahrnimmt, und keiner weiß so richtig,

was es ist. Jetzt ist es zahlungsunfähig, Millionen Euro sind weg. Mich erinnert das ein bisschen an diese famose - wie hießen sie noch gleich in Bremerhaven? - Gesellschaft für Gender-Mainstreaming, die Abrechnungen für Dienstleistungen gestellt hat, die sie nie erbrachte. Dazu gibt es jetzt einen Untersuchungsausschuss, das weiß ich. Ich bin darin nicht vertreten, aber die Frage, die sich da stellt, ist für mich die gleiche Frage, die sich jetzt hier ergibt: Besteht da eigentlich irgendetwas wie ein Qualitäts-Monitoring? Gibt es da ein Auditing? Gibt es irgendjemanden, der hinschaut, was da eigentlich für unser Geld mit welcher Effizienz gemacht wird?

Für mich als Nichtmitglied der Deputation für Soziales, der nicht so darin steckt, sieht es so aus, als ob dort irgendwie Geld verteilt wird, so in der Kenntnis, oh, wir haben jetzt ganz viel zu tun, wir brauchen jetzt ganz viele Kapazitäten und geben in diesen Bereich ganz viel Geld hinein, denn viel hilft viel. Auch wird über zwei Jahre völlig versäumt zu schauen, was eigentlich mit diesem Geld erzielt wird. Das ist für alle schlecht. Das ist für die Betreuer schlecht, und das ist für den Steuerzahler schlecht, übrigens auch für denjenigen, der Sozialabgaben bezahlt. -Vielen Dank!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Leidreiter.

Abg. Leidreiter (BIW)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Eigentlich war mein Vortrag ja schon beendet, aber ich muss noch einmal auf Herrn Möhle eingehen.

(Abg. Frau Sprehe [SPD]: Schade!)

Ich bin überrascht, eigentlich bin ich entsetzt darüber, wie die SPD mit öffentlichem Geld umgeht, und dass man, wenn es missglückt, dann hier noch solche Reden schwingt, wie Herr Möhle es eben getan hat, finde ich unglaublich. Ich sage einmal, Verantwortung sieht für mich anders aus. Ihre Antwort - "Sie haben keine Ahnung!" - kann ja eigentlich nur dazu dienen, von den tatsächlichen Problemen abzulenken, indem Sie Personen persönlich angreifen.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Sie haben tatsächlich keine Ahnung!)

Ich denke auch, der Präsident wird dies beim nächsten Mal entsprechend ahnden.

Natürlich ist es so, dass Sie keinen Kredit bekommen, wenn Sie einer Bank keine Sicherheiten bieten. Natürlich ist es so, und wenn der Senat verantwortlich mit Geld umgeht, wird er genauso handeln wie eine Bank und nicht anders.

Zu Herrn Dr. Buhlert möchte ich noch anmerken, Herr Kannenberg ist Unternehmer, und Sie brauchen sich nicht darum zu kümmern, warum er in die Insolvenz gegangen ist. Er trägt das unternehmerische Risiko, er kann auch seine Entnahmen und seine Einlagen so steuern, wie er möchte. Damit hat der Senat überhaupt nichts zu tun. Die Aufgabe des Senats ist es, dass für die Vorauszahlungen, die er leistet, entsprechende Sicherheiten da sind, damit man der Gelder nicht verlustig geht. Das ist alles. Was Herr Kannenberg jedoch in seiner Buchführung macht und wie er sein Unternehmen leitet, ist ganz bestimmt nicht Aufgabe des Senats! - Vielen Dank!

(Beifall BIW)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das war jetzt eine ziemliche Breite an Wortbeiträgen, wobei ich zu den letzteren Reden einmal zusammenfassend sagen möchte, Sie versuchen, das Thema der Flüchtlingszugänge jetzt auch noch einmal zu Ihren Gunsten zu lenken. Den Vorgeschmack hatten wir ja eben, als Herr Tassis angesetzt hat und das dann noch einmal ergänzt wurde. Für mich ist das wirklich ganz, ganz schwer zu ertragen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

In einer Situation, in der die Bundeskanzlerin und man fragt sich auch manchmal, wer hier im Haus überhaupt die Bundeskanzlerin stellt - in einem humanitären Akt am 5. September 2015 die Grenzen geöffnet hat und wirklich in hoher Anzahl Menschen aus einer Notsituation, aus dem Krieg heraus nach Deutschland gekommen sind, dann wirklich alle Jugendlichen hier auch über einen Kamm zu scheren und zu sagen - ich komme auch gleich noch einmal im Detail dazu -, die Akademie Kannenberg hätte sich um eine Vielzahl von kriminellen Jugendlichen gekümmert, und dann werden aus einer Zahl von 20 Jugendlichen hier auf einmal ganz schnell alle Jugendlichen, die bei der Akademie Kannenberg betreut wurden! Das sind über 600 Jugendliche, zu Spitzenzeiten über 1 000 Jugendliche gewesen. Diese Jugendlichen waren nicht kriminell, werden nicht kriminell, sondern sie sind nach Deutschland gekommen, um hier zur Ruhe zu kommen, eine Ausbildung zu machen, um eine Perspektive zu haben. Ich finde, das muss man hier am Anfang der Debatte richtigstellen, dass eine Vielzahl von Menschen auch hierher gekommen ist, um die wir uns kümmern und für die wir auch die Verpflichtung gehabt haben, uns zu kümmern.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Solche Worte, Herr Tassis, so nach dem Motto, das sei mein privates Hobby, die hätte ich ja alle zu Hause aufnehmen können: Ich wohne zur Miete in Walle und kann nicht 2 600 Jugendliche bei mir zu Hause aufnehmen. Das ist absoluter Quatsch, den Sie hier vorgetragen haben!

Wir sind verpflichtet, und das ist ein Gesetz, das europaweit gilt, wenn Jugendliche in eine Stadt kommen und sich beim Jugendamt melden oder von der Polizei hergebracht werden, dann müssen wir uns um diese Jugendlichen kümmern. Das haben wir getan. Ich stehe als Sozialsenatorin dazu, dass wir in dieser ganz schwierigen Situation in den Jahren 2015 und 2016 Jugendliche und auch Erwachsene hier vor Obdachlosigkeit bewahrt haben, als alles ungeordnet zuging, das können Sie meinetwegen sagen.

(Beifall SPD)

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, vor welcher Situation wir damals in der zweiten Jahreshälfte 2015 gestanden haben, in welcher Geschwindigkeit wir die Einrichtungen eröffnet haben, damit die Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht auf der Straße stehen. Wir haben während der Hochzeit der Herausforderung in der zweiten Jahreshälfte 2015 über 1 600 Plätze in zwei Dutzend Einrichtungen geschaffen, und zwar teilweise innerhalb von wenigen Tagen. Ich kann sie, wenn Sie möchten, hier auch alle vorlesen.

Es sind folgende Einrichtungen zu nennen: die Akademie Kannenberg am 1. Juni mit dem Hotel Feuerkuhle mit 80 Plätzen, die Caritas mit der Einrichtung Alteneichen mit sechs Plätzen am 1. Juni Am Werderufer. Wir haben am 1. Juni an der Großen Johannisstraße mit neun Plätzen beim SOS-Kinderdorf eröffnet, am 22. Juni am Biologischen Garten 120 Plätze mit dem Träger Wolkenkratzer, am 1. August an der Fürther Straße mit 16 Plätzen mit der Reisenden Werkschule, am 1. August die Horner Eiche mit der Akademie Kannenberg, 100 Plätze, am 1. September Sporthalle Stadtwerder, 68 Plätze, auch die Akademie Kannenberg, am 1. September die Keg Pension mit zwölf Plätzen, der Arbeiter-Samariter-Bund.

Am 1. September eröffnete die Innere Mission die Erstaufnahme mit 222 Plätzen. Sie ist zum ersten Mal im Bereich der Jugendhilfe tätig geworden. Am 1. September eröffnete die Bremer Kinderund Jugendhilfe das Zollamt mit 88 Plätzen, am 1. Oktober Landgasthof Heuer, 42 PlätzeTräger Wolkenkratzer, am 1. Oktober an der Heymelstraße, sechs Plätze, Alteneichen, 1. Oktober Lindenhofstraße, neun Plätze, Hans-Wendt-Stiftung, 1. Oktober Use Akschen, acht Plätze, DRK

und jub, am 1. Oktober in der Westerholzstraße, sieben Plätze der Hans-Wendt-Stiftung, am 2. Oktober Sporthalle Borgfeld, 100 Plätze, ein Konsortium um den ehemaligen Leiter von Alteneichen, Detlef Busche, am 12. Oktober Sporthalle Grazer Straße, 100 Plätze, ASB, am 15. Oktober, drei Tage später, die Sporthalle in der Vahr, 100 Plätze, Akademie Kannenberg.

Am 23. Oktober folgte die Sporthalle in Gröpelingen mit 90 Plätzen mit der Akademie Kannenberg, am 30. Oktober, sieben Tage später, die Turnhalle an der Curiestraße, 100 Plätze vom Deutschen Roten Kreuz, am 1. November die Bunte Eiche, 50 Plätze von Kriz, JUS, Alteneichen und Caritas, am 1. November die Halle an der Alwin-Lonke-Straße, 100 Plätze der Akademie Kannenberg, am 1. November Hotel Hanse Komfort, 75 Plätze, Wolkenkratzer, und am 27. November Thermozelt Sandwehen, 100 Plätze, auch betreut durch die Akademie Kannenberg. Rechnerisch haben wir jede Woche eine Einrichtung geschaffen.

Um auch noch einmal die Größenordnung deutlich zu machen, die gesamte Jugendhilfe in Bremen, gewachsen über Jahrzehnte, belegt ungefähr 1 000 Plätze in Einrichtungen, davon ungefähr ein Drittel in Bremen, alle übrigen im Umland oder in anderen Bundesländern. Jetzt mussten wir in einem halben Jahr 1 600 Plätze in Bremen schaffen. Davon hat allein die Akademie Kannenberg 638 Plätze eingerichtet, das sind ziemlich genau 40 Prozent. Zeitweise hat die Akademie Kannenberg circa 1 000 jugendliche Flüchtlinge gleichzeitig betreut. Die Standorte habe ich eben aufgezählt. Im Sommer 2015 hat die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege mir am Telefon und persönlich auch immer wieder zu verstehen gegeben, dass ihre Möglichkeiten ausgereizt seien.

Der Anstieg der Anzahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge hatte zu dem Zeitpunkt schon eine Größenordnung angenommen, die wir definitiv historisch nennen können. Ich glaube, das wird uns auch noch über Jahrzehnte begleiten. Das hat nicht im Sommer 2015 angefangen. Wir hatten schon im Jahr 2014 zehnmal so viele Jugendliche wie in einem normalen Jahr, und ein normales Jahr hat es eigentlich zuletzt 2011 mit 53 Jugendlichen im ganzen Jahr gegeben. Im September 2015 - nur um das einmal in Erinnerung zu rufen - sind allein 493 Jugendliche gekommen. Das sind in einem einzigen Monat so viele wie in den vergangenen zehn Jahren vorher. Das einmal zur Dimension, wenn man hier den Stab über die Arbeit des Sozialressorts, der Mitarbeiter, der Ehrenamtlichen und der Träger brechen will! Ich finde, das muss man bei dieser Debatte auch im Hinterkopf haben.

(Beifall SPD)

Ich habe mich auch nicht damit gebrüstet, Herr Tassis - auch das möchte ich hier über das Mikrofon und über die Medien berichtigen -, dass wir mehr Jugendliche als die fünf ostdeutschen Länder zusammen aufgenommen haben. Wir sind unserer Pflicht nachgekommen, diese jugendlichen Flüchtlinge aufzunehmen, und dazu stehen wir hier auch in Bremen als rot-grüne Regierung. Ich hatte auch den Eindruck, dass das Parlament das hier im Hause trägt, die rechte Seite - ich zeige einmal hinter die FDP - ausgenommen.

(Beifall SPD - Abg. Leidreiter [BIW]: Wieso das denn?)

Wir können uns auch noch einmal mit den anderen Ländern vergleichen. Im Oktober 2015 hatte Hamburg - dreimal so groß wie Bremen - in etwa genauso viele Jugendliche aufgenommen wie Bremen. Berlin - siebenmal so groß wie Bremen - hatte sogar weniger Jugendliche als Bremen aufgenommen. Wenn man den Königsteiner Schlüssel zugrunde legt, hatte Bremen seine Verpflichtung nicht zu 100 Prozent, sondern zu 543 Prozent erfüllt.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Und jetzt einmal zur Sache!)

Das gehört alles zur Sache, Herr Röwekamp!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Nein, ehrlich gesagt, nein! - Abg. Leidreiter [BIW] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Die damalige Rechtslage hatte uns vor die Herausforderung gestellt, keinen Jugendlichen abzuweisen. Die LINKE hat damals ganz stark Jens Böhrnsen und mich dafür kritisiert, dass wir bei den anderen Ländern darauf gedrungen haben, Gesetze zu ändern, sodass wir umverteilen können. Dazu stehe ich auch noch einmal in dieser Debatte. Ich bin oft von Sophia Leonidakis dafür kritisiert worden, dass wir gesagt haben, wir haben hier keinen Träger und auch kein Bett mehr, und wir haben keinen Pädagogen mehr, der betreuen kann. Das gehört auch hier zur Sache und zu dieser Debatte.

Wir waren nicht in der Situation, dass wir mit deutscher Gründlichkeit, Herr Röwekamp, erst einmal Akten anlegen und sortieren konnten. Das zeigt, dass einzelne Vertreter, die hier anderes erwarten, die damalige Lage nicht mehr vor Augen haben oder dass sie sich niemals ernsthaft mit der damaligen Lage beschäftigt haben.

(Glocke)

Präsident Weber: Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordnete Leidreiter?

Senatorin Stahmann: Nein!

(Abg. Leidreiter [BIW]: Sie können in Zukunft alles behaupten, was Sie wollen!)

Präsident Weber: Herr Kollege, die Antwort ist klar, keine Frage zugelassen. Die Antwort brauchen Sie nicht zu kommentieren!

Senatorin Stahmann: Ich habe jetzt auch lange zugehört, Herr Leidreiter, und ich bin ja auch um Ausführungen gebeten worden!

Natürlich haben wir damals die Träger mit Vorschüssen finanziert, denn sie wären sonst gar nicht arbeitsfähig gewesen. Sie mussten Häuser anmieten, Sie mussten Personal bezahlen, und sie mussten Essen kaufen. Kannenberg hat den ersten Vorschuss im Oktober 2014 und den letzten im April 2016 erhalten. Wenn wir nicht so verfahren wären, wenn wir erst die Entgelte für jede einzelne Einrichtung ausgehandelt hätten, wenn wir erst sorgfältig die Akten angelegt hätten, dann hätte vielleicht deutsche Gründlichkeit geherrscht, aber glauben Sie wirklich, dass wir dann unserer Verantwortung gegenüber den Jugendlichen gerecht geworden wären?

Die Träger hätten keine Mietverträge verhandeln und kein Personal einstellen können, und die Jugendlichen wären auf der Straße gelandet. Ich sage es noch einmal, wir haben im Stundentakt Jugendliche empfangen, wir mussten sie unterbringen, und deswegen mussten wir auch so handeln. Die Realität hat damals so ausgesehen.

Inzwischen arbeiten wir alles auf. Die Entgeltvereinbarungen sind geschlossen. Die Träger bekommen ihre Zahlungen auf der Grundlage von Verträgen und konkreten Abrechnungen - das haben wir auch den Sozialdeputierten in der vergangenen Woche berichtet -, aber nicht als Abschläge auf der Grundlage von groben Schätzungen.

Es stimmt, dass die Abrechnung für die Vergangenheit noch nicht vollständig abgeschlossen ist. Die Träger stellen immer noch Forderungen zusammen. Im Amt für Soziale Dienste wird immer noch für jeden einzelnen Jugendlichen geprüft, ob die Abrechnung korrekt ist und in welcher Einrichtung er wann wie lange untergebracht war, denn manche Jugendliche sind in drei oder vier Einrichtungen untergebracht gewesen. Das macht es notwendig, dass wir die Handakten ziehen,

(Abg. Röwekamp [CDU]: So viel zur digitalen Verwaltung!)

um zu prüfen, wie lange er dort war und welcher Kostensatz dem Träger für welches Konzept zusteht.

Wenn wir zurückblicken, müssen wir also feststellen, für die Arbeit der Träger ist in der Anfangsphase zweimal Geld geflossen, einmal als Vorschuss und dann noch einmal mit der konkreten Abrechnung. Das Geld aus der konkreten Abrechnung kann und muss dann verwendet werden, den Vorschuss zurückzuzahlen. Zu diesem System gab es keine Alternative, und es hat im Wesentlichen auch funktioniert, nur Kannenberg hat nennenswerte Zahlungsprobleme.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Hätte man das nicht verrechnen können?)

Am 30. Oktober hat er beim Amtsgericht Walsrode Insolvenz angemeldet, am vergangenen Mittwoch, dem 1. November, hat das Gericht dann der Insolvenz in Eigenverantwortung zugestimmt. Der Geschäftsbetrieb in den sechs Einrichtungen läuft derzeit weiter. Die Löhne sind über die Insolvenzkasse bei der Agentur für Arbeit gesichert, zumindest für die kommenden drei Monate. Frau Dr. Schaefer hat ja auch noch einmal hervorgehoben, dass es wichtig ist, Sorge dafür zu tragen, dass die Jugendlichen nicht verunsichert werden - auch das ist unser Ziel - und weiterhin gut betreut werden.

Was genau hinter Kannenbergs wirtschaftlichen Problemen steckt und wo genau sie ihren Anfang genommen haben, das wissen wir nicht. Sicher trifft es ihn hart, dass er heute nur noch 140 Jugendliche betreut, ein Drittel seiner Plätze bleibt leer, und die Jugendhilfe zahlt im Wesentlichen nur für belegte Plätze. Das Risiko von Unterauslastung trägt sie nur in einem gewissen Umfang mit.

(Abg. Leidreiter [BIW]: Das alles mit Steuergeldern!)

Das auch noch einmal zu den von Herrn Leidreiter dahergesagten Dingen, wir würden irgendwie wie wild schon irgendetwas finanzieren!

(Abg. Leidreiter [BIW]: Das alles mit Steuergeldern!)

Die Insolvenz wird von Wirtschaftsprüfern und Fachanwälten begleitet. Im Insolvenzverfahren klärt sich, ob und wie die Akademie zukünftig solide arbeiten kann. Ich wünsche den Beteiligten, dass das gelingt, besonders auch wegen der fast

230 Beschäftigten, die nun um ihre wirtschaftliche Existenz bangen, und das, nachdem sie in sehr, sehr schwierigen Zeiten - das will ich hier ausdrücklich sagen - mit unglaublichem Engagement eine schier unlösbare Aufgabe angegangen sind. Das muss man anerkennen. 5,6 Millionen Euro muss Herr Kannenberg noch zurückzahlen. Das sind rund 3,8 Millionen Euro aus nicht zurückgezahlten Vorschüssen und 1,8 Millionen Euro Rückforderungen aus Spitzabrechnungen. Kannenberg setzt seine Forderungen dagegen, über die genaue Höhe müssen wir uns noch im Insolvenzverfahren verständigen. Seine Forderungen lassen sich im Moment nicht nachvollziehen.

Was wir uns jetzt intern fragen, ist von mehreren Rednern auch schon angesprochen worden. Wir wollen wissen, ob es schon früher Anzeichen für Zahlungsprobleme gab, ob man schon früher hätte intervenieren können und müssen, ob es Anzeichen gab, die übersehen worden sind, und ob wir Sicherungsmechanismen einbauen müssen, die uns auch in sehr, sehr schwierigen Zeiten wie im Jahr 2015 wirksam vor finanziellen Verlusten schützen. Ich rate aber davon ab, Schuldzuweisungen vorzunehmen, wie sie hier eben schon erhoben wurden, bevor die Sachlage überhaupt aufgeklärt ist.

Wir haben die Innenrevision beauftragt, schon bevor das Insolvenzverfahren gestartet ist. Die Innenrevision wird die Vorgänge und Abläufe intern untersuchen und einen Bericht dazu abfassen; wer die Kolleginnen und Kollegen dort kennt, der weiß, dass sie kein Blatt vor den Mund nehmen. Sie drehen jetzt jeden Stein um, und wenn es strukturelle Schwächen und Fehler im System gibt, dann werden wir und die Innenrevision sie deutlich benennen. Es wird meine Aufgabe als Senatorin sein, dafür zu sorgen, dass sie abgestellt werden.

Frau Grönert hat ja noch einmal gesagt, ich hätte ein Rundum-sorglos-Paket gebucht. Ich entgegne, wenn man ein Rundum-sorglos-Paket möchte, dann sollte man nicht Sozialsenatorin werden. Deswegen möchte ich das auch zurückweisen. Wir haben in einer schwierigen Zeit nach einem Träger gesucht, der sich bei uns gemeldet hat, von dem jetzt die LINKE sagt, er habe 230 tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was nicht so recht zum Vorwurf passt, er würde konzeptlos Intensivpädagogik betreiben.

(Abg. Frau Vogt [DIE LINKE]: Was nützt ein Konzept, wenn man keine Mitarbeiter hat!)

Man muss sich an der Stelle entscheiden. Wir müssen einmal das pädagogische Konzept anschauen - das haben wir fachlich im Jugendhilfeausschuss und in der Deputation getan -, und man muss sich jetzt die finanziellen Vorgänge anschauen, für die wir natürlich dann auch als Hausspitze die Verantwortung tragen, Jan Fries und ich an der Spitze des Sozialressorts. Ich habe mich hier im Haus auch noch nie weggeduckt, ich bin aber sehr dafür, dass wir uns gegenseitig mit der Sache erst auseinandersetzen, wenn der Bericht der Innenrevision vorliegt, wir alle Fragen der Fraktion der CDU beantworten konnten, die auf sechs Seiten gestellt wurden. Das tun wir, wir beantworten die Fragen, die Herr Buhlert uns heute geschickt hat, und auch die Fragen der anderen Fraktionen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Haben Sie vielleicht auch Fragen?)

Deswegen haben wir auch in der vergangenen Woche gleich nach Bekanntwerden der Insolvenz zu einer internen Sitzung der Sozialdeputation eingeladen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Leonidakis.

Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Frau Senatorin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes ist mir wichtig, hier an dieser Stelle noch einmal zu sagen, wenn die Aufnahme von schützenswerten Menschen, die ein Recht auf Schutz und ein Recht auf Jugendhilfe haben, als Verbrechen bezeichnet wird, dann grenzt das für mich an neofaschistoide Auffassungen und Faschismus. Das ist keine Meinung, Frau Schaefer, Faschismus ist ein Verbrechen! Das ist das einzige Verbrechen, von dem ich heute gehört habe, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall - Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Schön, dass Sie mich aufgeklärt haben!)

Präsident Weber: Frau Leonidakis, der Abgeordnete Tassis sagt, dass er nicht Verbrechen, sondern Erbrechen gesagt hat. Wir werden das gleich von dem Tonband abhören.

(Zuruf Abg. Frau Leonidakis [DIE LINKE])

Frau Leonidakis, ich spreche noch!

(Abg. Frau Leonidakis [DIE LINKE]: Entschuldigung!)

Solange das nicht geklärt ist, bitte ich Sie, das nicht mehr so zu erwähnen! - Bitte fahren Sie fort!

Abg. Leonidakis (DIE LINKE): Danke, Herr Präsident! Nun zu der Sache an sich! Frau Senatorin, Sie haben eine sehr genaue Darstellung mit Datum und Anzahl der aufgenommenen Personen in Bremen gemacht. Dabei ist leider außer Acht geblieben, dass Ihrem Haus sehr wohl bekannt ist, wie die Gelder geflossen sind. Wir haben auch einzelne Kenntnisse, und wenn wir wissen, dass für eine Einrichtung ab Ende 2015 ein Entgeltvertrag vorgelegen hat, dann gab es doppelte Zahlungen für mindestens ein Jahr, und dann hätten zumindest ab dem Zeitpunkt, an dem die Entgelte fließen, die Vorschüsse zurückgefordert werden müssen. Es ist mir hier viel zu weich, wie das formuliert wurde. Ich bin sehr gespannt, was die Innenrevision herausbekommt. Wir jedenfalls haben Akteneinsicht beantragt, weil wir genau wissen wollen, für welche Leistungen doppelt abgerechnet wurde, doppelt Gelder geflossen sind.

Herr Möhle, was Sie hier vorgetragen haben, mit keiner einzigen Silbe haben Sie die doppelte Vergütung erwähnt! Es ist sicher - ich habe das auch gesagt -, es ist unbestritten, dass Leistungen erbracht wurden, das stellt niemand in Abrede. Es ist auch unbestritten, dass es wichtig war, dass die Vorschüsse gezahlt werden, das habe ich in meinem ersten Redebeitrag auch bereits gesagt, denn natürlich musste schnell reagiert werden, und es war auch richtig, dass schnell reagiert wird. Von einer ergebnisoffenen Prüfung des jetzigen Verfahrens konnte ich aber an keiner Stelle hier hören. Es gibt keine ergebnisoffene Prüfung in der Hinsicht, wie es weitergeht, nicht nur mit den Beschäftigten und Jugendlichen.

Es ist klar, dass diese Menschen weiter untergebracht werden müssen, aber es ist auch die Frage, wie und ob weiter mit diesem Träger. Dazu hätte ich mir ein paar deutlichere Worte von der Sozialsenatorin gewünscht, insbesondere hinsichtlich der Ausführungen zum pädagogischen Ansatz, den ich im ersten Redebeitrag dargelegt habe.

(Beifall DIE LINKE)

Die Alternativlosigkeit, Frau Senatorin, stelle ich auch einmal infrage. Es gab - das hat sogar Frau Grönert von der CDU vorhin in ihrem Redebeitrag erwähnt - durchaus die Möglichkeit, dass der öffentliche Jugendhilfeträger selbst Leistungen erbringt. Das hat das Jugendamt Bremen auch gemacht mit der EAE in der Steinsetzerstraße. Dort war das Jugendamt selbst Träger von Jugendhilfeleistungen einer Jugendhilfeeinrichtung. Das hätte man durchaus auch bei anderen Einrichtungen und auch mit eigenen Konzeptionen machen können. Auch in dieser Bürgerschaft wurde häu-

fig über notwendige Konzepte und eine Ausdifferenzierung in der Jugendhilfelandschaft diskutiert, sage ich einmal. Es wurde von einer Notschlafstelle gesprochen, von einem Ausbau der mobilen Betreuung, es wurde von einer Haftvermeidungseinrichtung geredet, und zwar schon vor zwei Jahren.

Die LAG hat sehr wohl Vorschläge unterbreitet, zum Beispiel den Vorschlag eines Koordinierungspools. All das wurde bis heute nicht oder sehr verspätet umgesetzt. Der Ausbau der mobilen Betreuung wurde sehr viel später umgesetzt. Die Notschlafstelle gibt es bis heute nicht. An der Stelle, wo die freien Träger sich nicht in der Lage sahen, aktiv zu werden, hätten die Sozialbehörde und der Senat selbst aktiv werden müssen, anstatt einen Träger in eine Situation zu katapultieren, die uns vor die aktuelle Situation stellt, wie sie ist. - Danke schön!

(Beifall DIE LINKE - Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Was war denn jetzt die politische Botschaft?)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, um klarzustellen, dass es, wenn ich sage, wir müssen auch schauen, wie die Akademie Kannenberg die Mittel verwendet hat, darum geht, ob sie zweckgemäß verwendet wurden, nicht ob sich da jemand ein Gehalt gezahlt hat oder ob da Gewinne geflossen sind. Das meine ich nicht. Das ist in der Privatwirtschaft üblich, aber wenn die Akademie in Bremen und in anderen Bundesländern arbeitet, muss ich mich doch fragen, ob die Vorauszahlungen für Bremen auch in Bremen angekommen sind. Da muss Einblick genommen werden, deswegen finde ich eine Insolvenz in Eigenregie kritisch, vertraue aber auf die eingesetzten Wirtschaftsprüfer, dass sie auch hinschauen, auch im Interesse der Gläubiger, insbesondere Bremens, deren Mittel dort betroffen sind.

Die nächste Sache, die ich ansprechen wollte, Frau Leonidakis, ich bin ja auch der Meinung, dass der Staat einige Dinge anbieten kann, aber ich glaube, wenn im Wochentakt Einrichtungen eröffnet wurden, dann ist das öffentliche Dienstrecht nicht flexibel genug, um so schnell Menschen einzustellen, wie wir sie gebraucht haben, und es war deswegen klug, dort auf freie Träger zu setzen, auch wenn sie damit eine Gewinnerzielungsabsicht hatten.

(Beifall FDP, Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist auch nicht verwerflich. Die Frage ist nur, ob sie schnell genug, wie sie gewachsen sind, auch schnell genug geschrumpft sind. Ich wünsche mir ja auch, dass es Lösungen für die Mitarbeitenden dort gibt. Ich möchte auf der einen Seite auch, dass wir sie in diesem sozialen Bereich behalten, wo wir doch einen großen Bedarf haben. Auf der anderen Seite muss ich jedoch sagen, ich weiß nicht, ob dieser Träger der richtige ist, das wird innerhalb dieses Verfahrens herauskommen. Dann muss man schauen, wie diese Menschen ihren Arbeitsplatz finden, und in der Tat müssen die Jugendlichen auch weiter betreut werden. Darum kommen wir gar nicht herum, da gibt es gesetzliche Verpflichtungen. Das wird dann geschehen. Nur, die Frage, ob wir weiter die gleichen sechs Einrichtungen haben, kann ich für mich schon heute beantworten. Ich glaube, man sollte die Chancen des Insolvenzverfahrens nutzen, sich von der einen oder anderen Einrichtung auch zu trennen. Solch ein Verfahren bietet auch Chancen, die es dann zu nutzen gilt.

Die letzte Frage, die einfach bleibt, und ich habe sie vorhin schon gestellt: Ist die Abrechnungsstelle ausreichend besetzt gewesen, haben wir genügend Leute gehabt, die dort hinschauen können? Wir haben vorhin von der Krisensituation im Jahr 2015 gehört. Wir haben heute Ende 2017. Dazwischen war Zeit. Ist diese richtig genutzt worden? Wir haben viele Stellen in das Sozialressort gegeben. Haben wir sie an die richtigen Stellen gegeben? Diese Fragen müssen wir uns stellen, um einfach auch daraus zu lernen. Haben wir schnell genug vom Krisenmodus in einen richtigen Modus umgeschaltet? War das schnell genug, oder müssen wir da wirklich mit Selbstkritik reagieren, wir als Parlamentarier, dass wir nicht schnell genug hingesehen haben, und die Sozialsenatorin eben mit der Frage, ob sie ihr Amt gemeinsam mit ihrem Staatsrat richtig ausgeübt hat. Diese Fragen bleiben. Wie gesagt, heute in der Aktuellen Stunde werden wir sie nicht beantworten können. Ich hoffe, dass die Beantwortung der Fragen, die wir gestellt haben, dann mehr Licht ins Dunkel bringt. - Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schäfer.

Abg. Schäfer (LKR)*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, habe ich Sie eben richtig verstanden, dass die Behörde eine Vorauszahlung, eine Anzahlung praktisch, erbracht hat, und dann hat sie noch einmal Zahlungen auf Leistungen erbracht und

wartet darauf, dass die Anzahlung zurückerstattet wird? Habe ich das so richtig verstanden?

(Zuruf Senatorin Stahmann)

Okay! Das ist also so, als ob ich mir zu Hause ein Angebot für ein Parkett machen lasse, zahle dem Parkettleger 50 Prozent an, der Parkettleger verlegt dann das Parkett. Ich bezahle ihm dann den vollen Rechnungspreis und warte darauf, dass er mir die Anzahlung zurückgibt. Das wird ja nicht passieren. Ich würde eher sagen, bevor ich die Rechnung bezahle, sehe ich zu, dass die Anzahlung berücksichtigt wird.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Oder verrechnet wird!)

Ich weiß ja nicht, wie das im öffentlichen Bereich ist, in der Privatwirtschaft habe ich es noch nie erlebt, dass ich eine Rechnung bezahle, bevor ich nicht die Anzahlung oder die Vorauszahlung in Anrechnung gebracht habe. Ich wüsste noch nicht einmal, weil ich guter Steuerzahler bin, wie das Finanzamt es fände, wenn ich Geld bezahle, ohne dafür eine Gegenleistung zu bekommen. Ich bin mir gar nicht so sicher, wie das steuerlich zu bewerten ist.

Also, wie gesagt, ich bin neu in diesem Geschäft, klären Sie mich auf, warum das für die öffentliche Hand so nicht gilt! Als Privatwirtschaftler aber würde ich sagen, wenn ein Geschäftsführer so handeln würde, dann würde ich ihn entlassen. - Vielen Dank!

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. Möhle (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Leidreiter, ich habe eben gerade gesagt, dass Sie keine Ahnung haben. Ich nehme das zurück.

(Abg. Leidreiter [BIW]: Danke!)

Es ist bestimmt parlamentarisch nicht richtig gewesen, aber mir war gerade danach.

Ich warne davor, einen Jugendhilfeträger mit einem Parkettleger gleichzusetzen. Vor solchen Vergleichen warne ich. Es ist eine ziemlich komplizierte und schwierige Aufgabe, den Jugendlichen im Rahmen der Jugendwohlfahrtshilfe das, was ihnen rechtlich zusteht, angedeihen zu lassen. Es sind Rechtsansprüche, die diese Jugendlichen haben. Sie ergeben sich aus dem Jugendschutzgesetz.

(Beifall SPD)

Ich finde, der eine oder andere sollte sich an dieser Stelle vielleicht auch noch einmal zu Gemüte führen, dass das nicht irgendwelche freiwilligen Leistungen sind, bei denen man Lust hat zu sagen, ach, das ist ja einmal ganz schön, sondern es sind sehr geregelte Rechtskreise, in denen sich auch der Jugendschutz bewegt. Wenn wir schon dieses Thema diskutieren, dann bitte auch vor dem Hintergrund des Jugendschutzes!

Mich stört an der Debatte so ein bisschen, dass so getan wird, als ob Geld als Vorschuss geleistet wird, der dann nicht mehr berücksichtigt wird. Nein, es wird selbstverständlich verrechnet. Selbstverständlich kommt es im laufenden Verfahren zu einer Verrechnung. Die Investition für eine Einrichtung wird vorgeschossen, und im Nachhinein stellt der Träger seine Leistungen in Rechnung, und diese werden mit dem Vorschuss verrechnet. Dieses Verfahren ist nicht so unüblich, wie man jetzt vielleicht denkt. Vielleicht ist der Zeitraum ein bisschen zu lang, um zu prüfen, wann der Vorschuss eigentlich zurückgezahlt ist, aber der Vorgang selbst ist überhaupt nicht der Aufregung wert.

Die Sozialsenatorin hat zugesagt, dass das alles geprüft wird. Die nächste Sitzung der Sozialdeputation ist so organisiert, dass genügend Zeit vorhanden ist, um das Thema ordentlich bearbeiten zu können. Das wird passieren, und dann werden wir am Ende des Tages sehen, was tatsächlich von der ganzen Aufregung übrig bleibt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. Röwekamp (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in der Debatte jetzt sehr viel darüber gehört, woran es nicht gelegen hat, dass es zu dieser ja unstreitigen Überzahlung gekommen ist. Diese Überzahlung hat übrigens, Herr Möhle, auch nichts mit rechtlichen Ansprüchen einzelner Jugendlicher zu tun, denn die Jugendlichen haben das Geld gar nicht bekommen, sondern hier sind Vorschüsse an einen Träger gezahlt worden, dann ist mit diesem Träger spitz abgerechnet worden, und offensichtlich ist es nicht zur Verrechnung von Vorauszahlungen gekommen. Das, meine Damen und Herren, kann ich überhaupt nicht verstehen, ich will das so deutlich sagen!

(Beifall CDU)

Bei all den langatmigen Ausführungen, die die Senatorin hier zu der Ausgangslage im Jahr 2015 gemacht hat, die man auch unterstreichen kannund dass es auch manchmal ein bisschen hemdsärmelig zugehen muss, wenn man solche Flüchtlingszugangszahlen hat und schnell Träger sucht, meinetwegen, ja -, aber es ist nicht mit einem einzigen Satz die fehlende Verrechnung von Spitzabrechnungen und Vorauszahlungen erläutert worden. Das Beispiel des Parkettverlegers mag vielleicht nicht ganz richtig sein, aber fiskalisch ist es doch richtig, dass ich erst dann wieder anfange, Geld auszuzahlen, wenn mir nachgewiesen worden ist, dass die Vorschüsse verbraucht sind. Herr Möhle, ich zahle für die gleiche Leistung doch nicht doppelt!

(Beifall CDU, BIW)

Sehr geehrte Frau Senatorin, es mag ja sein, dass Sie die Fragen der LINKEN beantworten wollen. Es mag ja auch sein, dass Sie die Fragen der Fraktion der CDU beantworten wollen. Ich habe jetzt aber einmal eine Frage, die Sie vielleicht unmittelbar beantworten können: Warum sind Sie dieser Sache eigentlich nicht aus eigenem Antrieb nachgegangen, und warum können Sie dem Parlament eigentlich bis heute nicht vernünftig und nachvollziehbar erklären, wieso Sie zu viel Geld an diesen Träger bezahlt haben? Sie haben nicht mit einem Wort eine Erklärung gegeben, Frau Senatorin!

(Beifall CDU, BIW)

Ich fordere Sie auf, dass Sie hier noch einmal nach vorn kommen und neben den Zahlen, die Sie genannt haben, die für die Vorauszahlungen und für die Spitzabrechnung geleistet worden sind, dem Parlament darlegen, in welcher Höhe aus diesen Millionenbeträgen die gleiche Leistung doppelt vergütet worden ist, und dass Sie dem Parlament erklären, warum es im Einzelfall bei demselben Träger, der frei verrechenbare Vorschüsse und zusätzlich noch Leistungen aus der Spitzabrechnung bekommen hat, nicht zur Anrechnung von Vorauszahlungen gekommen ist. Niemand zahlt eine Sache an, um sie dann hinterher noch einmal vollständig zu bezahlen. Wann sollte nach Ihrer Theorie Herr Kannenberg denn jemals überhaupt Geld zurückzahlen? Ich finde, das Parlament hat heute einen Anspruch darauf, dass Sie diese Fragen beantworten. Dafür hatten Sie Zeit genug. - Vielen Dank!

(Beifall CDU, BIW)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Röwekamp, wir kennen uns schon lange, und ich kann Ihnen das sagen, was ich eben gesagt habe. Wir haben folgendes Verfahren gewählt, und zwar wie bei allen anderen Trägern auch: Wir haben mit Vorauszahlungen agiert und nachher für die Spitzabrechnung den Trägern Abrechnungen geschickt. Manchmal mussten Träger etwas zurückzahlen, die meisten. Das tun auch alle. Bei Kannenberg hat es nicht funktioniert.

(Abg. Leidreiter [BIW]: Warum nicht?)

Bei ihm stimmen Ausgaben und Einnahmen nicht überein. Warum es so ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Deswegen ist er in die Insolvenz gegangen. Wir haben auch unsere Innenrevision beauftragt, den Vorgängen auf den Grund zu gehen - Sie und auch Frau Grönert haben hier Vorwürfe erhoben - und die Fragen, die heute hier aufgeworfen wurden, auch noch einmal aufzuarbeiten. Den Bericht der Innenrevision - Herr Röwekamp, Sie müssen einfach geduldig sein, auch wenn das nicht Ihre Natur ist - werden wir vorlegen,

(Abg. Leidreiter [BIW]: Sie müssen es doch wissen! - Abg. Röwekamp [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

und dann können wir uns darüber unterhalten, ob Sie mich für eine schlechte und verantwortungslose Senatorin halten oder ob Sie sagen, Sie können unser Verwaltungshandeln an dieser Stelle verstehen. Wir mussten an dieser Stelle mit Vorauszahlungen agieren, durch die eingesetzte Software OK.JuG war uns kein - -.

(Abg. Leidreiter [BIW]: Ach, die Software ist schuld!)

Präsident Weber: Herr Leidreiter, nun ist es aber gut! - Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Herr Leidreiter, dass Sie manchmal niveaulos sind -Entschuldigung, dass ich das jetzt hier sage, vielleicht klingelt mich der Präsident dafür ab -, das weiß ich schon, aber vielleicht geben Sie sich die Mühe, einmal doch zuzuhören!

(Zuruf Abg. Leidreiter [BIW])

Präsident Weber: Herr Leidreiter, jetzt ist es aber gut! Ich erteile Ihnen sonst gleich einen Ordnungsruf!

Senatorin Stahmann: Wir haben eine Software, die wir einsetzen und die uns kein anderes Abrechnungsverfahren möglich gemacht hat. Glauben Sie, Herr Röwekamp, das ist eine Sache, die auch die Fachleute bei uns in der Behörde verantwortungsvoll behandeln!

(Glocke)

Präsident Weber: Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Röwekamp?

Senatorin Stahmann: Bitte!

Präsident Weber: Bitte, Herr Röwekamp!

Abg. Röwekamp (CDU): Es geht ja nicht so sehr um mein Naturell oder Ihr Naturell, aber ich erwarte von einer Senatorin, dass sie einen eigenen Antrieb hat, diesen Sachverhalt aufzuklären. Leider hat Ihre Äußerung eben nicht dazu beigetragen, den Sachverhalt weiter aufzuklären.

Es mag so sein, dass Vorschüsse gezahlt worden sind, aber die Frage ist doch, warum sind zusätzlich zu den geleisteten Vorschüssen, ohne diese anzurechnen, noch Spitzabrechnungsbeträge gezahlt worden? Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist das der Fall gewesen! Wenn Sie dann als Erklärung geben, bei Herrn Kannenberg stimmten die Einnahmen und Ausgaben nicht überein, dann ist das für mich ehrlicherweise keine Begründung, sondern eher ein Hindernis, eine Spitzabrechnung durchzuführen und Millionenbeträge auszukehren. Vielleicht sind Sie bereit und in der Lage, dem Parlament Ihre diesbezügliche Rechenweise noch einmal etwas näher darzulegen.

Senatorin Stahmann: Das werden wir dann in der Sitzung der Sozialdeputation tun, wenn der Bericht der Innenrevision vorliegt, Herr Röwekamp. Das ist die Antwort, die ich Ihnen an dieser Stelle gebe.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das ist unglaublich! - Abg. Kastendiek [CDU]: Das ist unglaublich! - Abg. Röwekamp [CDU]: Das ist schon fast Untreue!)

Das sagen Sie. Ich finde, das ist ein schwerer Vorwurf.

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Weil jetzt hier so ein Duktus entsteht, die Sozialsenatorin habe im Prinzip überhaupt kein Interesse an Aufklärung: Ich habe das ihrem Redebeitrag nicht entnommen! Es war ja das Ressort, das auch die Innenrevision beauftragt hat, weil man festgestellt hat, dass es nicht gut läuft.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Ja, bei der Insolvenz!)

Herr Röwekamp, ich weiß, Ihr Puls ist hoch, und meiner wird auch gleich hoch sein. Wir haben uns doch hier über alle Fraktionen hinweg ähnlich geäußert, dass wir eine schonungslose Aufklärung brauchen, weil Fragen aufgetaucht sind - auch bei uns, bei Ihnen, bei der FDP -, die jetzt irgendwie beantwortet werden müssen, und der Rechnungshof hat einen Blick darauf. Ich glaube, man kann doch erst die Konsequenzen daraus ziehen und sagen, wo wann was falsch gelaufen ist oder vielleicht auch richtig, wenn wir die Ergebnisse haben. Zum heutigen Zeitpunkt aber schon darüber zu spekulieren, was falsch gelaufen ist, auch mit den Spitzabrechnungen, finde ich irgendwie auch nicht fair gegenüber der Senatorin, wenn wir die Ergebnisse dieser ganzen Prüfung noch nicht kennen, Herr Röwekamp. - Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Konsensliste Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 7. November 2017

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Nach Platzen des BDE-Tarifvertrags: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Abfallbranche Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 23. Mai 2017 (Drucksache 19/503 S)

Wir verbinden hiermit:

Ortsgesetz zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für die öffentliche Abfallentsorgung und Straßenreinigung Mitteilung des Senats vom 10. Oktober 2017 (Drucksache 19/595 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Meyer.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Antrag gestellt, weil wir der Meinung und auch in Bremen dafür zuständig sind, dass Menschen, die in Bremen und auch anderswo den Müll entsorgen, also unsere Mülleimer leeren, die Lastwagen fahren, mit denen dieser Müll dann abtransportiert wird und vieles mehr, anständig bezahlt werden und ein Gehalt beziehen müssen, das ihnen eine armutsfeste Rente garantiert, wenn sie dann irgendwann in Rente gehen. Das war in der Vergangenheit für vergleichsweise viele Menschen nicht der Fall, die diesen Job gemacht haben.

(Vizepräsident Imhoff übernimmt den Vorsitz.)

Selbst wenn man den sogenannten BDE-Tarifvertrag - also den Tarifvertrag der Bundesvereinigung der Entsorgungsunternehmer, die einen Vertrag hatte - zugrunde legt und einmal schaut, wie sich das im Verhältnis zum sogenannten TVöD verhält, zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, wird man feststellen, dass jemand, der einen Müllwagen fährt, nach dem TVöD in der Endstufe ungefähr 5 600 Euro mehr erhält als jemand, der nach dem BDE-Tarifvertrag bezahlt wird, jemand, der Mülltonnen entleert, bekommt circa 2 400 Euro oder ungefähr 2 000 Euro weniger.

Wenn jemand 40 Jahre arbeitet - und das ist diesen Bedingungen in aller Regel schwierig, weil diese Arbeit körperlich anstrengend ist und es viele gar nicht so lange durchhalten - und er es tatsächlich schafft und in der ganzen Zeit in Vollzeit gearbeitet hat, dann hat er, wenn man das nach dem BDE-Vertrag auf Lebenszeit zusammenrechnet, nach unseren Berechnungen eine Rente, die gerade oberhalb des Anspruchs auf Grundsicherung liegt, also eine Rente, die gerade oberhalb dessen liegt, was einer Armut gleichkommt. Das finden wir deutlich zu wenig, und ich finde, dieses Haus hat die Verantwortung, das zu ändern.

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen hatten wir beantragt, dass im Rahmen des jetzigen Prozesses, in dem Bremen einen privaten Partner gesucht und mittlerweile gefunden hat, mit dem in Zukunft die Müllentsorgung und die Straßenreinigung gemacht werden sollen, für die Beschäftigten nicht irgendein Tarifvertrag zugrunde gelegt wird und auch nicht der BDE-Vertrag, weil dieser mittlerweile von ver.di gekündigt wurde, weil dort Bedingungen ausgehandelt werden, die ver.di nicht haben konnte. Weil dort somit ein tarifloser Zustand herrscht, hatten wir beantragt zu prüfen, was es dann heißt, wenn in diesem Bereich tatsächlich nach dem TVöD bezahlt wird: Ist es tatsächlich teurer, und wenn ja, wie viel, und wie viel würde es dann für den einzelnen Menschen, für den einzelnen Haushalt in Bremen mehr kosten, damit die Müllwerkerinnen und Müllwerker vernünftig bezahlt werden? Das war die Intention des Antrags. Das hat sich ein Stück weit erledigt.

Deswegen beantragen wir, wenn der Antrag zur Abstimmung steht, den Antragstext so zu ändern, dass dort steht: "Die Bürgerschaft möge beschließen," und dann "nach Maßgabe der jetzigen Ereignisse", nämlich dass man die Verhandlungen, die hier angesprochen werden, mit dem jetzt gefundenen privaten Partner mit dem Ziel führt, jetzt erstens eine Kalkulation aufzumachen, und zweitens mit dem Ziel, mit diesem privaten Partner über die Einführung des TVöD zu verhandeln.

(Beifall DIE LINKE - Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Wie wäre es denn mit einer Neufassung gewesen?)

Ja, das ist eine gute Idee! Die hatte ich heute Morgen auch, als ich die Zeitung gelesen habe, aber ich bin mir relativ sicher, dass dieses Parlament die Intention des Antrags auch ohne eine schriftliche Neufassung versteht und entweder sagt, nein, wir finden das nicht gut, was DIE LINKE beantragt, auch nicht in der neuen Fassung, oder Sie sagen, das ist eine gute Idee, und das verstehen wir auch so. Also, eine schriftliche Neufassung und den damit verbundenen Aufwand haben wir uns in dieser Frage geschenkt, weil wir großes Vertrauen in die Flexibilität und Intelligenz dieses Parlaments haben.

(Beifall DIE LINKE - Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Dialektik ist das, ja!)

Nun habe ich heute gelesen, dass die Firma Nehlsen nach den Presseberichten jetzt tatsächlich den Zuschlag für diese Form der Müllentsorgung bekommen hat. Jetzt ist die interessante Frage, ob es eigentlich stimmt, was der Kollege Reinken in der Presseerklärung von heute sagt: Ist die Firma Nehlsen eigentlich ein bewährter Partner?

(Abg. Bensch [CDU]: Ja!)

Bei der Frage, ob wir den Müll von der Straße dorthin bekommen, wo er hingehört, sagen wir

Ja. Bei der Frage, ob die Menschen, die dort arbeiten, anständig bezahlt werden, ist die Antwort ganz klar nein, weil ein Großteil von ihnen nicht einmal nach diesem BDE-Vertrag bezahlt wird, sondern noch deutlich weniger bekommt. Das ist ein Skandal, den wir nicht dulden, und da gibt es keine bewährte Partnerschaft.

(Beifall DIE LINKE)

Dann wird gesagt, wir seien jetzt auf einem guten Weg, den kommunalen Einfluss auf die Abfallwirtschaft und die Straßenreinigung zu erhöhen. Jetzt gründet man die AöR - das finde ich richtig, und dem werden wir auch zustimmen, weil es notwendig ist, das zu tun -, dann gründet man zwei GmbHs, von denen die eine Abfallbeseitigung macht und die andere Straßenreinigung. Jetzt kann man sagen, das ist kein Problem, das sind unsere GmbHs.

(Glocke)

Ich komme zum Schluss! Dummerweise werden sie es nicht sein, denn bei einem konstatierten kommunalen Einfluss von etwas über 49 Prozent kann man diesen Unternehmen eben nicht sagen, mit wem man Verträge macht, welche Art von Verträgen, und wo wir dann Dienstleistungen durch Dritte bestellen. Der bewährte Partner Nehlsen hat eine Neigung, Leute einzukaufen, die den Müll für noch weniger Geld entsorgen, wenn ihm der TVöD zu teuer ist. Deswegen halten wir unseren Antrag aufrecht, und daher finden wir, dass Nehlsen in dieser Frage kein bewährter Partner ist. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Koalition hat die Gründung einer AöR zur Neuregulierung der Abfallwirtschaft, der Straßenreinigung und des Winterdienstes beschlossen. Dem vorausgegangen ist eine lange Diskussion rund um die Frage der Rekommunalisierung. Ich möchte noch einmal die grünen Ziele aufzählen.

(Abg. Strohmann [CDU]: Nein, lieber das, was Sie erreicht haben! - Abg. Lübke [CDU]: Geht schneller!)

Uns waren, und zwar im Sinne der Kundinnen und Kunden, Gebührenstabilität, eine zuverlässige Müllabfuhr, hohe Umweltstandards und auch Tarifbezahlung für Beschäftigte wichtig, denn in der Tat haben wir natürlich zur Kenntnis genommen und auch kritisiert, dass es da in der Vergangenheit ein Ungleichgewicht gab. Wir haben uns dafür ausgesprochen, dass Bremen eine Minderheitsbeteiligung an den Gesellschaften halten soll

Herr Rupp, Sie haben es gesagt, ursprünglich war daran gedacht worden, dass ein BDE-Plus-Tarif ausgeschrieben wird. Dann kam es zu dem Bruch, sage ich einmal, von ver.di, die ja deutschlandweit diesen BDE aufgekündigt hat, also, die bisherigen Tarifverträge gelten noch, aber für künftige Ausschreibungen nicht mehr. Man muss dazu einmal sagen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ENO haben ja ein Rückkehrrecht in den öffentlichen Dienst und werden auch schon nach dem TVöD bezahlt. Für alle übrigen Beschäftigten wäre der BDE-Plus-Tarif schon eine Verbesserung gewesen.

Wir hatten auch Treffen mit ver.di-Vertretungen, und ich hatte damals gefragt, wenn ver.di jetzt deutschlandweit diesen BDE-Tarif aufkündigt, ist das nicht eigentlich ein Problem? Damit entzieht man ja eigentlich gerade denen, denen man eine Besserstellung ermöglichen will, die Grundlage. Da hieß es, nein, man könne ja Haustarife machen. Das war die Aussage von ver.di.

Jetzt ist es so, dass wir wollen, dass es Haustarifverträge auf der Grundlage der Entgelttabelle des TVöD gibt, Herr Rupp. Das heißt, die Beschäftigten, die hier in Bremen bei der Straßenreinigung und in der Abfallwirtschaft arbeiten, haben in Zukunft am Ende des Tages genauso viel Geld im Portemonnaie wie die ENO-Beschäftigten, die jetzt eine Bezahlung nach dem TVöD bekommen.

Im Übrigen ist - Sie haben es gesagt - der Zuschlag für die Abfallentsorgung heute an Nehlsen gegangen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, Herr Rupp: DIE LINKE und auch andere werden nicht müde, Nehlsen immer wieder als einen Betrieb darzustellen, wo die Menschen nahezu geknechtet werden. Es ist ein mittelständisches bremisches Unternehmen, und wir haben uns mit dem Betriebsrat getroffen. Ich kann nicht bestätigen, dass die Beschäftigten dort ausgebeutet werden. Ganz ehrlich, ich bin froh, dass heute eine Entscheidung so gefallen ist, dass der Zuschlag nicht an riesige weltweit tätige Konzerne gegangen ist, sondern an ein bremisches Unternehmen, meine Damen und Herren!

(Beifall Bündnis 90/Die Grüne)

Ich möchte auch einmal erwähnen, dass zukünftig, wenn der Lohn an die Entgelttabelle des TVöD angeglichen wird, auch die Beschäftigten der Recyclinghöfe mehr Geld haben als bisher.

Im Übrigen werden auch die Beschäftigten, die vorher nach dem TV-L bezahlt worden sind und jetzt aus dem öffentlichen Dienst in die AöR gehen, mit dem TVöD deutlich besser gestellt. Insofern gibt es für uns keinen Grund, dem Antrag der LINKEN zuzustimmen, auch nicht, irgendwelchen Änderungen zuzustimmen, weil wir der Überzeugung sind, dass mit dieser Entgelttabelle des TVöD eben auch eine gleiche Entlohnung möglich ist.

Wenn Sie von der LINKEN noch mehr befürworten, dann ist es an der Zeit, Herr Rupp, dass Sie den Gebührenzahlern auch einmal sagen, wie viel mehr es wirklich noch ist! Ich meine, Ihre Partei ist diejenige, die, wenn es sonst um Gebührenerhöhungen geht - ob es die Friedhofsgebühren waren, ob es die Gebühren für Abwasser waren und so weiter, egal um welche Gebühren es geht -, sagt, man könne es den Menschen nicht zumuten, selbst wenn es kleinere Beträge sind. Hier ist es dann für Sie zumutbar. Das, finde ich, ist irgendwie zumindest eine Diskrepanz oder nicht wirklich stringent.

(Abg. Strohmann [CDU]: Klientelpolitik nennt man das!)

Wenn Sie mehr möchten, dann müssen Sie sich auch hierhin stellen und sagen, liebe Gebührenzahler, es wird noch sehr viel teurer, das müssen Sie dann hier erklären.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Ich erkläre Ihnen das gleich!)

Wir finden die Lösung, die jetzt gefunden worden ist, nämlich eine Anpassung der Entlohnung an die Entgelttabelle des TVöD, gut! - Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Reinken.

Abg. Reinken (SPD)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren über zwei Tagesordnungspunkte, das AöR-Gesetz und die Frage der Tarifbindung. Deswegen will ich ein paar allgemeine Bemerkungen an den Anfang stellen.

Ich finde, mit der Vorlage des heutigen AöR-Gesetzes sind wir bei der Lösung eines Problems

und der Aufarbeitung von Defiziten der Vergangenheit einen großen Schritt weitergekommen, die seinerzeit bei der Entscheidung, die Müllabfuhr zu privatisieren, so entstanden sind, dass sich sozusagen für die nachfolgende, jetzt handelnde politische Generation eine ganze Reihe von Hürden aufgestapelt hat, die nicht so eben mit links zu überwinden waren. Diese Erfahrung-

(Abg. Strohmann [CDU]: Sie sind doch nur über Ihren eigenen Opportunismus gestolpert!)

Herr Strohmann, Sie sind ja gleich an der Reihe, dann werden Sie das alles widerlegen! Diese Erfahrung mit der Frage, wie man eigentlich damit umgeht, dass im nächsten Jahr die Verträge auslaufen, dass europaweit ausgeschrieben werden muss und man nicht einmal eben einfach mit einer lockeren Bewegung sagen kann, macht doch einfach weiter zu den bisherigen Konditionen, diese Erfahrung, dass man sich in ein ganz komplexes Gebiet begibt, das schwierig zu bearbeiten ist, haben wir alle gemacht, und ich glaube, wie es bis jetzt gelöst worden ist, ist es gut gelöst.

(Beifall SPD)

Dann will ich auch noch einmal deutlich sagen, ich habe das verfolgt, das meiste hat bei uns Arno Gottschalk gemacht, der leider erkrankt ist und dem wir von hier aus auch noch einmal gute Besserung wünschen!

(Beifall)

So, wie das Ressort das gemacht und begleitet hat, finde ich, ist das eine gute Arbeit, sehr fundiert, sehr sachlich, sehr problemorientiert. Herr Staatsrat Meyer, ich bin sicher, Sie werden diesen Dank auch an den abwesenden Senator weitergeben und an alle beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Abg. Strohmann [CDU]: Den Dank kann er selbst behalten!)

Wir sind ja noch nicht ganz am Ende, aber das Ende ist ja hoffentlich absehbar. Es gab eine ganze Reihe von Problemen, die bewältigt werden mussten.

Ich finde, der jetzt eingeschlagene Weg ist richtig. Wir werden mit der Anstalt des öffentlichen Rechts, wenn wir sie gebildet haben, das verwirklichen, was wir vorhatten, nämlich mehr kommunaler Einfluss, aber nicht die alleinige Verantwortung, mehr kommunaler Einfluss, aber die Hinzuziehung von privater Kompetenz.

Wir standen vor der Frage, machen wir das Ganze selbst, oder bleiben wir auf dem Weg des kommunalen "Weg damit!", den Sie vor über 20 Jahren eingeschlagen haben? Wir haben uns für den Weg mehr kommunaler Beteiligung entschieden, mehr Lernen, mehr Einfluss, mehr Erwerben von Kompetenz, auch in dieser Struktur. Das wird passieren, und es wird gleichzeitig mit der nötigen Flexibilität, mit der nötigen Eigenständigkeit und mit den nötigen Gestaltungsspielräumen, die man in diesem Bereich braucht, ausgestaltet sein. Darüber sind wir sehr froh, und ich glaube, mit dieser Konstruktion der AöR gehen wir auch keinen Weg, der in der Bundesrepublik einzigartig ist. Ich meine, unter Ole von Beust ist die CDU in Hamburg niemals auf die Idee gekommen, die Anstalt des öffentlichen Rechts, die dort zu 100 Prozent in kommunaler Hand ist, aufzulösen und "Weg damit!" zu sagen. Auf die Idee ist nicht einmal die CDU in Hamburg gekommen. Es gibt viele Kommunen in Deutschland, in denen auch die CDU regiert, die mit Anstalten des öffentlichen Rechts operieren. Wir haben uns das in Duisburg angeschaut, wo eine Anstalt des öffentlichen Rechts, wie in Hamburg auch, sogar noch über eine Reihe von Tochtergesellschaften verfügt.

(Abg. Strohmann [CDU]: Die können es!)

Also, es funktioniert. Ich glaube, wir sind auf einem guten Weg, das jetzt so zu machen und so die organisatorischen Strukturen zu schaffen, das aber auch so zu begleiten, dass wir die Vorteile dieser neuen Strukturen, nämlich die nötige Beweglichkeit und die nötige unternehmerische Freiheit, auch nutzen können.

Zum Antrag der LINKEN: Ich glaube, das Allermeiste hat sich heute - das merkt man ja auch Ihrem Diskussionsbeitrag an, Herr Kollege Rupp! - erübrigt. Durch die Mitteilung des Senats von heute, durch die Entscheidung, die natürlich noch unter dem Vorbehalt möglicher rechtlicher Einsprüche steht, stellen wir fest, auch an diesem Punkt der Frage besserer Bezahlung, guter Bezahlung, guter Arbeitsbedingungen im Bereich der Abfallwirtschaft sind wir deutlich weitergekommen.

Wir hatten in der Tat die gespaltene Situation, wir hatten den TVöD bei der ENO, wir hatten keine Tarifverträge bei Nehlsen. Wir hatten bei Nehlsen eine Bezahlung leicht unter dem BDE-Tarif, zehn Prozent oder so darunter. Für uns war immer klar, wir wollen eine Tarifbindung, dafür stehen wir als Koalition, und zwar gemeinsam. Für uns sind tarifvertragliche Strukturen in dieser Frage - wie auch sonst - wichtig.

Mit unserer Ansage "Wir machen BDE-Plus!" haben wir einen richtigen Schritt getan, der auch klug und vernünftig war: Ein branchenüblicher Tarifvertrag, der mit ver.di ausgehandelt ist und deutliche Verbesserungen für einen nicht geringen Teil der Beschäftigten in dieser Branche bei einer gleichzeitigen Absicherung der Altbeschäftigten gebracht hätte! Richtig ist, dass ver.di die Verhandlungen über die BDE-Entgelttarifverträge eingestellt hat nicht mehr darüber verhandelt. Richtig ist aber weiter, dass der BDE besteht und es einen Manteltarifvertrag gibt. Die Tarifverträge sind ja nicht aufgehoben, sie können auch gar nicht aufgehoben werden.

Wenn jetzt der Weg in der auch heute in der Mitteilung des Senats beschriebenen Art und Weise gewählt wird, eine haustarifvertragliche Regelung zur Entgeltlinie zu finden,

(Glocke)

die sich sozusagen an die TVöD-Entgeltlinie annähert, dann haben wir durchgehend - Herr Präsident, ich komme zum Schluss! - eine deutlich bessere Bezahlung und Gewinner in allen Bereichen der Entsorgungswirtschaft einschließlich dessen, was wir im Bereich der Recyclinghöfe und so weiter noch haben. Ich sage einmal, das ist gut, das ist ein gutes Ergebnis, wenn es denn so endgültig unter Dach und Fach gebracht wird.

Letzte Bemerkung, deswegen auch mein Hinweis, dass man "bewährter Partner so oder so deuten kann: Wir sollten jetzt auch einmal ein bisschen mit dem Nehlsen-Bashing aufhören.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn die Entscheidungen so gefallen sind, dann ist das auch ein Appell, jetzt Ruhe in die ganze Struktur zu bringen und auch nicht zu versuchen, sich hier sozusagen über die politische Bande weiter gegen einen einzelnen Arbeitgeber zu mobilisieren, sondern zu schauen, dass wir gemeinsam mit einem bremischen Unternehmen mit guten Tarifverträgen eine gute Entsorgungsleistung für Bremen erbringen können! - Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. Dr. Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Freien Demokraten können zur Kenntnis nehmen, dass die Mehrheiten im Land sind, wie sie sind, und eine Rekommunalisierung gewollt ist, die wir Freien Demokraten nicht wollen.

(Beifall FDP)

Deswegen wird es Sie auch nicht verwundern, wenn wir Freien Demokraten dieser Rekommunalisierung nicht zustimmen werden.

Wir werden sie weiterhin ablehnen, weil wir immer noch der Meinung sind, dass es zwei Kriterien gibt, an denen man diese Abfallwirtschaft ausrichten muss. Das eine ist der Gebührenzahler und die Gebührenstabilität, und das andere, ob umweltgerecht entsorgt wird. Da gehen wir schlichtweg davon aus, dass das am besten kontrolliert werden kann, wenn man es als Staat nicht selbst macht.

(Beifall FDP)

deswegen lehnen wir es ab.

Darum bleiben wir auch dabei, dass es anders zu organisieren ist, und deshalb ist es für uns auch keine Sache, die hier im Parlament entschieden wird, wie der Tarifvertrag sein soll und welcher Tarifvertrag denn der beste wäre. Nein, das ist eine Sache der Tarifpartner, die dann miteinander über die Frage verhandeln müssen, wie die Leistung erbracht wird und von wem.

Deswegen können wir auch dem Antrag der LIN-KEN nicht zustimmen. Sie werden nicht verwundert darüber sein, aber wir sind gegen die Rekommunalisierung.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. Strohmann (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beginne einmal mit dem Antrag, um dann auch ein bisschen auf meine Vorredner einzugehen. Wir werden diesen Antrag auch ablehnen - wahrscheinlich werden Sie nichts anderes erwarten -, obwohl ich, sage ich einmal, so ein bisschen den Kontext dieses Antrags verstanden habe und auch den Ärger der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Müllentsorgung, denn eines ist klar: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ja so eine alte sozialdemokratische Forderung, und sie wird nicht eingehalten.

Als Unternehmer weiß man selbst aus eigener Erfahrung, entweder behandelt man alle gleich ungerecht oder alle gleich gerecht. Was da in den letzten Jahren abgelaufen ist, war nicht in Ordnung, das war ein strukturelles Problem, aber

das, was die Sozialdemokraten jetzt gerade machen, ist ein Zementieren der ungerechten Entlohnung, das muss man auch klar und deutlich sagen.

Herr Rupp, deswegen hatte ich eine gewisse Sympathie für die Forderung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, aber Ihre Rede hat mich dann doch überzeugt, vom Grundsatz her dagegen zu sein, weil ich ja weiß, was Sie wollen: Sie wollen ja im Grunde genommen den allgemeinen Sozialismus,

(Lachen DIE LINKE)

der nicht funktionieren wird und nicht funktionieren kann.

Es kann natürlich auch nicht sein, dass Sie mit Ihren Kollegen von ver.di jetzt einmal eben Tarifverträge abklatschen oder sagen, wir lassen sie jetzt platzen, um dann Druck zu erzeugen, damit dann jeweils nach dem TVöD bezahlt wird. Deswegen werden wir ihn ablehnen.

(Beifall CDU)

Jetzt aber noch einmal zur Rekommunalisierung! Herr Reinken, ich habe mich schon ein bisschen gewundert. In Ihrer Rede kam es mir ein bisschen so vor, als wenn die CDU hier bis zum Jahr 2007 mit absoluter Mehrheit regiert hätte, also wie Sie gesagt haben: Sie haben damals privatisiert. Wir waren beide nicht dabei,

(Abg. Reinken [SPD]: Eben!)

aber wir gehörten damals schon Parteien an, die dabei waren - auch Ihre Partei -, und soweit ich weiß, waren wir bisher noch nicht stärkste Partei in diesem Parlament.

(Abg. Bensch [CDU]: Noch!)

Noch nicht, das habe ich ja gesagt! Bisher noch nicht, das kann ja noch kommen!

Dann jetzt aber so zu tun, als ob die Privatisierung damals der größte Fehler der Großen Koalition war, finde ich schon ein bisschen eigenartig, und dann noch zu sagen, Ole von Beust habe die AöR nicht aufgekündigt und privatisiert: Ich weiß nicht, wo Sie leben, und ich weiß auch nicht, was Sie glauben, was die CDU ist. Schauen Sie sich einmal in Nordrhein-Westfalen die kommunalen Strukturen an! Da sind es gerade CDU-Bürgermeister, die kommunal sehr aktiv sind und sagen, das Geld, das wir damit verdienen können, kann auch die Kommune behalten zur Refinanzierung

von Schwimmbädern und den öffentlichen Nahverkehr, also dieses alte Prinzip. Also, das ist nicht CDU-Politik,

(Zuruf Abg. Rupp [DIE LINKE])

reine Privatisierung ist nicht CDU-Politik.

In dieser Stadt - und jetzt komme ich zu der Begründung, warum wir sagen, dass die letzten 20 Jahre gute Jahre waren, auch mit der Firma Nehlsen - war es aber Ihre sozialistische Politik, bei der es keine Gebührenstabilität gab, keine Sicherheit bei der Müllabfuhr und keine Sauberkeit in der Stadt. Dies zu regeln haben wir in den letzten 20 Jahren geschafft,

(Beifall CDU)

und jetzt haben wir das gemacht.

Jetzt kommen wir zu dem Punkt, wo unsere Kritik jetzt das neue Verfahren betrifft: weil Sie nicht fachlich-sachlich neu strukturiert haben, wie wir in den nächsten Jahren die Müllabfuhr, die Stadtreinigung und die Recyclinghöfe organisieren werden, sondern wieder ideologisch auf Parteitagen aufgetreten sind. Das war mein Vorwurf: Sie sind opportunistisch an Ihren eigenen Forderungen gescheitert,

(Beifall CDU)

denn Sie zementieren jetzt wieder Ungerechtigkeit.

Ich kann ehrlicherweise nur sagen, wir können alle nur froh sein, dass die Grünen in diesem Fall marktwirtschaftlich wirklich ein bisschen Kante gezeigt haben und wir - -.

(Zuruf Abg. Bücking [Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, ein bisschen und wirklich - -. Sogar ver.di erkennt ja an, dass mit Staatsrat Meyer wirklich jemand da war, der sich da in kürzester Zeit eingearbeitet hat und im Grunde genommen - -. In Ihren ganzen Verhandlungen, Ihr Stuss, den Sie beschlossen haben - vielleicht ein bisschen Rekommunalisierung -, ist es im Grunde genommen genau wie bei der Rekommunalisierung der Netze. Es ist im Grunde genommen eine Illusion, die Sie den Menschen - -. Sie reden hier auch nur noch im Konjunktiv. Ich habe heute - das gilt übrigens auch für Frau Schaefer - nur im Konjunktiv gehört, welche Löhne die Mitarbeiter jetzt bekommen werden: wir wollen, wir könnten, wir sollten.

Ich habe es bis jetzt so verstanden, dass die Firma, die den Zuschlag bekommen hat, auch die

Möglichkeit hat, noch Dinge an Dritte auszulagern, an Subunternehmen, die dann tariflos bezahlen. Dann haben wir das Problem, dass es dann drei unterschiedliche Löhne gibt.

Die Forderung der CDU ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vernünftige Löhne haben sollen. Das ist nicht mein Problem. Sie sollen von mir aus auch nach dem Richtwert des TVöD bezahlt werden, wie Sie es vorgeschlagen haben. Die Müllfahrer sollen vernünftig verdienen, und ein Müllfahrer soll als Müllfahrer bezahlt werden und ein Müllautofahrer auch als Müllautofahrer und nicht als Müllfahrer mit Führerschein. Das finde ich fair und gerecht, da haben Sie uns auf Ihrer Seite, aber bei diesem Trickbetrug nur für die Parteitage werden wir nicht mitmachen.

(Beifall CDU)

Für uns ist eines klar: Ihr Zwitterkonstrukt wird den Gebührenzahler noch teuer zu stehen kommen. - Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Strohmann, eine Bezahlung nach Tarif und eine Bezahlung, die vor Altersarmut sichert, ist mit Sicherheit Bestandteil eines Sozialismus, wie wir ihn uns vorstellen, aber ich befürchte, Sie enttäuschen zu müssen: Das ist nicht das Ende dessen, was ich an Fantasie in diese Richtung entwickeln kann.

(Abg. Strohmann [CDU]: Das befürchte ich ja auch!)

Immerhin haben Sie ja so viel mitgenommen aus Ihrer alten Heimat, dass Sie zwei Dinge sagen: Sie finden, dass es sich gehört, jemanden, der Müllwagen fährt und Mülltonnen leert, anständig zu bezahlen. Das ist eine harte Arbeit, das ist eine dreckige Arbeit, und ich finde es notwendig, dass Menschen, die solche Arbeit verrichten, so viel Geld bekommen, dass sich die Arbeit auch lohnt und es einigermaßen fair ist.

(Beifall DIE LINKE)

Frau Dr. Schaefer, wir haben nicht verlangt, dass die Müllarbeiterinnen und Müllarbeiter mehr bekommen als nach dem TVöD. Ich weiß nicht, wo Sie das gelesen haben. Dieser Vorwurf zielt ins Leere.

(Abg. Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Gelesen habe ich es nicht, es klingt aber bei Ihnen so heraus!)

Sagen wir so: Es gibt Dinge, die ich den Tarifparteien überlasse, etwa die Rahmenbedingungen, unter denen sie verhandeln. Das ist auch ein Stück weit politische Verantwortung. Wir haben die Verantwortung, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass in diesem Bereich gemäß TVöD gezahlt werden kann und gezahlt wird. Wie hoch denn die Entgelte nach dem TVöD sind und ob das gerechtfertigt ist, diskutieren wir an anderer Stelle.

(Beifall DIE LINKE)

Zweitens, ich möchte noch einmal versuchen, einen Mythos zu beseitigen, es ist ja nicht wahr! Wir haben in den letzten 20 Jahren weitgehend Gebührenstabilität gehabt, daran gibt es nichts zu deuteln, das finde ich auch in Ordnung. Die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler haben aber bei genauerem Hinsehen - das sage ich jetzt noch einmal! - in den letzten 20 Jahren einfach zu hohe Gebühren bezahlt, weil sie auf der einen Seite die Mehrwertsteuer mitbezahlt haben, die kommunale Unternehmen nicht erheben müssen, und weil sie nach meinem Studium von Geschäftsabschlüssen Gewinne des privaten Unternehmers, der seine Aufgabe technisch und fachlich richtig gemacht hat, bezahlt haben, was meines Erachtens durch den Begriff der Gebühren nicht gedeckt sind. Gebühren sollen nur den Aufwand decken. Gebühren sollen also nicht Gewinne in einer Größenordnung bezahlen, die ungerechtfertigt ist.

(Beifall DIE LINKE)

Deswegen war es in den letzten Jahren zu viel. Die Stabilität als solche ist kein Kriterium, wir wollen auch faire Gebühren. Ich denke, diese Chance haben Sie mit der jetzigen Konstruktion erst einmal zumindest auf eine ferne Zukunft vertagt. Wenn es tatsächlich so ist, dass am Ende die Kolleginnen und Kollegen, die bei Nehlsen arbeiten, eine TVöD-ähnliche Bezahlung bekommen und unter ähnlichen Bedingungen arbeiten, dann ist das ein Erfolg. Sicher ist das meines Erachtens noch nicht. Das höre ich heute zum ersten Mal.

Außerdem - das hat der Kollege Herr Strohmann auch schon scharf herausgearbeitet - war die Firma Nehlsen in der Vergangenheit dafür bekannt, dass sie ihre Dienstleistungen, die sie der ENO verkauft hat, ausgelagert und mit Leuten erbracht hat, die deutlich weniger bekommen als die Kollegen von der ENO. Ich weiß nicht, wie das

bei Ihnen ist, aber das ist für mich Anlass nachzufragen, was habt ihr denn vor, wenn ihr 50,5 oder 50,1 Prozent dieser GmbHs habt? Macht ihr das dann genauso? Oder haben wir eine Möglichkeit zu sagen, nein, das lassen wir nicht zu? Das, was der Kollege Strohmann gesagt hat, diese unter Umständen drei verschiedenen Gehaltsstrukturen sind jetzt noch nicht wahr, aber sie sind denkbar, und sie sind eine Möglichkeit, die ich verhindern will.

Im Übrigen, es wäre ja ganz schön, wenn Sie unsere Anträge wirklich einmal inhaltlich lesen würden! Wir haben in unserem Antrag im Wesentlichen dafür geworben, einmal zu prüfen, was das denn in Zukunft heißt, wie viel mehr ist es, wenn die Leute Entgelte gemäß TVöD bekommen? Was würde es denn für die Gebühren bedeuten, und gibt es nicht die Möglichkeit, das anders zu organisieren? Das steht im Wesentlichen in diesem Antrag.

Sie lehnen ihn heute ab, erstens, weil Sie ihn möglicherweise nicht richtig verstanden haben, zweitens, weil er sich möglicherweise ein Stück weit überholt hat. Diese Fragen enden aber nicht, und Sie können sicher sein, das ist kein Nehlsen-Bashing. Das ist ein Interesse an guter Arbeit, ein Interesse an gutem Lohn und ein Interesse an gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Solche Fragen muss sich jedes Unternehmen und jeder Unternehmer, der hier private Dienstleistungen erbringt, gefallen lassen. Wenn er das nicht macht, dann, finde ich, darf er keine öffentlichen Aufträge bekommen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir werden diese Fragen weiterhin stellen. Wir empfinden es als unsere Pflicht und unsere Aufgabe, solche Verträge genau zu prüfen. Wir kennen Verträge aus der Vergangenheit, was Privatisierung betrifft, was das Hinzuholen von privaten Partnern für öffentliche Dienstleistungen angeht. Alle Verträge, die ich kenne, haben mindestens einen bis drei Pferdefüße. Wie Herr Reinken vorhin sehr richtig gesagt hat, das sind sozusagen ein paar Erbschaften, die es uns schwierig machen, das rückgängig zu machen. Solche Dinge können wir in der jetzigen Situation vermeiden, und das ist auch unsere Aufgabe! - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Schaefer.

Abg. Frau Dr. Schaefer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rupp, ja, es gab über 17 Jahre Gebührenstabilität, und Sie werden nicht müde, immer wieder zu sagen, der private Unternehmer habe Gewinne gemacht. Ja, aber er hatte doch auch Ausgaben!

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Entschuldigung, Gewinne sind Einnahmen minus Ausgaben!)

Nein, ich habe Ihnen lange zugehört, Herr Rupp, und es wäre nett, wenn Sie auch einfach einmal zuhören!

Es wird immer so getan - und das fand ich, ehrlich gesagt, auch vor zwei Wochen, als wir hier mit mehreren Abgeordneten auf dem Podium saßen und es um die schon angefangene Debatte über die Rekommunalisierung beim Abwasser ging - , als ob man kurz vor einer Privatisierung steht. Das ist doch überhaupt nicht der Fall, Herr Rupp, das ist vor knapp 20 Jahren passiert! Die Frage ist doch, lässt man es privat - da gibt es zumindest zwei Fraktionen hier, die das gern gehabt hätten -, macht man eine Teilrekommunalisierung - dazu hat sich die Koalition entschieden -, oder will man eine hundertprozentige Rekommunalisierung? Das war das, was Sie gern gehabt hätten, das hat hier aber keine Mehrheit gefunden. Wir stehen heute aber nicht vor der Debatte, ob wir etwas privatisieren, sondern vor der Frage, wie wir damit umgehen, wenn die Verträge jetzt auslaufen.

An Ihrem Beitrag habe ich überhaupt nicht verstanden, dass Sie noch einmal sagen, es solle nach TVöD bezahlt werden, und es würde diese Ungerechtigkeit geben. Ich habe vorhin mehrmals erwähnt, dass die Entlohnung zukünftig an die Entgelttabelle des TVöD angelehnt wird, dass die Menschen also am Ende das Gleiche im Portemonnaie haben. Dann können Sie mir nicht erzählen - die einen werden nach TVöD bezahlt und die anderen auch nach TVöD -, dass sie nicht das Gleiche im Portemonnaie haben! Das fand ich, ehrlich gesagt, an Ihrem Debattenbeitrag ein bisschen schwierig.

Noch einmal, wir haben - und das hat mein Kollege Dieter Reinken ja auch gesagt - in der Vergangenheit Ungerechtigkeiten gesehen, was die Entlohnung angeht. Wir haben im letzten politischen Beschluss die Lösung BDE-Plus festgelegt und fanden, dass das eine deutliche Verbesserung für die Beschäftigten war. Das ging nicht mehr, weil ver.di deutschlandweit den BDE aufgekündigt hat, also mussten wir uns zusammensetzen und überlegen, wie man weiter vorgehen kann. Jetzt gibt es eben einen Haustarif, der an

die Entgelttabelle des TVöD angelehnt ist. Ich verstehe jetzt wirklich Ihr Problem nicht, und ich sage noch einmal, dass das für heute auch eine gute Lösung ist. - Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Reinken.

Abg. Reinken (SPD)*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen Teil der Debatte verstehe ich jetzt so, dass sowohl die CDU als auch DIE LINKE es irgendwie nicht gut finden, dass eine sachgerechte Lösung gefunden worden ist.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Alles andere wäre doch irgendwie für die Debatte viel besser. Dann könnte man noch einmal so richtig loslegen und sagen, seht her.

Ich bin fest davon überzeugt, dass der Stand, den wir jetzt erreicht haben, unter der Maßgabe dessen, was wir, was diese Koalition vorgefunden hat, ein optimaler Schritt ist, sowohl in Richtung der Arbeitnehmer als auch in Richtung der Organisation.

Herr Kollege Strohmann, Sie haben völlig recht, und ich entschuldige mich auch zutiefst. Sie haben ja darauf hingewiesen, dass wir damals daran beteiligt waren, wir beide nicht, wir haben die Gnade der späten Geburt, aber der eine oder andere. Ich habe ja nur darauf hingewiesen, dass die heutige Mannschaft hier im Hause das lösen muss, was vor 20 Jahren vertraglich festgeschrieben worden ist.

Ich will es auch gar nicht auf die Ebene von Politiker-Bashing oder Fehler der Vergangenheit heben. Man muss nur feststellen, es gab Defizite, und diese lagen darin - das hat uns ja oftmals keiner geglaubt, es ist ja in der Öffentlichkeit auch manchmal gar nicht so richtig wahrgenommen worden, dass zum Beispiel die Frage, was eigentlich mit dem Personal passiert, also die Rückkehrregelungen, letztlich für den Haushalt des Landes ein Risiko von 100 Millionen Euro bedeutet hätte, wenn man es nicht irgendwie gelöst hätte, weil die Verträge damals so gestaltet worden waren -, dass wir keine Endschaftsregelung in den Verträgen hatten, zum Beispiel über die Frage des Zugriffs auf Grundstücke oder technisches Equipment. Das sind Dinge, die man damals vielleicht so nicht gesehen hat, das will ich auch niemandem vorwerfen, aber die mussten jetzt abgearbeitet werden, und ich glaube, die Art und Weise, wie das abgearbeitet worden ist, ist gut.

Da kann man jetzt sagen, okay, die letzten 20 Jahre liefen gut, zehn Jahre davon waren rotgrün regiert, das ist auch ein Teil dessen, was da gut gelaufen ist, man muss die Defizite, die es damals gab, aufbereiten und das jetzt zukunftsgerichtet lösen. Das war auch mein Hinweis darauf, mit wem man das löst.

Ich glaube, dass Herr Buhlert hinsichtlich der Frage, wie die Arbeitsverhältnisse und die Tariffragen zu lösen sind, völlig recht hat. Da stimme ich ihm ausnahmsweise zu: Was in den Tarifverträgen steht und wie über sie verhandelt wird, ist Sache der Tarifparteien.

Ich glaube, dass mit der Maßgabe, die den Gesellschaften auf den Weg gegeben wurde und die heute auch noch einmal in der Presseerklärung des Senats nachzulesen ist, ein guter und richtiger Weg aufgezeigt wurde, der jetzt noch durch die entsprechenden Vereinbarungen ausgefüllt werden muss, und ich glaube, wenn das durch die entsprechenden Vereinbarungen ausgefüllt ist, ist ein großer Teil dessen beseitigt, was wir als Ungerechtigkeit feststellen. Dann ist vor allen Dingen ein guter Neuanfang ab August geschaffen. August war das, oder Juli?

(Zuruf: Juli!)

Ab Juli 2018, genau! Ab Juli 2018 ist dann die gute Voraussetzung für einen richtig guten Neuanfang geschaffen.

Ich hoffe auch sehr, das sage ich auch sehr deutlich, dass auch innerhalb dieses Unternehmens, bestehend aus einem Bremer Unternehmer und der Bremer öffentlichen Hand, für alle Seiten einschließlich der Beschäftigten - etwas Gedeihliches entsteht und man sich nicht gegenseitig Knüppel zwischen die Beine wirft. - Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. Strohmann (CDU)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will noch einmal auf zwei Punkte meines Vorredners eingehen! Ich finde es ja gut, dass Sie es noch einmal relativiert haben, dass Sie doch dabei waren, aber für mich ist jetzt die Frage: Eine Regierung hat vor 20 Jahren aus einer Ursache heraus entschieden, und ich glaube, sie hat mit dem Wissen, der Grundlage und den Rahmenbedingungen von damals hundertprozentig richtig entschieden, und es waren für die Müllentsorgung in Bremen 20 gute Jahre, für die Bürgerinnen und

Bürger auf alle Fälle. Stabile Sicherheit, Abholsicherheit, das war alles gegeben. Insofern stört mich jetzt ein bisschen, dass Sie sagen - das ist jetzt eine Behauptung, die Sie aufgestellt haben -, dass Ihre Entscheidungen richtig waren.

Das ist eben der Unterschied zwischen Ihnen, der Koalition, und uns. Wir sagen, man hätte konsequent in die eine oder andere Richtung entscheiden können. Das, was Sie gemacht haben im Hintergrund mit Ihren Beschlüssen, die ja noch aus den Zeiten von Herrn Bovenschulte stammen, mit der Rekommunalisierung zurück zum Staat, ist ja alles noch so ein bisschen Ausfluss aus der Finanzkrise, glaube ich, da haben Sie das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Wir haben die große Sorge, dass mit Ihren Zwitterentscheidungen - nichts Halbes und nichts Ganzes - zum einen die Lohngerechtigkeit genauso schlecht ist wie früher auch, indem wir drei mögliche Tarife bekommen oder gar keine Tarife, und wir es zum anderen in den nächsten Jahren als Gebührenzahler teuer bezahlen müssen.

Meine große Sorge ist, dass wir es ja nicht sofort merken werden und wir wieder in das nächste Waterloo hineinlaufen, indem wir ein gut funktionierendes Unternehmen wie hanseWasser mit glücklichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die nach dem TVöD bezahlt werden, mit Ihren Rekommunalisierungsträumen und Ihrem Rekommunalisierungswahn wirklich in eine Schieflage bringen. Das ist eigentlich die Hausaufgabe für die nächsten Jahre, wo wir aufpassen müssen - und ich hoffe, in ein paar Jahren auch in der Verantwortung dafür dann die richtigen Weichen stellen müssen -, damit das nicht passiert, um dann gegebenenfalls in fünf Jahren Ihre Irrwege vielleicht noch zu korrigieren, damit es für die Arbeitnehmer gut ist, für das Unternehmen und für die Gebührenzahler.

Bei der ganzen Diskussion auf dieser linken Seite ist eines immer zu kurz gekommen: Sie vergessen, dass es etwas mit unternehmerischem Geist zu tun hat, warum die Wirtschaft in Deutschland gut funktioniert, und das kann eine staatliche Behörde nicht. Sie kann etwas anderes. Sie kann gut verwalten.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Manchmal!)

aber dieser unternehmerische Geist, auch dieses Bewusste, auch dieser Drang, Profite zu generieren und auch in effizienten Strukturen zu denken - das ist ja der große Nachteil eines Staatsunternehmens -, das kann sie nicht, denn sie macht es nicht. Dazu kommt dann ja noch die Macht der Gewerkschaft und dergleichen. Dieser Faktor wurde auf Ihrer Seite in den ganzen Diskussionen

mit keiner Silbe erwähnt, und ich glaube, das ist der entscheidende Faktor. - Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Meyer.

Staatsrat Meyer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Koalitionsparteien haben beschlossen, dass die Abfallwirtschaft und die Straßenreinigung rekommunalisiert werden. Diesen Auftrag haben der Senat und insbesondere der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr angenommen, und wir liefern heute mit dem Gesetzesvorschlag die Grundlagen für die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts ab. Wir haben uns für die Form einer Anstalt öffentlichen Rechts entschieden, weil wir damit ein Kommunalunternehmen gründen wollen. Wir wollen kein Abfallamt gründen, wir wollen keinen Eigenbetrieb gründen, sondern ein Kommunalunternehmen. Das ist Branchenstandard so, wie wir es machen. In Städten wie Berlin, Hamburg und Duisburg gibt es solche Anstalten öffentlichen Rechts, die sich an GmbHs beteiligen.

Im Übrigen, Herr Strohmann, die AöR in Berlin wurde von Eberhard Diepgen im Jahr 1994 gegründet, also unter Führung der CDU.

(Zuruf: Sozialist!)

Das Ziel der AöR war auch klar formuliert: ein starker öffentlicher Betrieb. Wir wollten und werden die zersplitterten Zuständigkeiten im Bereich der Stadtreinigung neu ordnen, um das Leitbild einer sauberen Stadt noch besser umzusetzen. Da wird sicher auch helfen, dass wir im kommenden Haushalt auch ein Verstärkungsprogramm für die saubere Stadt haben, sodass wir mit beiden Maßnahmen ab dem Jahr 2018 hier sicher noch einmal ganz anders auftreten werden.

Herr Rupp, wir werden den kommunalen Einfluss stärken. Derzeit haben wir gar keinen, und mit einer AöR und einer Beteiligung haben wir einen stärkeren kommunalen Einfluss und auch Verantwortung. Wir werden die Kompetenzen und den Aufgabenbereich, den die Stadt übernimmt, Stück für Stück aufbauen.

Vorbehaltlich der positiven Einigung mit den derzeitigen Besitzern der Recyclingstationen werden wir diese ebenfalls übernehmen, aber auch die Recyclingstationen werden dann ab dem Jahr 2018 kommunalisiert sein. Für die Mitarbeiter der Recyclingstationen bedeutet das im Übrigen ein deutliches Lohnplus, weil sie unserer Kenntnis nach derzeit keinen Tarif haben und dann sofort

in den TVöD wechseln. 120 Beschäftigte des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr sowie des Umweltbetriebs wechseln ebenfalls in die neue AöR. Auch für diese Mitarbeiter haben wir eigens einen Tarifvertrag abgeschlossen, damit ihre Rechte beim Übergang gesichert werden.

Mit dem AöR-Gesetz erfüllen wir damit die Voraussetzungen für die Rekommunalisierung, und wie Sie heute der Presse entnehmen konnten, haben wir heute einen zweiten Meilenstein abgeschlossen, und zwar mit der Auswahl des privaten Unternehmens nach einem europaweiten Vergabeunternehmen. Mit diesem Unternehmen wollen wir dann zukünftig die Abfallwirtschaft weiter betreiben.

Wir haben an dieser und auch an anderer Stelle immer wieder erklärt, wie wir versuchen, sowohl einen Tarif als auch die Leistungserbringung in der Gesellschaft zu sichern, und wir freuen uns, dass wir insbesondere ein Unternehmen ausgewählt haben und dass sich im Vergabeverfahren insbesondere ein Unternehmen durchgesetzt hat, das bei der Frage, wie die Menschen in der Gesellschaft entlohnt werden, die maximale Punktzahl bekommen hat. Dieses Unternehmen, das wir jetzt ausgewählt haben, hat bei der Frage, bei der Bewertung in der Ausschreibung, was es den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Gesellschaft zahlt, die maximale Punktzahl bekommen, es zahlt 16 Euro.

Wir sind auch froh, dass wir in der Ausschreibung ökologische Ziele fixieren konnten. Ab dem 1. Januar 2019 werden ausschließlich Fahrzeuge eingesetzt werden, die die Euronorm 6 erfüllen. Auch das war für uns ein wichtiger Schritt.

Insgesamt sind wir froh, dass wir mit dem Ausschreibungsergebnis den ersten Schritt in Richtung einer Rekommunalisierung machen, mit einem starken privaten Partner an der Seite.

Herr Rupp, wir haben in diesem Haus in der Vergangenheit wiederholt über die kommunale Abfallwirtschaft und Straßenreinigung und insbesondere über den Tarifvertrag diskutiert. Ihre Fraktion ist nicht müde geworden, mit immer neuen Anträgen ihrem politischen Ziel der Umsetzung des TVöD in den Beteiligungsgesellschaften Nachdruck zu verleihen. Ich sage noch einmal: In der Ausschreibung haben wir das Angebot mit der höchsten Bezahlung bewertet, und es hat sich durchgesetzt, diese Bezahlung ist TVöDnah. Darüber hinaus wollen wir mit der Gesellschaft einen Tarifvertrag schließen, um dort -Frau Schaefer hat es erwähnt - die TVöD-Entgelttabelle wirksam werden zu lassen. Wir wollen das, aber es liegt an der Fragestellung, ob ver.di dem dann auch zustimmen wird.

(Glocke)

Vizepräsident Imhoff: Herr Staatsrat, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rupp?

Staatsrat Meyer: Natürlich!

Vizepräsident Imhoff: Bitte, Herr Rupp!

Abg. Rupp (DIE LINKE): Herr Staatsrat, erstens wollte ich einfach sagen, dass ich, seitdem Sie das machen, tatsächlich einen fachkompetenten Diskussionspartner habe, von dem ich den Eindruck gewonnen habe, dass er sich ausgesprochen gut auskennt, auch wenn er meine Ziele und Intentionen nicht teilt.

(Staatsrat Meyer: Danke!)

Jetzt komme ich zu meiner Frage! Heute ist mehrfach gesagt worden, es wird angelehnt an TVöD und ähnliche Dinge mehr. Das höre ich natürlich sehr gern. Meine Frage lautet: Wann können wir damit rechnen, dass wir in der Deputation für Bau, Umwelt und Verkehr und vielleicht auch im Haushalts- und Finanzausschuss, je nachdem, wer dann auch zuständig ist, einmal einen kurzen Bericht bekommen, was das genau bedeutet? Es muss ja nicht gleich morgen früh sein, weil wir die Verträge jetzt erst neu machen. An welcher Stelle können wir auch einen Bericht erwarten, inwieweit die Frage der Vergabe an Dritte durch die GmbHs in irgendeiner Weise schon Gegenstand von Verhandlungen ist und ob es dort schon Ergebnisse gibt? Da hätte ich die Frage, wann wir da mit Berichten rechnen können.

Staatsrat Meyer: Dazu kann ich auch schon jetzt etwas sagen. In der Ausschreibung sind die Bieter gefragt worden, welches Lohnniveau sie in den GmbHs anbieten wollen. Da mussten die Bieter eine Zahl nennen. Nehlsen hat gesagt, 16 Euro für Lader und Fahrer, und das ist dann auch fix, davon können sie nicht ab. Das ist auch bewertet worden, das gilt dann an der Stelle.

Was wir in einem Haustarif vereinbaren wollen, ist in der Tat TVöD-Entgelttabelle; nicht angelehnt an die Tabelle, sondern wir wollen die TVöD-Entgelttabelle, die auch im TVöD gilt, in diesem Haustarifvertrag wirksam werden lassen. Dazu wollen wir allerdings andere Themen wie zum Beispiel Arbeitszeit, Urlaubszeit, Überstunden aus dem privaten Tarifvertrag des BDE übernehmen. Dieser ist auch von ver.di auf Bundesebene nicht gekündigt, und deswegen glauben wir, dass das nach wie vor auch ein guter Tarifvertrag ist. Insofern wäre am Ende unser Angebot ein Haustarifvertrag mit einer Mischung aus privaten Anteilen des BDE, aber bei der Frage des Entgelts, also beim Lohn, geht es um den TVöD.

Auf die Frage der Erbringung der Dienstleistung in der Gesellschaft ist bei den Angeboten bewertet worden. Alle Bieter sind gefragt worden, wo sie denn die Arbeit erbringen wollen, in der GmbH oder über Drittvergabe. Das mussten alle Bieter im Rahmen der Ausschreibung verbindlich erklären. Die Firma Nehlsen hat erklärt - und auch dort die maximale Punktzahl bekommen -, dass sie das Geschäft in der GmbH erbringen will. Das hat sie schriftlich erklärt, bis auf Leistungsspitzen, wenn sie auch an ihre Kapazitäten mit den Mitarbeitern in der GmbH kommt, muss sie sich an diese Zusage halten, die sie in der Ausschreibung gemacht hat. Das war für uns ein Weg, um auch zu sichern, dass das Geschäft in den GmbHs stattfindet. Anders als in den Verträgen, die ich vorgefunden habe, war es uns wichtig, das in der Ausschreibung zu fixieren, weil wir als Stadt ja auch etwas lernen wollen. Wir hätten ja mit Zitronen gehandelt, wenn wir GmbHs gründen und das Geschäft dort gar nicht stattfindet.

Das sind zwei Punkte, die wir in der Ausschreibung gesichert haben, und wir sind froh, dass sich das Unternehmen durchgesetzt hat, das das auch zugesichert hat. Andere Unternehmen haben das in dieser Form nicht zugesichert. Gern berichte ich aber auch noch einmal schriftlich in der - -.

(Abg. Rupp [DIE LINKE]: Vielen Dank! Irgendwann kommt ja vielleicht einmal eine kurze Aufstellung!)

Insofern hat sich, glaube ich, der Beschlussvorschlag ein bisschen überholt, den Sie zumindest schriftlich eingereicht haben.

Ich habe auch nicht genau verstanden, was Sie mündlich formuliert hatten. Insofern glauben wir, dass man dem Antrag der LINKEN an dieser Stelle nicht mehr zustimmen muss. Ich glaube, das hätte man vorher an dieser Stelle auch nicht getan.

Herr Rupp, einen Satz möchte ich trotzdem noch einmal sagen! Vielen Dank für das Lob, das Sie ausgesprochen haben, aber ich muss doch noch einmal eines sagen: Auch in Berlin gibt es eine Anstalt öffentlichen Rechts, die Berliner Stadtreinigung. Das ist dort auch eine Anstalt öffentlichen Rechts, die unter öffentlicher Verwaltung steht. Dort regieren Sie mit, und auch dort gibt es Gesellschaften, die die AöR anteilsmäßig mithält, und jetzt raten Sie einmal, was für ein Tarifvertrag dort gilt: ein Haustarifvertrag, nicht der TVöD oder der TVL!

Herr Rupp, mein Vorschlag ist, wir zahlen hier in unseren Gesellschaften nach dem TVöD. Rufen Sie Ihre Kollegen in Berlin an und sagen, machen Sie es dort in den GmbHs, in denen Sie mitregieren, genauso!

(Zuruf Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Rupp [DIE LINKE]: Wie viel Einfluss haben Sie eigentlich auf Ihren großen Koalitionspartner? - Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird auch jetzt noch nicht verraten!)

Ich würde vorschlagen, dem Antrag der LINKEN nicht zuzustimmen, und dem Gesetzentwurf - das ist unser Vorschlag - stimmen Sie zu. Es ist der Einstieg in eine Rekommunalisierung, ein großes Projekt dieser Koalition. Insofern: Stimmen Sie dem zu, dann können wir auch den operativen Aufbau ab dem 1. Januar 2018 weiter vorantreiben und ab dem 1. Juli 2018 dann für die Bürgerinnen und Bürger den Müll einsammeln!

Auch das ist die gute Nachricht: Das Ausschreibungsergebnis, das wir heute verkündet haben, deutet darauf hin, dass wir die Gebühren nicht erhöhen werden. Es hält sich in der Größenordnung der bisherigen Entgelte für die Leistungsverträge. Insofern ist das, glaube ich, auch eine gute Nachricht. Wir werden in den Gesellschaften nach dem TVöD bezahlen, und wir werden die Gebühren nicht deswegen erhöhen müssen. Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Wer dem modifizierten Antrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 19/503 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, BIW, Abg. Schäfer [LKR], Abg. Tassis [AfD], Abg. Frau Wendland [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft lehnt den Antrag ab

Nun lasse ich über das Ortsgesetz zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für die öffentliche Abfallentsorgung und Straßenreinigung mit der Drucksachen-Nummer 19/595 S abstimmen.

Wer das Ortgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abg. Frau Wendland [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, FDP, BIW, Abg. Tassis [AfD])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft beschließt das Ortsgesetz entsprechend.

Beschäftigungsverhältnisse an Volkshochschule Bremen und Musikschule Bremen verbessern

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 8. Juni 2017 (Drucksache 19/514 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Emigholz.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Strunge.

Abg. Frau Strunge (DIE LINKE) *): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über die prekäre Arbeitssituation von Honorarkräften an der Musikschule und an der Volkshochschule. DIE LINKE hat einen Antrag eingereicht, der deutliche Honorarerhöhungen für beide Gruppen fordert sowie soziale Absicherung und ein Umdenken in der Personalpolitik hin zu mehr Festanstellungen.

Warum haben wir diesen Antrag gestellt? Den Wenigsten sind die Arbeitsbedingungen dieser Gruppen bewusst. Honorarkräfte sind formal selbstständig - oft unfreiwillig -, sie bekommen nur Geld für die tatsächlich geleisteten Unterrichtsstunden, Vor- und Nachbereitungszeit werden nicht vergütet. Wer krank ist, erhält kein Geld, sodass ein Unfall beim Sport oder eine längere Krankheit zu einem ernsthaften Existenzrisiko werden kann. Die Verträge sind immer befristet.

Schulferien werden bei den Musiklehrerinnen und Musiklehrern oft zum Problem, weil in dieser Zeit kein regulärer Unterricht stattfindet und auch das wieder Lohnausfall bedeutet. Auch die Tarifverträge fehlen hier. Eine armutsfeste Alterssicherung gibt es für diese Menschen faktisch nicht. Wir halten also fest, Honorarkräfte haben im Vergleich zu klassischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern keinerlei Sicherheiten, obwohl sie regelmäßig und zum Teil hauptamtlich an staatlichen Einrichtungen wie der Musikschule oder der Volkshochschule beschäftigt sind. So sind die Rahmenbedingungen.

Kommen wir nun zum Honorar! An der Musikschule wurde in 14 Jahren das Honorar kein einziges Mal! Für 45 Minuten Einzelunterricht hat man im Jahr 2003 20 Euro brutto bekommen, davon mussten natürlich noch Steuern, Krankenversicherungs- und Rentenversicherungsbeiträge gezahlt werden. Im Jahr 2017 bekommt man weiterhin 20 Euro. Das heißt, die finanzielle Anerkennung für die geleistete Arbeit ist nicht nur nicht angemessen, sondern es gibt einen Reallohnverlust. Die Honorarkräfte verdienen de facto heute weniger als vor 14 Jahren. Wir finden, das kann nicht sein!

(Beifall DIE LINKE)

Nur so zum Vergleich: Ein Lehrer an einem Gymnasium verdiente im Jahr 2008 pro Unterrichtsstunde brutto ungefähr 48 Euro. Damit man einmal einen Vergleichswert hat: Das ist mehr als das Doppelte! Bei den Honorarkräften hingegen wird Altersarmut bei den fehlenden Sicherheiten und bei diesem Honorar unumgänglich sein.

An der Volkshochschule sieht es kaum anders aus. Hier gab es in den letzten Jahren nur Honorarerhöhungen in Form von Kleckerbeträgen, sodass die normale Vergütung derzeit bei 20,50 Euro pro Unterrichtsstunde liegt. Musiklehrerinnen und Musiklehrer, Kursleiterinnen und Kursleiter wollen das nicht weiter hinnehmen, und sie sagen: Es reicht! Sie haben heute Vormittag auf dem Marktplatz unter dem Motto "fair statt prekär" demonstriert.

Wenn Sie sich jetzt fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wo denn all die Honorarkräfte sind und warum sie hier nicht die Ränge füllen und dieser Debatte lauschen, dann muss ich Ihnen sagen, sie müssen schlichtweg arbeiten, und sie können es sich nicht leisten, einen Lohnausfall hinzunehmen, um dieser Debatte zu folgen. Das ist die Realität.

Glücklicherweise hat der Druck, den die Honorarkräfte in der letzten Zeit entfaltet haben, und vielleicht auch unser Antrag, den wir ja bereits im Juni eingereicht haben, zwei Dinge bewirkt: Erstens, es wird über die prekäre Arbeitssituation von Honorarkräften gesprochen, und zweitens,

es gibt sogar Bewegung bei der Höhe der Honorare. Die Honorare an der Volkshochschule werden ab dem Jahr 2018 auf 23 Euro angehoben, und bei den Musiklehrerinnen und Musiklehrern kommen endlich, nach 14 Jahren, vier Euro mehr für den Einzelunterricht hinzu. Bei dieser Summe soll es allerdings nach Meinung des Senats bis zum Jahr 2020 bleiben.

Wir finden, das ist ein allererster Schritt in die richtige Richtung, aber er ist absolut nicht ausreichend. Er verändert die prekäre Situation der Honorarkräfte kaum, und er bleibt auch meilenweit hinter den Forderungen der Honorarkräfte zurück. Sie fordern 35 Euro pro Unterrichtsstunde, also 15 Euro mehr im Vergleich zu diesem Sommer

Nebenbei bemerkt, von den Honorarerhöhungen, die es bisher gegeben hat, sind fast 40 Prozent der Unterrichtsstunden an der Musikschule ausgeschlossen, denn wer mehr als vier Schüler unterrichtet, der bekommt auch heute das gleiche Geld wie vor 14 Jahren. Wie man da steigende Mieten, Strom- und Energiepreise sowie höhere Lebensmittelkosten finanzieren soll, das bleibt ein Geheimnis.

Ein weiteres Problem ist, dass die jetzigen Honorarsteigerungen ausschließlich aus dem Etat der Volkshochschule und der Musikschule kommen. Die Einrichtungen müssen das, wie es so schön vonseiten des Senats heißt, selbst erwirtschaften.

Wir, DIE LINKE, finden, jetzt ist die Politik gefragt, hier finanziell nachzulegen. Ein "Weiter so" bis zum Jahr 2020 können wir nicht akzeptieren. Die Honorarkräfte haben eine faire Bezahlung nicht übermorgen verdient, denn sie warten auf diese Honorarerhöhung schon seit vorvorgestern. Deshalb brauchen wir eine deutliche Anhebung der Honorare auf 30 Euro bis zum Jahr 2019, Maßnahmen zur sozialen Absicherung und mehr Festanstellungen, denn nur das sind sichere Arbeitsverhältnisse.

Ich komme zum Schluss: Es ist richtig, die Debatte in der Kulturdeputation fortzuführen, aber wir brauchen bei den Haushaltsberatungen in der Dezember-Sitzung ein Bekenntnis für die Honorarkräfte durch zusätzliche Mittel für die VHS und die Musikschule. Wenn diese nicht kommen, dann akzeptiert die Regierung für weitere zwei Jahre die prekären Beschäftigungsbedingungen in diesem Bereich, und das wäre fatal! - Vielen Dank!

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Kohlrausch.

Abg. Frau Kohlrausch (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! "Beschäftigungsverhältnisse an Volkshochschule Bremen und Musikschule verbessern", grundsätzlich befürworten das auch die Freien Demokraten. Allerdings sehen wir die Problematik differenzierter als in dem vorliegenden Antrag dargestellt und können ihm so nicht zustimmen. Deswegen werden wir uns bei der Abstimmung enthalten.

Bei den Arbeitsverhältnissen geht es um mehr soziale Absicherung, mehr nachhaltige Beschäftigung und vor allem um signifikant höhere Stundenlöhne. Dabei muss man bedenken, dass nicht alle Beschäftigen eine Festanstellung wünschen. Einige ziehen eine freiberufliche selbstständige Tätigkeit vor. Als Honorarkraft - also Freiberufler beziehungsweise Selbstständiger - genießt man ein deutlich höheres Maß an Selbstbestimmtheit, also mehr Flexibilität, Mobilität und Entscheidungsfreiheit, welchen Job oder welche zusätzlichen Jobs man wann, wo und wie ausüben möchte. Nachteile liegen hier unter anderem in der fehlenden staatlichen Pflichtabsicherung, somit muss hier eigeninitiativ privat vorgesorgt werden. Das funktioniert natürlich nur, wenn ausreichend verdient wird. Deswegen unterstützen wir die Forderung nach einem fairen und marktgerechteren Stundenlohn.

Jedoch sollte man Art und Umfang der Förderung und Erwartungen nicht überziehen. Der Trend, gerade in den staatlichen Kulturbetriebsstätten VHS, Stadtbibliothek und Musikschule, geht ganz bewusst von einem Mix von Festangestellten und von den flexibler einsetzbaren Honorarkräften aus. Ein zu starker Anstieg der Personalkosten durch einen zu schnellen und zu hohen Anstieg der Stundenlöhne für Honorarkräfte führt zwangsläufig dazu, dass weniger Honorarkräfte beschäftigt werden können. Die Freien Demokraten fordern, dass endlich ressortübergreifend geplant wird, sodass Kulturaufgaben, Bildungsaufträge oder Integrationsprozesse durch gemeinsame Budgetmittel aus den Ressorts Bildung, Soziales und Kultur getragen werden können.

(Beifall FDP)

Auch sollten die bisherigen Geschäftsmodelle der Betriebsstätten überdacht werden, dies gilt vor allem für die Musikschule. Dazu werden wir Vorschläge machen.

Eine ausreichend moderate Steigerung der Stundensätze in mehreren Stufen ist aber auf jeden Fall zumutbar und sollte angegangen werden. Dies ist auch deshalb wichtig, um gegenüber den sogenannten freien Musikschulen keine Argu-

mente zu liefern, dass hier monopolitisch subventioniert wird und somit keine faire Wettbewerbssituation vorherrscht. Zusätzlich sollte es das Ziel sein, den Honorarkräften rechtzeitig Zukunftsperspektiven aufzuzeigen und sie nicht bis zum Ende der Sommerpause im Ungewissen zu lassen.

(Beifall FDP)

Angestellte mit langjährigen Verträgen sollten eine Chance auf Festanstellung bekommen.

Die Freien Demokraten wissen, dass die Beschäftigten der Volkshochschule Bremen und der Musikschule Bremen eine sehr wichtige Arbeit leisten, und sie werden sich dafür einsetzen, dass sich die Arbeitssituation der Beschäftigten bessert, aber sie erwarten eine differenzierte Betrachtung der Situation. - Ich danke Ihnen!

(Beifall FDP)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. Rohmeyer (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch den Antrag der Linkspartei haben wir heute ein Thema, das uns in der Kulturdeputation ja schon seit vielen Jahren - -.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Quält!)

Ja, es quält tatsächlich Menschen, Herr Tschöpel Ich wollte "begleitet" sagen, aber ich will da an Frau Kohlrausch anschließen, DIE LINKE spricht hier ein Thema an, das so pauschal nicht für alle gilt, aber für viele Dozenten in beiden Eigenbetrieben ist es doch eine prekäre Situation, eine Situation der Selbstausbeutung, eine Situation – man kann sich so hinsetzen und "quält" in den Raum rufen, Herr Tschöpel -, die in den letzten zehn Jahren rot-grüner Koalition hier in Bremen um keinen Deut verbessert wurde. Die letzte Erhöhung fand unter einem CDU-Kultursenator in der Großen Koalition statt, das will ich auch noch einmal eben ganz kurz sagen, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Die Situation der Beschäftigten ist eine Situation, die man eben nicht über einen Kamm scheren kann. Darum ist es gut - und sicherheitshalber beantrage ich das noch einmal ganz formell -, dass wir diesen Antrag in die Kulturdeputation überweisen.

Wir müssen hier nämlich sehen, es gibt Beschäftigte, die an der Musikschule und an der Volkshochschule einige Stunden im Nebenerwerb ableisten, und es gibt solche, die das in Vollzeit machen. Wer das in Vollzeit macht, ohne dass Vorund Nachbereitung auch nur ansatzweise honoriert werden, und auf einmal ein kleineres Deputat bekommt, der muss dann sehen, wo er bleibt. Die Frage ist ja nicht, ob die Leitung der Volkshochschule das nicht will. Frau Dr. Schoefer, die Direktorin der Volkshochschule Bremen, setzt sich mit Vehemenz unter enorm schwierigen Rahmenbedingungen, die die Volkshochschule selbst hat, dafür ein, die Situation der Dozentinnen und Dozenten zu verbessern. Ich glaube aber, es wird nicht gehen, dass man den Satz auf 35 Euro erhöhen kann, die im Antrag genannt werden, das ist der Satz, der vom Bund für die Kurse, die vom Bund zu 100 Prozent finanziert werden, erstattet wird. Das ist auch perspektivisch unter den Rahmenbedingungen vermutlich überhaupt nicht leistbar, das ist eben der Unterschied zwischen einer soliden Haushaltspolitik, die der Bund macht, und einer Haushaltspolitik, die Bremen hier zu verantworten hat. Da sieht man einfach, wie die Unterschiede sind.

Wenn man Geld zur Verfügung hat, dann kann man auch seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angemessen bezahlen. Wir müssen uns hier in Bremen auf einen mühsamen Weg machen, damit die guten Kräfte, die da sind, sich eben nicht wegbewerben, damit sich an der Volkshochschule und der Musikschule engagierte Kräfte nicht woanders nach besser bezahlten Jobs umsehen und uns hier weiter erhalten bleiben.

Bei der Musikschule haben wir eine noch etwas andere Situation. Damit werden wir uns in nächster Zeit ohnehin noch intensiver beschäftigen, glaube ich, wir haben ja erfahren, dass das Kulturressort plant, den Eigenbetrieb Musikschule in der Form abzuwickeln und wieder zu einer Abteilung der Kulturbehörde zu machen. Da bin ich immer skeptisch, da müssen wir uns noch ganz andere Gedanken machen, denn ein Teil der Arbeit der Musikschule könnte, wie ich meine, noch viel intensiver mit der Arbeit der Schulen verzahnt werden, wo wir große Probleme im Musikunterricht haben. Wie man das machen kann, dafür müssen wir uns einerseits über die finanzielle Situation der Beschäftigten, andererseits aber tatsächlich noch einmal über die Struktur unterhalten. Allerdings halte ich nichts davon, daraus eine Abteilung der Kulturbehörde zu machen, sondern ich habe dazu noch ganz andere Gedanken. Dafür reichen aber fünf Minuten Redezeit in dieser Debatte hier im Moment nicht.

Ich will noch einmal deutlich sagen, das Kulturressort wird es, ohne dass es mehr Geld für diesen Bereich auf den Tisch legt, nicht schaffen, dass das gute Angebot, das die Volkshochschule Bremen und die Musikschule Bremen der ganzen Stadt machen, weiter aufrechterhalten werden kann. Man wird es nicht allein auf die beiden Einrichtungen abwälzen können.

Ich bin sehr gespannt, welches Engagement der Herr Kultursenator an dieser Stelle an den Tag legen wird, denn hier gibt es eine Verantwortung des Kulturressorts und des Kultursenators, und ich würde mich freuen, wenn er dieser Verantwortung im Senat und in der Bürgerschaft irgendwann in dieser Legislaturperiode zum ersten Mal gerecht werden würde. - Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bolayela.

Abg. Bolayela (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sowohl die Volkshochschule als auch die Musikschule Bremen sind Eigenbetriebe der Stadtgemeinde Bremen, die mit großem Engagement einen großen kulturellen, aber auch sozialen und bildungspolitischen Beitrag in unserer Stadt leisten. Mit ihren mehr als 100 Beschäftigten trägt die Musikschule Bremen zur musikalischen und kulturellen Bildung von rund 3 000 Schülerinnen und Schülern bei und führt mit ihrer täglichen Arbeit Bremerinnen und Bremer jeden Alters an die Musik heran. Dabei bietet sie ein breit gefächertes Angebot für fast alle Instrumente, und das nicht nur für Anfänger und Fortgeschrittene, sondern bis hin zur studienvorbereitenden Ausbildung.

Die Volkshochschule Bremen ist Weiterbildungs-, Kommunikations- und Begegnungsstätte für alle Menschen in unserer Stadt, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft. Mit ihrem breit gefächerten Angebot bietet sie nicht nur ein niedrigschwelliges und bezahlbares Bildungsangebot in den Stadtteilen, sondern fördert mit ihren rund 900 Dozentinnen und Dozenten darüber hinaus auch den Dialog und die Verständigung in unserer Gesellschaft. Hier leisten die Dozentinnen und Dozenten eine qualitativ gute Arbeit, die auch dementsprechend deutschlandweit honoriert werden soll. An dieser Stelle möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Volkshochschule und der Musikschule Bremen meinen Dank aussprechen!

(Beifall SPD)

Mit Blick auf die aktuelle Flüchtlingssituation kommt der Volkshochschule Bremen darüber hinaus in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine wichtige Aufgabe bei der Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur an Geflüchtete zu. Also, die Volkshochschule ist hier eine der wichtigsten Adressen für Erwachsenenbildung, besonders für die neuen Bremerinnen und Bremer, die die deutsche Sprache und unsere kulturellen Gepflogenheiten erlernen wollen.

Meine Damen und Herren, die Angebote sowohl bei der Musikschule als auch bei der Volkshochschule Bremen werden dabei in weiten Teilen von Honorarkräften durchgeführt. Trotz der gesellschaftlich wichtigen und wertvollen Arbeit befinden sich Honorarkräfte leider nicht selten in einer prekären Situation, und diese Situation ist deutschlandweit bekannt. So ist beispielsweise die Höhe der Honorare oftmals nicht mit der Bezahlung von fest angestellten Lehrkräften mit ähnlicher Qualifikation und Tätigkeit vergleichbar. Gleichzeitig müssen sie ihre Sozialversicherungsbeiträge oft allein schultern, weil es hier um Freiberufler und Nebenjobs geht. Darum brauchen wir dringend eine Sozialkasse auf Bundesebene für Beschäftigte in der Weiterbildung.

Die wichtige Arbeit der Lehrkräfte an den Musikschulen und an der Volkshochschule müssen wir anerkennen und wertschätzen.

(Beifall SPD)

Deshalb gilt es auch, die Löhne und Beschäftigungssituationen an beiden Einrichtungen regelmäßig zu überprüfen. Darüber haben wir auch in der Deputation miteinander gesprochen. Auch Vertreterinnen und Vertreter der Honorarkräfte waren dabei, und es war ein gutes Gespräch.

Wir bleiben dabei, meine Damen und Herren, die prekäre Situation der Honorarkräfte ist uns in Deutschland bekannt, das ist kein typisches Bremer Problem. Vor ein paar Monaten gab es eine kleine Erhöhung des Honorars hier in Bremen, das ist schon erwähnt worden. Das ist zwar ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein, aber es zeigt, dass wir daran arbeiten und im Dialog sind, um die Situation der Honorarkräfte hier in Bremen und Bremerhaven zu verbessern.

Da es sich bei dem Antrag der LINKEN um einen Haushaltsantrag handelt, setzen wir uns für eine Überweisung in die städtische Deputation für Kultur ein, um ihn dort fachlich weiter zu beraten und einen geeigneten Weg für die Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse an der Volkshochschule Bremen und der Musikschule Bremen zu finden. - Vielen Dank!

(Beifall SPD)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort unser neuer Kollege, der Abgeordnete - ich hoffe, ich spreche es richtig aus! - Pirooznia.

(Beifall)

Abg. Pirooznia (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist meine erste Rede, und ich freue mich sehr, gleich über ein so wichtiges Thema debattieren zu können. Vieles wurde bereits von den Kolleginnen und Kollegen Vorrednern angesprochen, daher werde ich mich jetzt kurzfassen. Es geht hier um so wichtige Themenfelder wie gerechte Bezahlung, Teilhabe und lebenslanges Lernen, das ist ein urgrünes Thema. Es ist richtig, dass eine Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse erfolgen muss, sowohl monetär als auch in Form von Fort- und Weiterbildung. Daher ist die Kraftanstrengung einer Erhöhung der Honorare auf 23 Euro an der Volkshochschule und auf 24 Euro an der Musikschule Bremen ab dem Jahr 2018 ein erster richtiger und wichtiger Schritt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Mit dieser Erhöhung lägen wir im bundesweiten Vergleich im Mittelfeld. Es wurde hier auch bereits angesprochen, es ist keine Bremensie, es handelt sich hier nicht um ein bremisches, sondern ein bundesweites Problem, und das heißt, dass wir dort auch auf Bundesebene stark und aktiv werden müssen. Wir finden es aber auch wichtig und richtig, dass die Honorarkräfte der Volkshochschule und der Musikschule Bremen auch mehr als das verdienen sollen, was wir jetzt für das Jahr 2018 beschlossen haben, jedoch gilt hier die Frage zu klären, wie dieses Mehr finanziert werden soll.

Weiterhin ist das Angebot an niedrigschwelligen Bildungsangeboten sicherzustellen und weiter auszubauen, da leisten die Volkshochschule Bremen und auch die Musikschule Bremen großartige Arbeit. Diese Anstrengungen müssen sichergestellt und weiter ausgebaut werden, um eine breite gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und auch das Ziel des lebenslangen Lernens sicherzustellen. Daher ist eine Überweisung und Weiterbearbeitung dieses Themas in der Kulturdeputation genau der richtige Weg. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsident Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Emigholz.

Staatsrätin Emigholz*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Strunge, Sie haben gesagt, dass die Mitarbeiter der Volkshochschule, insbesondere natürlich die Kursleiter, heute nicht anwesend sein können, weil sie arbeiten müssen. Ich möchte aber doch eine Dame ganz herzlich begrüßen, die heute hier ist: Frau de la Rosa, schön, dass Sie hier sind! Frau de la Rosa gehört zum Sprecherrat und ist auch regelmäßig bei uns zu Gast, um uns ihre Einschätzung zu geben, und das ist sehr wichtig für uns alle.

Meine Damen und Herren, wir sollten eine Lage, die es bundesweit gibt, nicht schönreden. Es gibt natürlich in jeder Initiative für einen Antrag Kerne, um die wir uns ernsthaft kümmern müssen und um die wir uns auch seit Jahren kümmern. Unabhängig von der Farbenlehre wissen viele Kulturpolitiker, dass wir seit Jahren über die drohende Verarmung von Kulturakteuren reden, gerade im freiberuflichen Bereich. Natürlich spielen dort die Honorarkräfte der Volkshochschule und der Musikschule eine Rolle, denn die Lebenswirklichkeit der letzten Jahre hat sich deutlich verändert. Früher hat man Kurse gegeben, um sich etwas dazuzuverdienen, aber heute ist es häufig so, dass Menschen allein auf diese Arbeit angewiesen sind, und das macht qualitativ einen Unterschied in der Finanzierung und der Fürsorge für die Lebensumstände. Das müssen wir berücksichtigen, und das werden wir auch.

Das ist gar nicht so einfach, weil wir gehalten sind, für gleiche Arbeit das Gleiche zu bezahlen, egal, ob jemand sich etwas dazuverdient oder seine Existenz davon abhängt. Da fängt die Krux an. Auch innerhalb der Volkshochschule und der Musikschule gibt es natürlich unterschiedliche, ich möchte nicht sagen Statusgruppen, weil es dem Wert der Arbeit nicht gerecht wird, sondern Gruppen, die nach Arbeitsgebieten und nach Einstiegsqualifikation unterschiedlich bezahlt werden, und das Gefälle ist hoch.

Das, was DIE LINKE in ihrem Antrag angesprochen hat, betrifft den Bereich der Akteure mit den niedrigsten Honoraren. Es ist genau richtig, was auch die Kollegen der anderen Parteien gesagt haben, hier ist eine Differenzierung notwendig, weil wir bei der Bezahlung eine Spannbreite von 20 bis 90 Euro haben. Das muss man auch zur Kenntnis nehmen. Die Streuung ist aber in den unteren Gruppen durchaus signifikant und gerade bei der Volkshochschule sehr groß, und die Systeme, mit denen man dem begegnet, sind sehr unterschiedlich, darauf möchte ich hinweisen.

Es ist auch Teil der bundespolitischen Debatte und wurde erst in einer ersten größeren und umfangreicheren Stellungnahme des Deutschen Städtetages vom August dieses Jahres zusammengefasst, dass die Hereinnahme gerade von Akteuren der Volkshochschule oder der Musikschule in die konventionellen Bildungsträger aufgrund der hohen Integrationsanforderungen zu einer veränderten beruflichen Wirklichkeit geführt hat und nicht mehr wenige, sondern viele Stunden abgeleistet werden zu den Konditionen, die gerade beschrieben worden sind. Dadurch wurde eine durchaus signifikante hat eine Gerechtigkeitslücke aufgemacht, die dazu geführt hat, dass man jetzt zumindest bei den Maßnahmen der Sprachintegration mit einer Forderung von 35 Euro pro Stunde konfrontiert ist, die für die Länder nicht leicht umzusetzen ist.

Dort, wo das BAMF mit fördert, sind wir dabei, aber es darf eigentlich nicht so sein, und es ist ungerecht, wenn wir es nur dort tun, wo wir Kurse haben, die bundesweit durch übergeordnete Initiativen gestützt werden. Jeder sollte von seiner Arbeit leben können, daran müssen wir arbeiten, und das müssen wir auch schrittweise tun.

Nichtsdestoweniger lebt die Volkshochschule vom Konzept her ja gerade dadurch - und das ist auch ihre Programmatik -, dass sich aus der Gesellschaft heraus nicht nur Lehraufträge, sondern auch Fragestellungen ergeben, die eben auch über Akteure mit gerade praktischen Kenntnissen vermittelt werden können und die sich nicht so leicht eingruppieren lassen wie die mit konventionellen Hochschulausbildungen. Das ist das eine. Das trifft auch die Musikschule. Hier müssen wir sehen, dass wir den Anschluss daran gewinnen, damit Menschen, die frei arbeiten, ihre Versicherungsleistungen adäguat leisten können. Dazu gibt es ja auch neuerlich - das ist richtig - aufgrund der aktuellen Entwicklung eine Überprüfung der Rentenversicherung, mit der wir uns noch werden auseinandersetzen müssen.

Unser Ziel ist es, dort, wo Menschen mehr als 50 Prozent Beschäftigung in den Trägern leisten, auch vernünftige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen und anzuerkennen, dass es hier keine Paradiesfelder mehr gibt, sondern dass es dort um reale Beschäftigungsformen geht. Unser Ziel ist es auch, in diesen Bereichen Beschäftigung nachzuvollziehen. In der Volkshochschule wird das zum Teil auch schon jetzt befristet gemacht, wie Sie wissen, die ersten Anstellungen sind für zwei Jahre ausgesprochen worden. Das ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Gleichwohl wird es bei Kursangeboten auch im-

mer diejenigen geben, die Angebote zu freien Honoraren machen, da müssen wir uns über die Größenordnungen unterhalten.

Es ist richtig, bei der Volkshochschule haben wir die Bezahlung immer sukzessive geringer angepasst. Bei der Musikschule machen wir einen größeren Schritt, aber mit diesem Schritt - das hat der Kollege von den Grünen ja gleich hervorgehoben - sind wir beim ersten Blick auf die Zahlen wieder im bundesdeutschen Mittelfeld gelandet. Das ist eingedenk dessen, dass wir uns in der letzten Phase der Sanierung befinden, durchaus ein beachtlicher Schritt für alle Beteiligten.

Bezüglich der Rücklagen und der Ergebnisbildung der einzelnen Häuser sind wir für die Risiken, aber auch für die Ergebnisse verantwortlich. Deshalb müssen wir unter Sanierungsbedingungen natürlich zunächst das Geld heranziehen, das den Einrichtungen zur Verfügung steht, denn gerade die CDU als Wächterin über die Finanzen würde uns komisch anschauen, wenn dort noch 500 000 Euro liegen und wir dort noch etwas ausgeben, und uns fragen, wie ernst wir es eigentlich mit der Sanierung meinen. Solch eine skurrile Debatte hatten wir doch vorher, und dann wird diese ja wohl durchgängig auch für alle anderen Felder gelten und nicht nur partiell einmal für einen Ansatz und für den nächsten Ansatz wieder nicht.

Ich denke, insofern haben wir das mit den Setzungen in diesem Jahr unmittelbar, auch nach der Benachrichtigung des Deutschen Städtetages - wir haben die Benachrichtigung im August formal nach den Beratungen in den Bundesgremien bekommen, hatten im September eine Sitzung des Betriebsausschusses, die sich mit der Thematik beschäftigt hat, und wir werden die letzten Maßnahmen bis zum Ende des Jahres vollzogen haben -, mit einer doch signifikanten Erhöhung und einer Anpassung an die Bundesmittel erreicht. Das Ziel muss außerdem sein, uns insgesamt mit der Lebensperspektive von freien Akteuren im Kulturbereich zu beschäftigen. Dort sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Volkshochschule und der Musikschule wichtige Akteure.

Es gibt aber auch andere, denen unsere Sorge gilt. Allen, die sich in dieser Gesellschaft finden, unter solchen Bedingungen für die Gesellschaft zu arbeiten und einen wichtigen Beitrag zu leisten, gerade den Mitarbeitern dieser Bereiche danke ich für ihr großes Engagement. Die Flüchtlingskrise wäre auch ohne ihre Hilfe schwerer zu bewältigen gewesen, wenn man von einer Krise sprechen möchte. Eigentlich erleben wir gerade

durch die Akteure, die in der Lage sind, Kulturarbeit zu vermitteln und mit Kulturarbeit zu vermitteln, diese Krise als Chance und als Bereicherung. Das sollten wir nicht vergessen, und deswegen zeigt dieses Projekt einmal exemplarisch, was sonst oft vergessen wird: dass das keine niedlichen Einrichtungen sind, die der Menschheit zur Unterhaltung dienen, sondern dass sie einen wertvollen Beitrag zur gesellschaftlichen Bildung und zur Integration leisten. -Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Hier ist die Überweisung des Antrags zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Kultur vorgesehen.

Wer der Überweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft überweist entsprechend.

(Einstimmig)

ZOB Bremen - Zeit zum Handeln, statt zu trödeln!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 4. September 2017
(Drucksache 19/571 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Lohse.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Steiner.

Abg. Frau Steiner (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Jahr 2013 hat die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung den Fernbusmarkt liberalisiert, und das Verbot der Doppelbedienung ist entfallen. Seitdem dürfen Busunternehmen auch Linien anbieten, die die Bahn ebenfalls bedient, lediglich der öffentliche Nahverkehr bleibt geschützt.

Seit dem Jahr 2013 hat sich ganz viel auf dem Markt verändert. Wir erleben einen regelrechten

Boom im Busfernverkehr. Im Jahr 2016 wurden bereits 24 Millionen Menschen mit dem Fernbus befördert. Im Jahr 2012, also vor der Liberalisierung, waren es gerade einmal drei Millionen Passagiere, also eine aberwitzige Wachstumsrate. In den Jahren 2015 und 2016 hat sich das allerdings ein bisschen verändert, und der Markt hat sich konsolidiert. Die Wachstumsraten haben sich damit dann auch ein bisschen verringert.

Der Fernbus ist trotzdem ein Transportmittel, das insbesondere den preisbewussten oder finanzschwachen Menschen, wie etwa den älteren Menschen, Schülern, Studenten und Niedrigverdienern, die Möglichkeit gibt, günstig quer durch Deutschland und auch durch Europa zu reisen. Ich finde es für Bremen extrem schade, dass es dem Senat in den vergangenen Jahren nicht möglich gewesen ist, endlich einen modernen ZOB zu bauen.

Wir stellen uns einen modernen ZOB mit Einkaufsmöglichkeiten, Gastronomie, vernünftigen Warteplätzen - am besten überdacht oder eine Art Glaskokon, wie man es auf einigen Bahnhöfen bereits sehen kann - und natürlich auch ausreichenden und vernünftigen Toiletten, auf die man gehen kann, vor. Die Diskussion eines solchen ZOB zieht sich bereits über Jahre hin, und es passiert leider überhaupt nichts. Zurzeit verhandelt man ja mit Herrn Buhlmann, der sich bereits öffentlich über die mangelnde Geschwindigkeit beklagt hat. Wir finden als Freie Demokraten, dass es jetzt reicht und in Bremen keine weiteren Trends verschlafen werden dürfen!

(Beifall FDP)

Wir fordern den Senat mit unserem Antrag auf, jetzt zu handeln.

Ich will für uns hier auch ganz klar sagen, dass wir eine andere Fläche tatsächlich bevorzugen würden. Wir halten die Fläche vor dem Übersee-Museum für den idealen Standort. Die von manchen Menschen als - ich nenne es einmal so hart, wie die Fläche bezeichnet wird - Pisswiese oder Pinkelwiese bezeichnete Fläche

(Abg. Dr. vom Bruch [CDU]: Na!)

wird nämlich bisher in keiner Weise vernünftig genutzt. Diese Fläche wäre perfekt. Sie verfügt nämlich über eine Anbindung an die Haltestationen der BSAG, an die der Deutschen Bahn, an Carsharingstationen und an die Radstation. Es sind alles Anbindungen, die fußläufig zu erreichen sind und deswegen super für den ZOB. Darum herum befindet sich bereits eine kleine Infrastruktur mit Kiosken, mit Restaurants, und das

City-Center macht ja auch schon allmählich Fortschritte. Also, durch eine gute Architektur kann der Platz endlich angemessen genutzt werden.

Es ist einfach unsäglich, dass der Platz zwischen Bahnhof und Übersee-Museum - und damit die Visitenkarte unserer Stadt - so schlecht dasteht. Dazu kommt, dass die Fläche direkt am Bahnhof das Umsteigen auf andere Verkehrsmittel besonders leicht macht. Mit dieser Fläche wäre ein würdiger Ort für den ZOB gefunden, und für uns ist das jedenfalls der perfekte Ort.

Trotzdem liegt uns vor allem am Herzen, dass es jetzt endlich einmal weitergeht und hier gehandelt wird, denn so, wie es jetzt ist, geht es nicht mehr weiter.

(Beifall FDP)

Der ZOB ist mit seinen Haltestellen, gerade am Breitenweg, für alle Beteiligten gefährlich. Ich weiß nicht, ob Sie dort einmal vorbeigefahren sind, schauen Sie sich das ruhig einmal an: Wartende sitzen halb auf der Straße und halb auf dem Fahrradweg. Wenn Busreisende in den Bus einsteigen, dann können Sie dort als Fahrradfahrer überhaupt nicht mehr vorbeifahren. Der Autoverkehr - selbst wenn Sie mit einer vernünftigen Geschwindigkeit dort vorbeifahren - findet so nah an den Reisenden statt, dass er für alle Beteiligten gefährlich ist, und er ist auch nicht für diejenigen schön, die dort stehen und warten.

Wir finden, dass es dringend Zeit ist zu handeln. Wir finden, dass es wichtig ist, dass das Projekt ZOB - wo auch immer es letztlich realisiert werden soll - bis Mitte 2018 endlich so weit vorangetrieben wird, dass mit dem Bau begonnen werden kann.

(Beifall FDP)

Ich weiß, dass die Zeitleiste bis mit Mitte 2018 als ambitioniert anzusehen ist. Trotz allem, ich glaube, wenn man will, dann kann man das auch schaffen. Es ist machbar, und deshalb hoffen wir hier auf Ihre Unterstützung. - Danke!

(Beifall FDP)

Vizepräsident Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Leidreiter.

Abg. Leidreiter (BIW)*): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Zentrale Omnibusbahnhof in Bremen und seine Neugestaltung sind eine unendliche Geschichte. Sie begann bereits im Jahr 2011.

(Abg. Strohmann [CDU]: Nein, früher!)

Damals beschäftigte sich die zuständige Deputation für Verkehr und Stadtentwicklung zum ersten Mal mit dem Thema ZOB, nachdem sich abzeichnete, dass die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung das Personenbeförderungsgesetz liberalisieren und die Fernbuslinien bundesweit zulassen würde.

Im Jahr 2013 trat die Gesetzesänderung in Kraft. Seitdem erlebt der Fernbusmarkt mit jährlich steigenden Fahrgastzahlen einen Boom. Andere Kommunen haben auf diese Entwicklung längst reagiert und neue moderne Terminals gebaut, die wartenden und ankommenden Fahrgästen Komfort und eine gute Verkehrsanbindung bieten. In Bremen dagegen passiert seit Jahren nichts. Die für Fernbusse vorgesehenen Halteplätze am Breitenweg sind eine Zumutung, vor allem für die Reisenden. Es gibt keine Überdachung, und deshalb sind Kunden, die auf ihren Bus warten, Wind und Wetter ausgesetzt. Außerdem fehlen Sanitäranlagen. Einige Wartende verrichten ihre Notdurft deshalb in den Seitenstraßen zwischen Hotel und Tiefgarage.

Die Autofahrer, die jeden Tag eng an den Reisenden mit Koffern, die den Breitenweg kreuzen, vorbeifahren müssen, sind auch betroffen. Das ist mein täglicher Arbeitsweg, und die Situation ist dort jeden Tag so, sie ist wirklich gefährlich. Herr Senator Dr. Lohse sollte dort vielleicht auch einmal vorbeifahren.

(Senator Dr. Lohse: Ich komme dort auch vorbei!)

Dass es hier noch nicht zu größeren Unfällen gekommen ist, grenzt an ein Wunder.

Weil der Fußweg im Bereich der Haltestellen zudem recht beengt ist, kommen sich Reisende und Passanten ständig in die Quere. Angesichts der katastrophalen Verhältnisse ist es nicht verwunderlich, dass der Bremer ZOB in einem bundesweit durchgeführten Vergleich des ADAC die Note - wir kennen sie ja schon aus der PISA-Studie - sehr mangelhaft erhielt und damit im Ranking den vorletzten Platz belegte. Böse Stimmen unken bereits, dass die Fernbusbetreiber Bremen aus ihrem Streckennetz streichen könnten, weil die Kunden wegen der unzumutbaren Verhältnisse am Breitenweg zunehmend ausbleiben und sich der Betrieb der aus Bremen abgehenden Linien nicht mehr rechnet.

Es gibt mittlerweile einen parteiübergreifenden Konsens in Bremen, dass der ZOB das zentrale Verkehrsplanungsproblem im Innenstadtbereich ist, das es möglichst rasch zu lösen gilt. Selbst Grünen-Chef Ralph Saxe hat vor einigen Monaten eingeräumt, dass die Fernbushaltestelle am Breitenweg nicht einmal mehr als Übergangslösung akzeptabel sei. Saxes Parteikollege Joachim Lohse, Herr Senator Dr. Lohse, sieht die Situation dagegen deutlich entspannter und scheint als zuständiger Verkehrssenator keinen gesteigerten Drang zu verspüren, das Projekt Bremer ZOB zu beschleunigen.

Vor nunmehr drei Jahren hat das Verkehrsressort auf der Grundlage eines Gutachtens ein Gelände hinter dem Übersee-Museum als geeigneten Standort für den neuen Omnibusbahnhof auserkoren. Seit zwei Jahren wird mit dem Eigentümer des Areals, einem Immobilienunternehmer aus Schwachhausen, verhandelt. Er hat sich kürzlich öffentlich über den schleppenden Verlauf der Gespräche beklagt und unter anderem kritisiert, dass der Senat bis heute nicht entschieden habe, ob die Stadt das Gelände kaufen oder pachten wolle, obwohl für beide Optionen Angebote auf dem Tisch liegen würden.

Die Verzögerungstaktik des Senats hat bereits negative Folgen für die lokale Wirtschaft. Unternehmen, die auf dem Gelände ansässig sind und bei der Realisierung des Projekts weichen müssten, zeigen sich verunsichert und stellen geplante Investitionen zurück. Arbeitsplätze und Steuereinnahmen werden somit gefährdet. Der wichtigste Grund, warum es in Sachen ZOB nicht vorangeht, ist die Hybris der Verkehrsbehörde, die nach eigenen Aussagen an einer großen Lösung, sprich an einer Gesamtkonzeption, für die Bahnhofsvorstadt bastelt.

Es geht also nicht allein um einen neuen zeitgemäßen Fernbusbahnhof mit Serviceräumen, das wäre ja auch zu einfach. Nein, man will gleich noch ein Parkhaus und ein Hotel auf dem Gelände errichten. Dafür müssten aber zunächst einmal geeignete Partner gefunden werden. Dadurch wird das Projekt immer komplexer. Entsprechend groß ist der Zeitaufwand für eine Planung und die spätere Umsetzung des Bauvorhabens. Herr Polzin geht davon aus, dass der neue ZOB im Jahr 2020 in Betrieb gehen wird. Wer das behäbige Vorgehen roter und grüner Entscheider bei Großbauprojekten kennt, der ahnt, dass dieser Termin nicht mehr als ein frommer Wunsch ist. Wann sollte gleich der Berliner Hauptstadtflughafen, BER, laut Aussage der damaligen SPD-geführten Regierung Wowereits ursprünglich an den Start gehen? Richtig, im Jahr 2011! Der Airport ist bis heute nicht eröffnet. Vielleicht können wir es in Bremen toppen, wer weiß!

Selbst wenn es tatsächlich gelingen sollte, den ZOB bis zum Jahr 2020 fertigzustellen, müssten

die katastrophalen Zustände am Breitenweg weitere drei Jahre in Kauf genommen werden. Das kann und darf den Fahrgästen nicht zugemutet werden. Den von der FDP vorgeschlagenen alternativen Standort für den ZOB auf der jetzigen Grünfläche vor dem Übersee-Museum halten auch wir Bürger in Wut für die bessere Wahl.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Allerdings wäre die Prüfung dieses und gegebenenfalls weiterer möglicher Standorte zeitaufwendig, sodass das Projekt weiter verzögert werden würde. Deshalb sollte man an der vom Senat favorisierten Standortlösung festhalten, den Ablauf aber deutlich beschleunigen und insbesondere die Gespräche mit dem Grundstückseigentümer endlich zum Abschluss bringen.

(Glocke)

Vorletzter Satz: Wenn der Verkehrssenator auf einem umfassenden Konzept zur Umgestaltung des Bahnhofareals beharrt, dann ist das für uns nur akzeptabel, wenn für den Fernbusverkehr bis zur Eröffnung des neuen ZOB eine Übergangslösung gefunden wird. Die Aussage von Herrn Polzin, dass es eine solche Lösung in Bremen nicht geben würde, lassen wir nicht gelten. Jeder temporärere Ersatzstandort ist für die Fernbushaltestellen besser als der Breitenweg. Wir Bürger in Wut erwarten, dass die Verkehrsbehörde der Stadtbürgerschaft kurzfristig einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall BIW)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Sprehe.

Abg. Frau Sprehe (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Fernbusverkehr hat große Veränderungen erfahren, wie schon gesagt worden ist, seit der Liberalisierung im Jahr 2013. Früher fuhren wenige Linien ab dem ZOB oder Busbahnhof, hauptsächlich waren es Urlaubsbusse, und die Fahrgäste gehörten meist zur älteren Generation. Das hat eine radikale Änderung erfahren. Die Kundschaft sind jetzt meist junge Nutzer, es gibt ein umfangreiches überregionales und auch preiswertes Busnetz über die gesamte Bundesrepublik. Klimatechnisch ist es natürlich besser, mit dem Bus zu reisen, als mit dem Auto allein. Noch besser wäre natürlich die Nutzung der Eisenbahn, die auch direkt nebenan ist.

(Beifall SPD)

Der heutige Busbahnhof entspricht nicht mehr den Anforderungen. Ich denke, darüber sind wir uns hier alle einig. Die Lage direkt am Breitenweg ist schwierig. Die Kapazität der Bushaltepunkte ist nicht ausreichend, die Ausstattung - keine Wartehäuschen, keine Toiletten - ist wirklich mangelhaft, auch in meinen Augen. Wir sind uns, denke ich, wie schon gesagt, einig, dass eine Verlagerung des ZOB unumgänglich ist.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Im Gegensatz zu meinen Vorrednern weiß ich, dass es weit fortgeschrittene Planungen einer zentralen Verlegung des ZOB hinter dem Fruchthof mit einer guten Anbindung an den ÖPNV und die Deutsche Bahn gibt.

(Abg. Strohmann [CDU]: Eigenlob!)

Finde ich auch! Gut, dass Sie uns so loben!

Fakt ist, dass Grundstückseigentümer für ihre Interessen hoch pokern. Dies ist durchaus legitim, aber in Bremen ist es haushalterisch natürlich nur bedingt möglich, auf diese Forderungen einzugehen, und diese schwierigen Verhandlungen verlängern derzeit die Planungsphase. Ein neuer ZOB besteht nicht nur aus der Verlegung der Bushaltestiege. Es entstehen dort auch ein Parkhaus, ein Hotel, Gastronomie, man kann dort einkaufen, und selbstverständlich ist auch die wichtige Toilettenbenutzung dort möglich. Die FDP hat wieder einmal als alternativen Standort das Uberseemuseum ins Spiel gebracht. Diese letzte vorhandene Freifläche aber zu verbauen und den starken Bus- und auch Pkw-Zubringer- und Abholverkehr um das Überseemuseum herum dorthin zu verlagern, ist meines Erachtens stadtplanerisch ein Desaster.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Es ist einfach kein großer Wurf. Ich gebe zu, die Gestaltung dort mit der Rasenfläche ist manchmal etwas schwierig, gerade mit der Klientel, die dort herumläuft, aber allein die Vorstellung, dass dort tatsächlich Busse halten und fahren und eben auch, wie gesagt, dieser Pkw-Zubringerund Abholverkehr den ganzen Tag über stattfindet auf dieser letzten Freifläche, das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. Die Fläche hinter dem Fruchthof ist die richtige Fläche für den ZOB.

(Beifall SPD)

Zu Punkt 4 des Antrags der FDP kann ich nur sagen, dass eine Berichtsanforderung keines Beschlusses der Stadtbürgerschaft bedarf. Das ist gelebte Praxis in der Bau- und Verkehrsdeputation. Die Fraktion der SPD wünscht dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ein gutes Händchen für die weiteren Verhandlungen, damit wir nun auch wirklich schnell den notwendigen ZOB an der Stelle bekommen, an der er verkehrstechnisch auch am besten hingehört, nämlich hinter den Fruchthof. Den FDP-Antrag müssen wir deshalb ablehnen, aber wie gesagt, wir wären froh, wenn auch wir recht schnell eine Grundsteinlegung des ZOB beim Fruchthof erleben könnten. - Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Strohmann.

Abg. Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Sprehe und Herr Leidreiter, ich mache Ihnen keinen Vorwurf, Sie sind ja noch nicht so lange dabei. Das Drama begann schon viel früher.

(Abg. Güngör [SPD]: Seitdem Sie im Parlament sind!)

Bereits dieses Objekt, wie es gebaut wurde vor dem CinemaxX und dann am Breitenweg - das wurde ja dann einmal irgendwann getauscht - war von vornherein keine optimale oder gute Lösung. Das muss man sagen, man muss aber fairerweise auch erwähnen, die Grundvoraussetzungen in den Neunzigerjahren, als die Planungen begannen, waren andere. Es hat noch keiner, sage ich einmal, mit dieser rasanten internationalen Entwicklung des Busverkehrs gerechnet. Es waren mehr Seniorenreisen, dafür hat es gereicht, aber was dann anfing, dazu besteht eine alte Forderung. Ich bin ja nicht nur verkehrspolitischer, sondern auch seniorenpolitischer Sprecher.

(Zurufe: Oh!)

Ja, ja! Ich bin übrigens der Einzige hier, der auch jedes Mal zur Delegiertenversammlung geht.

(Beifall CDU)

Sonst hat das Herr Schmidtmann immer gemacht, aber der ist jetzt kein Abgeordneter mehr, er ist ja jetzt sogar darin vertreten.

(Abg. Frau Dr. Schaefer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, eben!)

Jedenfalls kenne ich daher die Thematik. Es geht jetzt auch einmal darum, wie Abgeordnete mit Senioren umgehen, und dieser Zustand am ZOB ist ein Thema seit gefühlt 15 Jahren, würde ich einmal sagen. Was dann ab 2008, 2009, 2010

passierte, ist im Grunde genommen so das klassische Versagen von Rot-Grün.

(Zurufe: Oh!)

Ja, weil Sie nur reagieren und nur Mangelwirtschaft betreiben! Das werden wir morgen ja auch noch einmal bei den Schwerlasttransporten debattieren. Es war von vornherein, seit Anfang der Jahre 2009, 2010, klar, dass sich der Busmarkt liberalisiert, dass wir einen enormen Zuspruch haben werden. Wir haben uns nicht darauf vorbereitet. Als Fraktion der CDU haben wir damals eine Große Anfrage gestellt, da wurde geantwortet, wie Sie es immer tun, wie Herr Senator Dr. Lohse es gleich machen wird, Herr Saxe, wie Sie es morgen auch beim Thema Schwerlasttransporte machen werden, nach dem Motto "Alles gut, alles nicht so schlimm!". Was Sie da machen, ist doch alles Quatsch!

Was ist das Ergebnis gewesen? Weil Sie nicht vorankamen, endlich Entscheidungen zu treffen wir bauen einen ZOB am Fruchthof! -, ist ein schlauer Investor gekommen, hat dieses Grundstück gekauft und will es Ihnen jetzt teuer verkaufen. Hätten Sie nicht so geschlafen ab dem Jahr 2010, hätten wir diesen ZOB schon zu einem ganz anderen Preis, und wir hätten selbst bestimmen können, was wir dort haben wollen. Jetzt werden Sie gleich wieder erzählen, ja, das ist alles ganz schwierig. Was erwarten Sie denn? Ich meine, wenn Sie sehen, was da passieren wird, und dann kommt ein Investor, kauft das Grundstück und sagt, ja, ihr könnt es gern haben, aber das kostet ein bisschen Geld: Das ist doch normal, das ist unternehmerisches Handeln. Das Grundproblem, das Sie immer haben, ist nämlich, dass Sie darüber nicht verfügen.

(Beifall CDU, FDP, BIW)

Deswegen geht mir diese Diskussion ein wenig -. Ich finde es auch gut von der FDP, diesen Antrag zu stellen, dann können wir einmal darüber reden, aber auch dies, Frau Sprehe, was Sie sagen, wir hoffen, wir könnten, wir machen: Wir hätten das schon alles haben können, wenn wir eine vernünftige Regierung hätten!

(Beifall CDU, FDP, BIW)

Das muss man sagen. Dann wäre den Senioren geholfen, wir hätten mehr Städtetouristen, und wir hätten eine Infrastruktur.

In die Verhandlungen mit dem Investor wäre ich auch ganz anders gegangen. Ich meine, wie kann man in eine Verhandlung gehen und sagen, wir möchten den ZOB unbedingt an diesem Standort? Warum haben wir denn nicht gespielt - ich

wurde ja dafür gescholten - und gesagt, okay, Investor, schön, dass du das Grundstück gekauft hast, wir würden gern mit dir da etwas machen, müssen aber nicht, wir können uns auch vorstellen, den ZOB am Flughafen oder sonst wo in dieser Stadt zu bauen! Dann hätte man eine ganz andere Position gehabt.

(Abg. Leidreiter [BIW]: Das stimmt!)

Aber nein, die Personen, die das einmal für diese Verhandlungen angeführt haben, wurden ja von Ihnen gescholten, und dann hat der Investor gesagt, na, das ist ja prima, sie müssen auf alle Fälle, dann brauche ich das nur auszusitzen. Ein bisschen Geld hat er wahrscheinlich, um das einmal ein paar Jahre aussitzen zu können. Die Dummen sind wieder leider die Steuerzahler. Ich hoffe aber dennoch, dass wir zwar jetzt eine ein bisschen teurere Variante bekommen, weil Sie in den letzten Jahren geschlafen haben, aber dass wir endlich eine Variante bekommen, denn der Bustourismus und auch die nationalen und internationalen Verkehre werden sich weiterhin positiv entwickeln. Ich sage Ihnen ehrlicherweise, ich bin froh, dass angesichts dieses Zustands am Breitenweg dort noch nichts passiert ist. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU, FDP, BIW)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Saxe.

Abg. Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es kommt mir immer so vor, als ob die Einzigen, die Betriebswirtschaft studiert haben, Mitglieder der CDU seien.

(Beifall CDU)

Wir haben auf dieser Seite genug Leute, die sich mit diesen Themen sehr gut auskennen. Ich kann mich an betriebswirtschaftliche Irrtümer, auch unter CDU-Regierungen, erinnern, die weitaus gravierender waren als das, was Sie uns jetzt heute vorwerfen. Ich gebe aber zu, dass es nicht optimal gelaufen ist. Ich hätte mir auch gewünscht, dass wir damit schneller vorangekommen wären. Das habe ich auch gesagt. Ich finde, das ist ein Infrastrukturprojekt, das ganz wichtig ist. Wir hätten schneller auf die Veränderung des Fernbusmarkts reagieren müssen. Hätte, hätte Fahrradkette!

Es ist nicht so gewesen, dass wir dem Investor gesagt haben: Investor, es gibt nur dieses eine Grundstück, und wir sind bereit, jeden Preis zu

bezahlen. Eben nicht! Es ist vielmehr so gewesen, dass wir nach wie vor die anderen alternativen Standorte im Spiel gelassen haben. Die FDP möchte uns nun genau auf das festlegen, was Herr Strohmann gerade als eine unglückliche Verhandlungstaktik vorgelegt hat. Ehrlich gesagt, die FDP begreife ich nicht. Was wollen Sie denn nun eigentlich? Wollen Sie, dass wir uns bis zum Jahr 2017 festlegen?

(Abg. Frau Steiner [FDP]: Wir wollen, dass das Ding fertig wird!)

Oder wollen Sie, dass wir bis 2017 andere Standorte prüfen? Beides, wie in Ihrem Antrag formuliert, geht nun einmal nicht.

Bremen ist ein Haushaltsnotlageland, das ist doch auch völlig klar.

(Abg. Frau Steiner [FDP]: Wir können ja getrennt abstimmen, wenn Sie einzelnen Punkten zustimmen können!)

Wir stimmen dann getrennt gegen alle Beschlusspunkte, weil ich Ihnen darlegen werde, dass sie bis auf den letzten Punkt tatsächlich unsinnig sind! Wir können es uns in unserer Haushaltslage gar nicht leisten, uns jetzt schon festzulegen und zu sagen, lieber Investor, wir kaufen das Grundstück zu jedem Preis, egal, wie hoch er ist. Das werden wir nicht tun. Wenn die Verhandlungen scheitern, dann werden wir im Zweifelsfall sagen, Investor, wir haben an diesem Grundstück kein Interesse, wir suchen uns eine Alternative. Die Alternativen sind schon längst geprüft worden, es sind drei andere Alternativen vorhanden.

Ihren Vorschlag finde ich total putzig. Stellen Sie sich einmal dieses wunderbare Übersee-Museum vor, und vor diesem Museum bauen Sie einen Fernbusterminal! Man wird von dem Übersee-Museum kaum noch etwas sehen können, denn der Fernbusterminal hat auch ein Dach. Ihr Vorhaben ist städtebaulich in einer Stadträumlichkeit, in der wir ja - und es ist ja schon viel Kritik geäußert worden -, Freiräume im Bereich um den Bahnhofsvorplatz verlieren, eine Katastrophe. Für mich sind Freiräume um einen Bahnhof herum etwas ganz Essenzielles.

Diese Stadtbürgerschaft hat auch schon erkannt, dass die Fläche nicht optimal genutzt ist. Ich weiß gar nicht, ob sich alle Abgeordneten noch daran erinnern, dass wir einen Antrag verabschiedet haben, in dem wir uns dafür ausgesprochen haben, das Bahnhofsumfeld aufzuwerten. Das sollte nach der Baustelle in Angriff genommen werden, weil wir erst abwarten wollten, wie sich der Bereich entwickelt. Wir haben uns natürlich

mit diesem Grundstück beschäftigt, das eine ganz besondere Qualität als Freifläche für die Aufenthaltsqualität haben kann, aber auch als eine Räumlichkeit, in der man Gastronomie entwickeln kann. Das ist für mich um den Bahnhof herum ein ganz wichtiger Ort. Auf diesem Grundstück den Fernbusterminal zu errichten, wäre wirklich so, als ob wir die Bahnhofsvorstadt vorsätzlich verschandeln wollten, und deswegen wollen wir das nicht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wir befinden uns in einem fortgeschrittenen Stadium der Verhandlungen. Es ist eine mit den Vorstellungen des Investors abgestimmte städtische Planung vorhanden. Es ist also nicht so, dass bisher nichts unternommen worden ist. Es sollen eine Garage und ein Hotel errichtet werden, den Standort hat Frau Sprehe gerade eben schon erwähnt. Ich hoffe und wünsche mir, dass wir jetzt zu einer zügigen Lösung kommen, entweder sagen wir, nein, Investor, die geforderte Summe zahlen wir nicht, und dann machen wir etwas anderes, oder aber wir machen das. Tatsächlich dauert auch mir das Ganze viel zu lange.

Völlig unrealistisch ist es - Sie haben gesagt, vielleicht ist es bei gutem Willen möglich - bei den Gepflogenheiten, die üblich sind, dass wir bis 2018 den Grundstein legen und anfangen zu bauen. Das ist ein so großes Bauprojekt, dass es europaweit ausgeschrieben werden muss. Gott sei Dank haben wir hier in Bremen auch die Tradition, dass wir zum Beispiel die Beiräte beteiligen, damit es dann insgesamt ein stimmiger Prozess wird. Ich warne davor, auch nur zu versuchen, einen Baubeginn Mitte des Jahres 2018 erreichen zu wollen. Ich möchte, dass es ein gutes Projekt wird, das der Stadtentwicklung am Ende nützt.

Ich habe auch gesagt, dass mir das Ganze zu lange dauert. Ich habe immer wieder nachgefragt, warum das nicht schneller geht, denn auch ich sehe die Probleme am Breitenweg. Ich habe aber wahrgenommen, dass von den Verantwortlichen, die die Verhandlungen führen - und das ist eben nicht nur das Bauressort, sondern es ist ein ganz anderes Ressort federführend zuständig, diese Verhandlungen zu führen -, die Verhandlungen verantwortlich geplant worden sind, dass verantwortlich verhandelt und das auch gut kommuniziert worden ist. Ich freue mich sehr, dass der fertige Fernbusterminal dann ganz bald dort steht, und ich bin auch bereit, dafür einen Sekt aufzumachen. - Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD - Zurufe: Oha!)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren die Fragen: Wie kommen wir schneller zu einem ZOB in der Nähe des Bahnhofs? Warum brauchen wir eigentlich einen ZOB? Warum dauert das so lange? Gibt es eigentlich Alternativen? In diesem Zusammenhang fand ich die Äußerungen des Kollegen Strohmann interessant, der Grundstücksspekulationen als ganz normales Geschäftsgebaren darstellte. Schön! Er hat aber auch kritisiert, dass staatliches Handeln eine solche Spekulation - oder ganz normales Gewinnstreben? - möglich gemacht hat. Mich interessiert, wie wir damit in Zukunft umgehen.

Wir verkaufen regelmäßig Grundstücke an Investorinnen und Investoren. Manchmal sagen wir von den LINKEN auch, nein, das Grundstück sollten wir lieber selbst behalten, weil es Perspektiven hat. Ich bin einmal gespannt, wenn wir wieder eine entsprechende Debatte im Haushalts- und Finanzausschuss haben, wie sich die CDU aus der Erkenntnis heraus, dass es manchmal klüger ist, ein Grundstück nicht zu veräußern, weil man es später teuer kaufen muss, verhält.

Ich will nur noch einmal anmerken, dass die Liberalisierung des Busverkehrs auch nicht der verkehrspolitisch allerbeste Wurf gewesen ist, weil die Bedingungen, unter denen jetzt die Busfahrten stattfinden, und die Tatsache, dass sie deutlich günstiger als andere Verkehrsmittel sind, eher fragwürdig sind.

Wir meinen zum Beispiel zu wissen, dass die Busfahrerinnen und Busfahrer, die diese Busse fahren, nicht so besonders gut bezahlt werden, wie sie eigentlich bezahlt werden müssten. Wir wissen, dass die Befreiung von der Maut auf der Autobahn schwierig ist. Dass sie in direkter Konkurrenz zur Deutschen Bahn stehen, ist vielleicht auch nicht so sinnvoll. Die Umweltbilanz dieser Busse ist auch nicht so klasse, wie man zunächst prognostiziert hat. Im Gegensatz zur Bahn müssen sie nicht die Fahrbahnen unterhalten. Das sind alles Dinge, die schwierig sind.

Dessen ungeachtet haben wir ein Problem: Wir haben jetzt diese Busse, und der ZOB ist kein ZOB, er ist sozusagen eine Lösung, die keine Lösung ist. Es muss etwas anderes her. Die Idee, einen zentralen Omnibusbahnhof ausgerechnet auf der letzten Grünfläche bauen zu wollen, die in unmittelbarer Bahnhofsnähe noch übrig geblieben ist und auf der man die Chance hätte, etwas

anderes als rechts und links Wände zu sehen, finde ich abenteuerlich.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sehe es gar nicht als Problem an, dass dort im Sommer Leute auf den Bänken sitzen und Bier trinken. Das ist dann so. Ich habe damit gar kein Problem, denn sie brauchen auch irgendwo einen Platz, wohin sie gehen können. Sie gehören zu unserer Gesellschaft, und wir brauchen keine klinisch saubere Stadt. Das finde ich ganz falsch. Das sind Dinge, mit denen wir umgehen müssen. Stattdessen dort einen zentralen Omnibusbahnhof bauen zu wollen, Entschuldigung, das finde ich abenteuerlich! Weil das die Intention ist, lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall DIE LINKE)

Neben der möglichst schnellen Errichtung des ZOB auf dem Gelände des Fruchthofs beschäftigt uns, auf welche Weise wir die jetzige Situation zumindest temporär verbessern können. Ist es eigentlich wirklich ein riesiger Aufwand, am Breitenweg weitere Überdachungen zu installieren, sodass die Reisenden, wenn sie warten, nicht im Regen stehen müssen? Kann nicht vielleicht doch die eine oder andere Toilette hingestellt werden? Meine Anregung für die Deputation wäre, dass man noch einmal darüber nachdenken sollte, wie man die jetzige Situation verbessern kann, bis der neue ZOB fertiggestellt ist. Ich finde, für die Reisenden sollten diese Verbesserungen umgesetzt werden, obwohl sie nur temporär sind.

Dieser Antrag lehrt mich, dass wir natürlich ein Problem haben, aber er lehrt mich auch, dass Stammtische zwar Probleme aufwerfen können, aber selten zur Lösung beitragen. Dafür ist dieses Parlament zuständig. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Dr. Lohse.

Senator Dr. Lohse: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stelle fest, wir sind uns völlig einig, die derzeitigen Zustände am ZOB sind nicht gut. Sie sind wirklich unterhalb des Standards, den wir uns dort wünschen, und wir arbeiten mit Hochdruck daran, diese Situation zu verbessern. Wir sind uns völlig einig, dass Bremen einen modernen und leistungsfähigen Fernbusterminal braucht,

wenngleich ich die Anmerkung, die der Abgeordnete Rupp gerade über die Rolle des Fernbusses gemacht hat, gerade in Bezug auf die Konkurrenz zur Bahn, durchaus teile. Es ist eine Schieflage, dass wir eine Mautbefreiung für die Reisebusse haben, während gleichzeitig die Preise bei der Bahn ständig steigen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist mit ein Grund, weshalb wir nicht euphorisch aufgesprungen sind auf diese Entwicklung, als die Liberalisierung des Busverkehrs kam, sondern uns die Entwicklung eine Weile angeschaut haben. Ich stimme jedoch auch zu, dass es jetzt Zeit ist, dass wir schnell zu einer Lösung kommen. Wir haben - das ist bekannt und auch in der Debatte gesagt worden - eine Reihe von Standorten vergleichend untersucht. Wir haben zuletzt in der gemeinsamen Sitzung der Deputationen für Bau und Wirtschaft am 7. Juni dieses Jahres über die Ergebnisse der Standortuntersuchung berichtet. Wir haben mehrere geeignete Varianten, und wir haben den favorisierten Standort an der Bürgermeister-Smidt-Straße hinter dem Fruchthof. Das ist das Ergebnis dieses Standortvergleichs.

Inzwischen haben wir mit den Grundstückseigentümern - das ist ein Hauptgrundstückseigentümer, und dann betrifft es noch zwei kleinere Flächen, die wir für die Realisierung des Vorhabens benötigen - eine Reihe von Gesprächen geführt. Wir sind in Verhandlungen, und wir haben jetzt wirklich die Chance, nicht nur irgendetwas dorthin zu bauen, sondern wirklich einen hochmodernen Busterminal, was gleichzeitig ein attraktiver privater Hotelstandort werden wird, und es wird eine Parkgarage dort geben, das heißt, es wird eine Reihe von Bedürfnissen auf dieser Fläche realisiert. Das ist ein sinnvoller Umgang mit städtischen Flächen im zentralen Bereich, dass man nicht eine große Fläche nutzt, um dort nur Busse an- und abfahren zu lassen, sondern eben die Fläche darüber dann auch zu nutzen und diese als integriertes Vorhaben zu entwickeln. Ich meine, es ist eine richtige Entscheidung gewesen, sich auf diesen Weg zu begeben.

(Beifall SPD)

Die Verhandlungen mit dem Haupteigentümer führt in der Tat im Moment die Wirtschaftsförderung Bremen, begleitet durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Ressorts. Ich kann nur sagen, wenn man solche Verhandlungen führt, dann ist man gut beraten, sich nicht alternativlos in die Zwickmühle zu begeben, sondern durchaus sich andere Optionen noch offenzuhalten. Das ist

der Grund, weshalb wir uns eben nicht abschließend auf diesen Standort festgelegt haben für den Fall, dass diese Gespräche nicht Erfolg versprechend verlaufen. Sie laufen im Moment aber ganz gut.

Ich möchte aber auch an einer Stelle noch einmal sagen, dass der Eigentümer, Herr Buhlmann, an die Presse getreten ist, weil angeblich nicht mit ihm gesprochen wird. Das hat bei mir ein gewisses Geschmäckle hervorgerufen, denn er hat das ungefähr 48 Stunden vor einem verabredeten Gesprächstermin gemacht. Das, finde ich, ist ein ungewöhnliches Auftreten. Ich meine, das zeigt aber auch, dass das hier öffentlich eingesetzt wird, um Druck auf die Verwaltung auszuüben, und ich finde es richtig, wenn die Verwaltung sich da nicht erpressen lässt, sondern trotzdem das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verantwortlich bewirtschaftet.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe auch nicht verstanden, was der FDP-Antrag uns jetzt eigentlich sagen will. Einerseits eine Standortentscheidung bis Ende 2017, andererseits die Vorfestlegung, die wir ja mit den Optionen getroffen haben, die wir noch aufgrund der Verhandlungssituation haben, gleichzeitig andere Standorte zu prüfen, jetzt noch ein weiterer Standort, den wir aus einer Reihe von Gründen verworfen haben - Herr Saxe hat diese genannt -, und den jetzt wieder in die Debatte zu bringen: Das habe ich alles nicht verstanden, da muss ich dann vielleicht noch einmal nachfragen.

An einer Stelle möchte ich auch noch einmal kurz auf Herrn Rupp eingehen. Ich finde, Herr Rupp, Sie haben einen wichtigen Punkt angesprochen, Sie haben das Thema Flächenbevorratung und aktive Flächenpolitik angesprochen. Da sind wir uns einig, ich meine, Herr Strohmann hat es gesagt, hier sind möglicherweise Chancen im Jahr 2010 versäumt worden, das ist jetzt schon ein paar Jahre her. Die Haushaltssituation ist in den letzten Jahren ja noch schwieriger gewesen, aber ich glaube auch, und das sollten wir uns gemeinsam vornehmen, wenn wir in der glücklichen Situation sind, aus diesem Konsolidierungspfad heraus zu sein, die Schuldenbremse einzuhalten, dann müssen wir stärker als Stadt wieder in den Ankauf von Flächen, in eine aktive Flächenbewirtschaftung eintreten, denn dass uns immer Private sozusagen diese Flächen abjagen, sobald sie wittern, dass dort eine Entwicklung stattfinden soll, das ist keine gute Entwicklung. Ich möchte, dass wir da wieder stärker in die Vorhand kommen.

(Beifall SPD)

Ich will es jetzt auch nicht unnötig in die Länge ziehen, vielleicht nur noch einmal, wenn man jetzt wirklich, die Standortfrage wieder neu stellen will, dann ist es aus meiner Sicht völlig kontraproduktiv im Sinne Ihres eigenen Wunsches, das Ganze zu beschleunigen. Deshalb wollen wir jetzt diese Verhandlungen, die wir im Moment mit dem Eigentümer führen, mit dem Haupteigentümer, zielstrebig zum Ergebnis bringen.

Es wird nicht möglich sein - das sage ich hier auch in aller Deutlichkeit -, dass man zu einem Baubeginn bis Mitte 2018 kommt. Das wird allein deswegen nicht möglich sein, weil wir eine europaweite Ausschreibung der Planungsleistungen benötigen. Da sind wir an Recht und Gesetz gebunden, und das wird von der Verwaltung eingehalten. Wir müssen eine Bauleitplanung machen für das Vorhaben, und wir wollen auch den Beirat und die Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Deswegen ist ein Baubeginn bis Mitte 2018 unrealistisch. Wir setzen das Verfahren aber gleichwohl mit Hochdruck fort.

Wenn Herr Polzin das Jahr 2020 genannt hat, ich kläre noch einmal, ob wir das tatsächlich so bestätigen können, aber es wäre auch mein Ziel, möglichst zu dem Zeitpunkt das Ganze dann fertig zu haben. Gern informiert die Verwaltung auch weiterhin regelmäßig die Deputation, so wie wir das im Juni gemacht haben. Wir hatten im Ubrigen im Beirat zum Verkehrsentwicklungsplan Bremen am 31. August 2017 Frau Steiner über den aktuellen Stand informiert. Da waren alle Fraktionen eingeladen, der Sachverhalt wurde umfassend erörtert. Leider haben das Ende August nicht alle Fraktionen wahrgenommen. Ihre Fraktion war zum Beispiel nicht da, vielleicht hätte sich dann die heutige Debatte auch erübrigt. Ich möchte aber hier schließen. - Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 19/571 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DIE LINKE, FDP, BIW, Abg. Schäfer [LKR], Abg. Tassis [AfD], Abg. Frau Wendland [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 23 vom 3. November 2017 (Drucksache 19/604 S)

Eine Aussprache dazu ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden.

Ich lasse zuerst über die Petition S 19/221 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, BIW, Abg. Schäfer [LKR], Abg. Tassis [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(Abg. Frau Wendland [parteilos])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Ich lasse jetzt über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, BIW, Abg. Schäfer [LKR], Abg. Tassis [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Abg. Frau Wendland [parteilos])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Meine Damen und Herren, in der Aktuellen Stunde hat der Abgeordnete Tassis eine Rede gehalten. Ich hatte Ihnen ja zusagt, dass die Tondatei abgehört wird und unser Protokollführer einen Auszug aus seiner Rede anfertigt. Ich verlese jetzt den Auszug aus der Rede, den mir der Protokollführer vorgelegt hat:

"Abg. Tassis (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen dieses Hohen Hauses! Der Fall Kannenberg erscheint mir nicht wie ein Ballon, wie Frau Kollegin Grönert gerade eben beschrieben hat, sondern vielmehr als ein winziges Mosaiksteinchen im Bild der gesamten deutschen Flüchtlingspolitik. Kannenberg ist für mich kein Anzeichen für ein fehlarbeitendes System, es arbeitet vielmehr erschreckend ruhig, es sekundiert das gesamtgesellschaftlich betrachtet verantwortungslose Handeln einer kleinen deutschen Elite perfekt und ist in Bremen gewissermaßen bis zum Verbrechen gut aufgestellt.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Was?)"

Nun gebe ich das Wort dem Abgeordneten Tassis.

Abg. Tassis (AfD): Herr Präsident, ich habe dem Protokollführer mein eigenes Redemanuskript gegeben. In diesem steht etwas anderes. Ich bitte, den Versprecher zu entschuldigen, und mehr kann ich hier nicht tun. Ich meine, etwas anderes gesagt zu haben, und einige Kollegen habe es auch anders verstanden, aber gut, ich vertraue dem Protokollführer!

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist immer so bei den Rechten!)

Präsident Weber: Das schriftliche Redemanuskript des Abgeordneten Tassis liegt dem Protokolldienst vor, und dort steht in der Tat "Erbrechen". Beides ist ja nicht sehr schön für dieses Parlament, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das reicht nicht für einen Ordnungsruf, Herr Kollege Tassis. Sie haben sich dafür entschuldigt, aber ich bitte Sie doch, diesem Haus in Zukunft Respekt zu zollen und gerade auch in der Sprache vorsichtig zu sein, sodass wir hier auch in schwierigen politischen Fragestellungen ein vernünftiges und respektvolles Miteinander haben! (Beifall)

Meine Damen und Herren, damit haben wir den letzten Tagesordnungspunkt für heute abgearbeitet.

Ich bedanke mich und schließe die Sitzung der Stadtbürgerschaft.

(Schluss der Sitzung 18.51 Uhr)

Die mit *) gekennzeichneten Reden wurden vom Redner/von der Rednerin nicht überprüft.

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 7. November 2017

Anfrage 10: Telefondolmetschen beim Jobcenter Bremen

Wir fragen den Senat:

- 1. Warum wird beim Jobcenter Bremen (siehe Antwort des Senats auf unsere Anfrage "Amtssprache Deutsch") sehr viel seltener auf die Möglichkeit des Telefondolmetscherdienstes zurückgegriffen als zum Beispiel beim Jobcenter Bremerhaven?
- 2. Warum ist der Hinweis auf die Möglichkeit des Telefondolmetschens auf der Website des Jobcenters Bremen nur in deutscher Sprache vorhanden?
- 3. In welcher Weise wird die Möglichkeit des Telefondolmetschens seitens des Jobcenters Bremen beworben?

Frau Leonidakis, Rupp, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Gemäß Antwort des Senats auf die genannte Anfrage wurden im Jahr 2016 Telefondolmetscherdienste vom Jobcenter Bremerhaven in 906 Fällen und vom Jobcenter Bremen in 196 Fällen in Anspruch genommen. Die vergleichsweise hohe Inanspruchnahme in Bremerhaven ist darin begründet, dass der von Performa Nord bereitgestellte persönliche Dolmetscherdienst dem Jobcenter Bremerhaven nicht zur Verfügung steht, vom Jobcenter Bremen aber umfangreich in Anspruch genommen wird. Nach den Erfahrungen des Jobcenters Bremen ist die Inanspruchnahme persönlicher Dolmetscherdienste fernmündlichen Übersetzungen vorzuziehen.

Zu Frage 2: Gegenwärtig wird auf die Möglichkeit des Telefondolmetschens auf der Website nur in deutscher Sprache hingewiesen. Unter der nachgeordneten Rubrik "Integration/Migrantinnen und Migranten/Informationen in mehreren Sprachen" sind jedoch diverse Links mit Informationen in den einschlägigen Sprachen hinterlegt.

Das Jobcenter weist darauf hin, dass zugunsten der Lesbarkeit und Übersichtlichkeit nicht auf allen Ebenen der Website Informationen in diversen Sprachen vermittelt werden können. Gleichwohl macht das Jobcenter darauf aufmerksam, dass es aktuell an der Veränderung der Homepage hinsichtlich einer größeren Sprachenvielfalt arbeite und in diesem Zusammenhang auch besser erkennbar den Hinweis auf die Nutzung von Dolmetscherdienstleistungen platzieren will.

Zu Frage 3: Über den in der Antwort zu Frage 2 genannten Hinweis auf das Telefondolmetschen auf der Website hinaus wird dieser Dienst gegenüber den Kundinnen und Kunden nicht beworben. Das Jobcenter nutzt neben Telefondolmetscherdiensten vorrangig die persönlichen Übersetzungsdienste der Performa Nord, weil die komplexen Sachverhalte im Rechtskreis SGB II am Telefon häufig schwierig zu erläutern seien. Darüber hinaus arbeitet das Jobcenter Bremen daran, die verschiedenen Dolmetschdienste für die Beschäftigten in den Geschäftsstellen des Jobcenters noch bekannter und damit verfügbarer zu machen.

Anfrage 11: Elektrotaxen auch in der Stadt Bremen?

Wir fragen den Senat:

- 1. Inwieweit gibt es in Bremen bereits Taxen mit Elektroantrieb oder anderen alternativen Antriebsarten beziehungsweise inwieweit ist deren Einsatz, wie in Bremerhaven, seitens der Anbieter geplant?
- 2. Welche infrastrukturellen Maßnahmen sind in Bremen zu vollziehen, damit der Einsatz von Taxen mit Elektroantrieb oder anderen alternativen Antriebsarten sinnvoller wird?
- 3. Welche konkreten Maßnahmen plant oder unterstützt der Senat, damit auch in Bremen zukünftig Taxen mit alternativen Antriebstechnologien fahren?
- Dr. Buhlert, Frau Steiner und Fraktion der FDP

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Das Bremer Taxigewerbe hat etliche Fahrzeuge mit alternativen Antriebsarten im Einsatz. Taxi-Ruf und Taxi Roland haben zusammen 12 Fahrzeuge mit Elektro-plug-in Hybridantrieb, 14 Erdgas- sowie 54 LPG-Antriebe im Einsatz. In Bremerhaven befindet sich aktuell kein Elektrotaxi im Einsatz, eines ist für Ende 2018 angekündigt.

Zu Frage 2: Für den Betrieb von Elektrotaxis wäre Ladeinfrastruktur seitens der Taxiunternehmer hauptsächlich für die Ruhezeiten auf dem Betriebsgelände beziehungsweise in privaten Carports und Garagen zu installieren. Das standardmäßige Aufladen per Kabel ist an Taxenständen durch die Aufreihung und das Aufrücken der Fahrzeuge technisch und praktisch aktuell nicht umsetzbar. Zudem sind im praktischen Betrieb die möglichen Ladezeiten an geschäftigen Taxenständen wie zum Beispiel vor dem Hauptbahnhof zu kurz. Demzufolge kämen also nur Elektrotaxis mit einer hohen Reichweite in Betracht, die kein Aufladen unterwegs erfordern. Das derzeitige Angebot der Hersteller ist für das Gewerbe noch unbefriedigend, da sich sowohl die zu geringe Reichweite als auch der hohe Anschaffungspreis für die Taxibetriebe derzeit noch als unwirtschaftlich darstellt.

Zu Frage 3: Der Senat beabsichtigt, gemeinsam mit den anderen Ländern auf der Verkehrsministerkonferenz im November die Bundesregierung aufzufordern, ein Sofortprogramm für die Beschaffung von Elektrotaxis für drei Jahre in Höhe von 75 Millionen Euro aufzulegen, da das derzeitige Förderprogramm für Ladeinfrastruktur Taxenstände und Betriebshöfe ausschließt. Dieses Programm soll sowohl die Anschaffung der Taxis inklusive Umrüstkosten für die Taxipakete als auch Festbetragspauschalen für zu erwartende wirtschaftlichen Einbußen und zur Errichtung der Ladeinfrastruktur beinhalten. Darüber hinaus wird die Fahrzeugindustrie aufgefordert, das Angebot an Elektrotaxis zügig zu erweitern.

Anfrage 12: Umsetzung der Kapazitätserhöhung in Kindertageseinrichtungen

Wir fragen den Senat:

- 1. In wie vielen Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in der Stadtgemeinde Bremen wurde bislang die Umsetzung zur Aufnahme eines 21. Kindes in den Gruppen zur Kapazitätserhöhung seitens der Senatorin für Kinder und Bildung angeordnet?
- 2. Welche Träger der Einrichtungen von Kindertagesbetreuung haben diese Anordnung bislang jeweils wie vielen Kitas erteilt?
- 3. In welchen Stadtteilen wurde diese Anordnung bislang für einzelne Kitas erteilt?

Frau Leonidakis, Frau Vogt und Fraktion DIE LINKE

Antwort des Senats:

Zu Frage 1 bis 3: Die Senatorin für Kinder und Bildung hat die in der Frage 1 unterstellte Anordnung zur Kapazitätserhöhung bislang nicht erteilt. Die Träger der Kindertageseinrichtungen sind gebeten worden, auf der Basis der in der Arbeitsgemeinschaft nach Paragraf 78 SGB VIII "Tagesbetreuung für Kinder in der Stadtgemeinde Bremen" festgelegten Kriterien bis zum 3. November 2017 Einrichtungen zu benennen, in denen prioritär die Belegung zusätzlicher Plätze in bestehenden Elementargruppen möglich wäre. Diese Rückmeldungen der Träger werden gegenwärtig überprüft.

Anfrage 13: Kastration von Katzen

Wir fragen den Senat:

- 1. Wie viele Katzen sind in der Stadt Bremen seit Einführung der Kastrationspflicht für frei laufende Katzen im Jahre 2011 kastriert worden, und in wie vielen Fällen wurde die Kastration von Amts wegen angeordnet?
- 2. Hat die Einführung der Kastrationspflicht Einfluss auf die Zahl der streunenden Katzen im Stadtgebiet von Bremen gehabt, und wie viele Streuner gibt es derzeit in Bremen schätzungsweise noch?
- 3. Wie viele Katzen von in der Stadt Bremen lebenden Haltern sind nach Kenntnis des Senats bislang noch unkastriert, und was soll getan werden, um die Quote der kastrierten Katzen zu erhöhen?

Remkes, Leidreiter und Gruppe BIW

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Wer in Bremen Katzen hält und ihnen die Möglichkeit gewährt, sich außerhalb einer Wohnung oder eines Hauses aufzuhalten, hat diese durch einen Tierarzt oder eine Tierärztin kastrieren zu lassen (Paragraf 6 Absatz 6 Ortsgesetz über die öffentliche Ordnung). Es besteht aber keine Nachweis- oder Meldepflicht über die durchgeführten Kastrationen, sodass diese nicht statistisch erfasst werden. Bislang wurde nur in einem Fall formell angeordnet, den Nachweis einer Kastration zu erbringen. In allen weiteren Fällen hat es genügt, auf die bestehende gesetzliche Regelung hinzuweisen. Die betroffenen Halter sind dann ihrer Kastrationspflicht unverzüglich und freiwillig nachgekommen. Eine statistische Erfassung dieser Vorgänge erfolgt nicht.

Zu Frage 2: Die Anzahl streunender Katzen wird durch das Ordnungsamt Bremen nicht statistisch erhoben, sodass entsprechendes Zahlenmaterial nicht vorliegt. Nach Auskunft des

Tierschutzvereins hat sich die Kastrationspflicht positiv bemerkbar gemacht.

Zu Frage 3: Katzen sind nicht registrierungspflichtig. Folglich ist nicht bekannt, in welchen Haushalten wie viele Katzen gehalten werden. Der Bremer Tierschutzverein e. V. hat in den vergangenen Jahren regelmäßig mit Unterstützung der Katzenhilfe Bremen e. V. Aktionen durchgeführt, bei denen Tierhaltern mit geringem Einkommen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Katzen kostenlos kastrieren zu lassen.

Anfrage 14: Sicherheitslage am Bremer Hauptbahnhof

Wir fragen den Senat:

- 1. Wie viele Straftaten wurden im Zeitraum zwischen dem 1. Januar und dem 30. Oktober 2017 im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofs (Bereich Bahnhofsplatz sowie Nordseite) begangen, und wie hat sich die Zahl dieser Gesetzesverstöße gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entwickelt?
- 2. In welchen Deliktsbereichen sind im unter Ziffer 1 genannten Zeitraum besonders hohe Zuwächse gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen gewesen (bitte die fünf wichtigsten Deliktsbereiche und die Zuwachsraten nennen)?
- 3. Wie viele der zwischen dem 1. Januar und dem 30. Oktober 2017 im Bahnhofsumfeld erfassten Straftaten wurden unter Alkoholeinfluss begangen, und wie hat sich die Zahl der alkoholbedingten Delikte zwischen dem 1. Januar 2015 und dem 31. Oktober 2017 entwickelt (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?

Leidreiter und Gruppe BIW

Antwort des Senats:

Zu den Fragen 1 und 2: Im Zeitraum zwischen dem 1. Januar und dem 30. Oktober 2017 sind der Polizei Bremen im Umfeld des Bremer Hauptbahnhofs 1 037 Straftaten bekannt geworden. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es 1 467. Daraus ergibt sich ein Rückgang von 29,3 Prozent.

Die Polizei hatte im Berichtszeitraum ihre Präsenz am Hauptbahnhof verstärkt. Der Gesamtrückgang der Fallzahlen ist im Wesentlichen auf die Entwicklung der Eigentumsdelikte (minus 38,5 Prozent) und BTM-Delikte (minus 37,7 Prozent) zurückzuführen. Zudem konnten einige der (Top-)Täter in Haft genommen werden. Angestiegen sind die Delikte Körperverletzung von 185 auf 203 Fälle, Sachbeschädigungsdelikte von 21 auf 24 Fälle, Hausfriedensbruch von acht auf elf Fälle, Widerstand von sechs auf elf Fälle und Sexualstraftaten von zwei auf 13 Fälle.

Der Anstieg bei den Sexualstraftaten ist durch eine Strafrechtsänderung zu erklären. Das Sexualstrafrecht wurde mit Wirkung ab dem 4. November 2016 neu geordnet. Der neue Tatbestand des Paragrafen 184 i StGB, kann nunmehr durch die sexuell motivierte belästigende Körperberührung erfüllt werden. Im Berichtszeitraum wurden neun Delikte erfasst. Die Zahl der schweren Straftaten (Vergewaltigung) war in beiden Jahren mit zwei Fällen gleich.

Zu Frage 3: Im Zeitraum 1. Januar und dem 30. Oktober 2017 wurden bezogen auf das Bahnhofsumfeld bei der Polizei Bremen 19 unter Alkoholeinfluss begangene Straftaten erfasst. Im Jahr 2016 handelte es sich um 20 Straftaten und im Jahr 2015 um 22 Straftaten.

Anhang zum Plenarprotokoll Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 31. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte

	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
34.	Stratennooms in Bremen ok faken op Platt II - Ortsgesetz zur Einbeziehung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen bei der Straßenbenennung durch Beiräte - Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Beiräte und Ortsämter Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 20. September 2017 (Drucksache 19/591 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.
42.	Bebauungsplan 2487 für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Hochschulring, Wilhelm-Herbst- Straße, Robert-Hooke-Straße und Bundesautobahn A 27 Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2017 (Drucksache 19/598 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2487.
44.	Wahl eines Mitglieds des städtischen Controllingausschusses	Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten Nima Pirooznia anstelle der Abgeordneten Frau Kabire Yildiz zum Mitglied des Controllingausschusses.
45.	Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Umweltbetrieb Bremen	Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten Nima Pirooznia anstelle Herrn Jasper Meya zum stellvertretenden Mitglied des Betriebsausschusses Umweltbetrieb Bremen.
46.	Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Werkstatt Bremen	Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete Frau Dr. Henrike Müller anstelle der ausgeschiedenen Abgeordneten Frau Dr. Kirsten Kappert-Gonther zum stellvertretenden Mitglied des Betriebsausschusses Werkstatt Bremen.
47.	Wahl zweier Mitglieder der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz	Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten Nima Pirooznia anstelle der ausgeschiedenen Abgeordneten Frau Dr. Kirsten Kappert-Gonther und die Deputierte Alexandra Werwarth anstelle des Deputierten Jasper Meya zum Mitglied der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

		I
48.	Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Inneres	Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten Mustafa Öztürk anstelle des Deputierten Sören Brand zum Mitglied der Deputation für Inneres.
49.	Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Kultur	Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten Nima Pirooznia anstelle der ausgeschiedenen Abgeordneten Frau Dr. Kirsten Kappert-Gonther zum Mitglied der Deputation für Kultur.
50.	Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Sport	Die Stadtbürgerschaft wählt den Deputierten Sören Brand anstelle der Abgeordneten Frau Kai Wargalla zum Mitglied der Deputation für Sport.
51.	Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten Nima Pirooznia anstelle der Deputierten Alexandra Werwath zum Mitglied der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.
54.	Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses Musikschule Bremen	Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten Nima Pirooznia anstelle von Frau Dr. Anne Kroh zum Mitglied des Betriebsausschusses Musikschule Bremen.
55.	Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Stadtbibliothek Bremen und Bremer Volkshochschule	Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten Nima Pirooznia anstelle von Frau Dr. Anne Kroh zum Mitglied und Frau Dr. Anne Kroh anstelle des Abgeordneten Jan Saffe zum stellvertretenden Mitglied des Betriebsausschusses Stadtbibliothek Bremen und Bremer Volkshochschule.
56.	Wahl eines Mitglieds des Jugendhilfeausschusses	Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten Mehmet Acar anstelle des Abgeordneten Helmut Weigelt zum Mitglied des Jugendhilfeausschusses.
57.	Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Sport	Die Stadtbürgerschaft wählt den Deputierten Sören Böhrnsen anstelle des Abgeordneten Jürgen Pohlmann zum Mitglied der Deputation für Sport.

Weber

Präsident der Bremischen Bürgerschaft